

Jürgen Peters
Tarifrunde 2000 und das
Bündnis für Arbeit

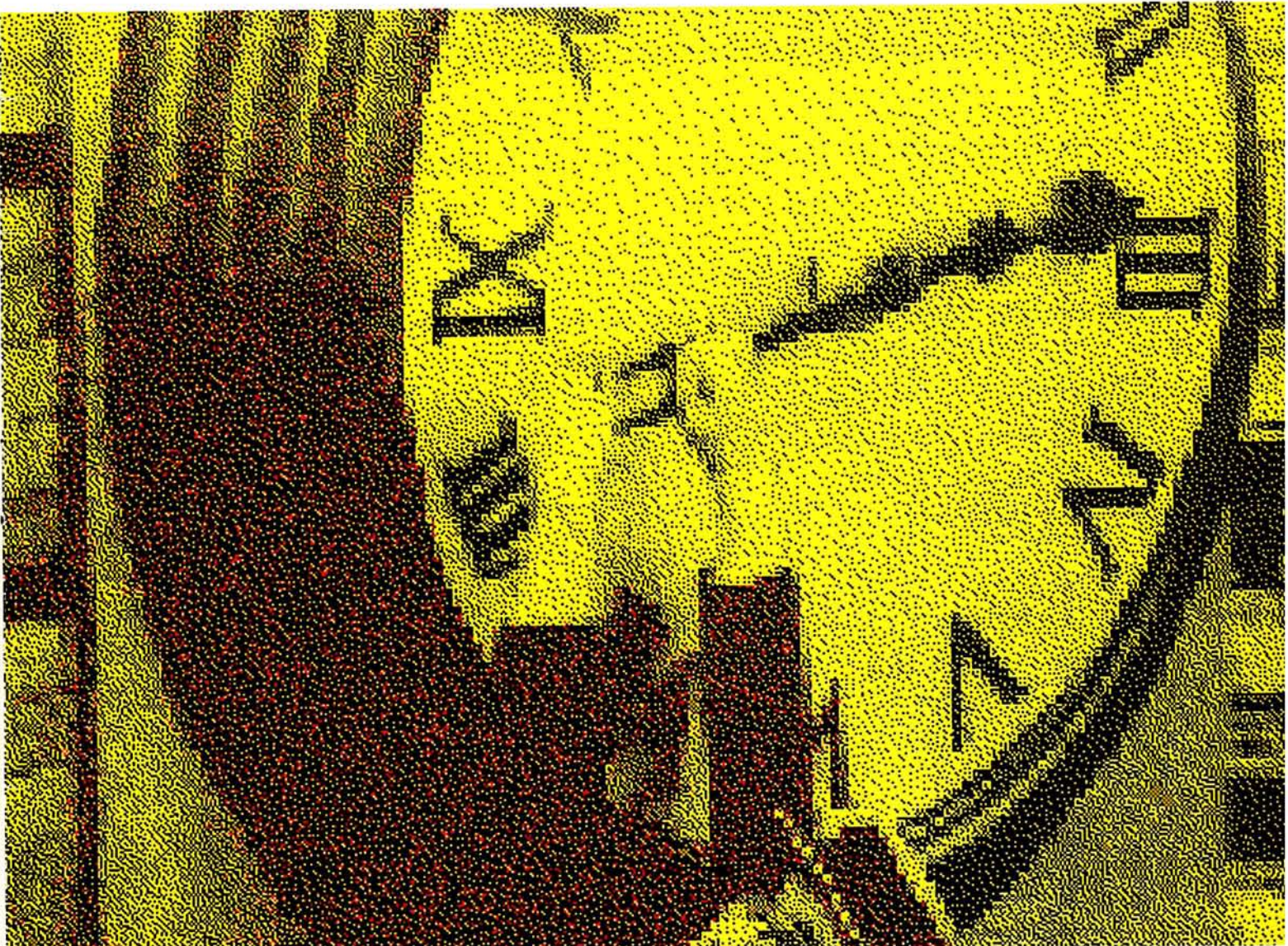
Sabine Issa
„Zeiten der Stadt“

Ausgabe 1 | 00
Heft 111
9,50 DM
Januar |
Februar 2000

Peter von Oertzen
Marx und der „Realsozialismus“

Michael Vester
Gibt es eine ‚neue Mitte‘?

MODERNE ZEITEN



von Thomas Westphal

„Nicht marktwirtschaftlicher Radikalismus, sondern ein linker Toryismus, ein mit sozialen Elementen angereicherter Wertkonservatismus könnte der CDU den Weg zu neuen gesellschaftlichen Mehrheiten und am Ende zu Wahlerfolg und Macht öffnen.“ Dieser Satz, formuliert vom Herausgeber der Märkischen Allgemeinen Zeitung und ehemaligen Chef der hessischen Staatskanzlei bei Ministerpräsident Walter Wallmann, Alexander Gauland, ist nicht einmal ein Jahr alt. Im Lichte der aktuellen CDU-Affären, insbesondere unter Berücksichtigung der wenig appetitlichen Verschleierversuche des ehemaligen Schatzmeisters der Hessen-CDU, Prinz Wittgenstein, wirkt diese Aussage, als sei sie von einem leicht verwirrten Zeitgenossen vorgetragen worden.

Nach mehreren Wahlsiegen im zurückliegenden Jahr spricht heute keiner mehr von möglichen Wahlerfolgen der CDU. Das Pendel ist durch den Finanzskandal längst in die andere Richtung ausgeschlagen. Die selben Berichtersteller, die noch im Sommer über das Haltbarkeitsdatum der rot-grünen Bundesregierung spekulierten, malen heute das Bild von der Spaltung der CDU an die Wand. Die CDU ist in der Tat schwer angeschlagen. Der Finanzskandal trifft sie mehrfach. Ihr droht der Verlust großer Teile der staatlichen Subvention. Der Charakter als integrative Volkspartei droht im Sog der Affäre, des merkwürdigen Staatsverständnisses des ehem. Kanzlers und der peinlichen Ehrenwörter unterzugehen. Die nach der verlorenen Bundestags-

wahl begonnene Auseinandersetzung über den politischen Weg und das programmatische Gepäck der CDU ist komplett gestoppt und in Teilen ad absurdum geführt.

Kurzum: Helmut Kohl hat die in der Union versammelten bürgerlichen Ideologien vom sozialen Katholizismus über den mittelständischen Liberalismus bis hin zu den deutsch-nationalen Strömungen in verschwommener Unverbindlichkeit zusammengehalten. Nun wird klar, was im Flick-Skandal bereits aufblitzte, dass dieser Zusammenhalt auf der Basis von Korruption, Geldwäsche und Kumpanei funktioniert. Nur wer in absolut kurzfristigen politischen Kategorien denkt, bzw. blind ist für das Ausmaß der Verwirrung in der konservativen Anhängerschaft, kann in diesen Tagen Schadenfreude über Zustände bei den deutschen Konservativen empfinden.

*

Zwei Ereignisse der letzten Wochen machen die paradoxe Situation deutlich:

Zum einen, der Auftritt des amtierenden Vorsitzenden Schäuble auf einer Kieler Wahlkampfveranstaltung. Schäuble versucht mit der Botschaft von der vorbehaltlosen Aufklärung zu retten, was zu retten ist. Die geplante Rede wird durch Zwischenrufe, Johlen, Pfeifen und Lachen ständig unterbrochen. Die Zeitungen berichten über offenes Missfallen, das Schäuble bei den eigenen Anhängern hervorgerufen hat.

Nur wenige Tage später tritt Kohl öffentlich auf dem Neujahrsempfang der Bremer CDU auf. Noch einmal präsentiert er seine patriachische Entrücktheit und stellt sein angebliches persönliches Ehrenwort über die Regeln des Rechtsstaates. Die Rede erinnert im Stil an die legendären Auftritte von Boris Jelzin. Diesmal kein Gejohle, keine Zwischenrufe. Die Zeitungen berichten anschließend über „viel Applaus für Kohl“.

Der Finanzskandal hinterläßt bei den Anhängern der CDU eine unheilvolle Gesamtstimmung, eine autoritär gewendete Erschütterung. Auf der einen Seite eine Komplettabrechnung mit den Parteien. „Politik ist wie See-

krankheit, sie löst nur noch Brechreiz aus.“ Auf der anderen Seite, immer noch eine stille Bewunderung für das „Herrschaftssystem Kohl“. Die Desillusionierung über die Doppelmoral der Christdemokraten beinhaltet die Abkehr vom Politiksystem und den Hang zu autoritären Politikformen gleichzeitig.

Aber wir leben in Deutschland, die Abspaltung von Fraktionen ist für die meisten deutschen Christdemokraten im Unterschied zu ihren italienischen Geistesbrüdern auch in einer Zeit der Wirren alles andere als naheliegend. Eine Spaltung der Union ist schon aus machtpolitischen Gründen unwahrscheinlich. Nicht die organisatorische Spaltung der Partei ist das Problem, sondern der drohende nachhaltige Verlust der politisch-ideologischen Bindungskraft der deutschen konservativen Partei. Nur der kleinere Teil der enttäuschten CDU-Wähler wird sich für Sozialdemokratie erwärmen können. Es ist wohl auch eine Illusion zu glauben, die Bevölkerung werde schon unterscheiden zwischen politischer Korruption und persönlicher Vorteilnahme sozialer Aufsteiger. Warum sollte sie? Der größere Teil der Wähler wird sich von der Politik abwenden, sich zur parteipolitisch heimatlosen, konservativen Wählerschaft zählen. Die Affäre der CDU und der Autoritätsverlust der hochgehaltenen Werte erzeugt in der konservativ orientierten Wählerschaft einen neuen Bodensatz für autoritäre Weltansichten. Werden diese durch antiaufklärerische Kräfte neu umworben, entsteht gesellschaftlich eine Verschiebung der politischen Agenda nach rechts.

Kurzum: Gelingt es der neuen Führung der CDU nicht, die Folgen des Finanzskandals zu bereinigen, drohen die zarten Versuche der Modernisierung des deutschen Wertekonservatismus in Sachen Familie, Soziales und Individualität in sich zusammen zu brechen. Es droht nicht die Spaltung der Union, sondern die äußere Zersetzung der konservativen Volkspartei. Die (Rechts-)Radikalisierung der Tagespolitik wäre bedrohlicher als zu den Hochzeiten der Republikaner zum Ende der achtziger Jahre. spw

Herausgeber/Herausgeberinnen:
 Heinz Albrecht (Berlin) (†)
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overnager (Frankfurt/M.)
 Katrin Fuchs (Verl.)
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Sigrid Skarpellis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:
 Uta Biermann
 Stefanie Gerszewski
 Barbara König
 Ralf Krämer
 Dirk Meyer
 Reinhold Rünker
 Frank Schauff
 Birgit Strack
 Claudia Walther
 Frank Wilhelmy

Redaktionssekretär
 Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
 spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Fresenstr. 26, 44 289 Dortmund
 Telefon: 02 31 - 40 24 10 (Verlag)
 02 31 - 40 14 11 (Redaktion)
 Telefax: 02 31 - 40 24 16
 E-mail: verlag@spw.de
 redaktion@spw.de
 Internet: http://www.spw.de

Geschäftsführung:
 Olaf Schade
 Hans-Peter Schulz
 Joachim Schuster
 Alfred Vöges

Konto des Verlages:
 Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32443468; BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
 mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-
 (bei Bankeinzug DM 60,-)
 ermäßigtes Jahresabonnement
 für SchülerInnen, StudentInnen,
 Erwerbslose DM 55,-
 (bei Bankeinzug DM 52,-)
 Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613
 © spw-Verlag/Redaktion GmbH 2000.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Internet: www.spw.de
 Gestaltet durch Koeln-Online
 und Markus Lauber

Satz und Gestaltung:
 Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:
 Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-2. Tausend, Februar 2000

INHALT

<i>Thomas Westphal</i> kurzum	2
MAGAZIN	
<i>Jürgen Peters</i> Zeit zum Handeln. Tarifrunde 2000 und das Bündnis für Arbeit	4
<i>Detlef Hensche</i> Durchbruch im Bündnis für Arbeit?	5
<i>Detlev von Larcher</i> Steuerpolitik für die Shareholder Society	6
<i>Benjamin Mikfeld</i> Nadelstiche, die kaum weh tun. Kurze Nachlese zum SPD-Bundesparteitag	9
spw intern	11
Notizen und Hinweise	12
<i>Lennart Laberenz</i> Chronologie einknickender Sachpolitik. Über Schröder, BAFöG und Häuserbau	13
<i>Peter Wahl</i> Massenproteste gegen die WTO	15
<i>Frank Schauff</i> Deus ex machina. Zur Lage in Russland	16
<i>Niels Annen</i> Comandante Presidente Hugo Chavez frias	18
<i>Interview mit Wolfgang Zellner</i> Vorrang für Prävention. Centre for OSCE Research (CORE) gegründet	20
MODERNE ZEITEN	
<i>Barbara König</i> Zeitpolitik als Querschnittsaufgabe. Einleitende Bemerkungen zum Heftschwerpunkt ..	21
<i>Karlheinz A. Geißler</i> Die Uhr geht mit der Zeit	22
<i>Hermann Groß, Eva Munz</i> Arbeitszeitwunsch und -wirklichkeit	25
REGISTER 99	
spw-Jahresregister 1999	29
MODERNE ZEITEN	
<i>Rainer Dollase</i> Das Flexibilisierungsparadoxon. Arbeitszeitpräferenzen Studierender	33
<i>Sabine Issa</i> „Zeiten der Stadt“	35
<i>Konrad Gilges</i> Öffnen allein genügt nicht	38
<i>Mario Sander</i> Arm an Zeit und reich an Uhren	39
POLITISCHE GESELLSCHAFT	
<i>Michael Vester</i> Gibt es eine ‚neue Mitte‘?	43
THEORIE UND STRATEGIE	
<i>Ralf Krämer</i> Die Zukunft der SozialistInnen liegt links - von der SPD	49
<i>Stefan Schostok</i> Anmerkungen zur spw und den Linken in der SPD	54
<i>Peter von Oertzen</i> Marx und der „Realsozialismus“	56

Zeit zum Handeln

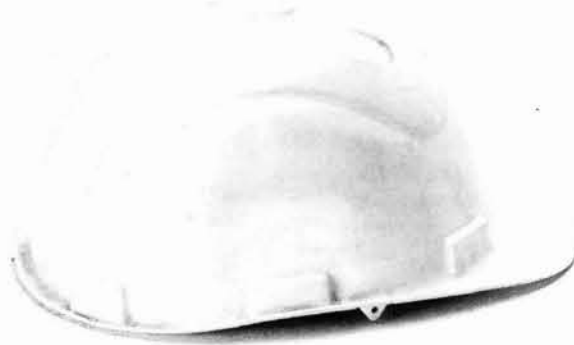
Tarifrunde 2000 und das Bündnis für Arbeit

von Jürgen Peters*

Opfer sind sofort zu bringen. Der Ausgang bleibt ungewiss. Modern, moderiert, moderat: Hinter den Lieblingsvokabeln der Jahrhundertwende verbirgt sich selten etwas anderes als Lohnverzicht.

Jede Tarifrunde hat ihr eigenes Gesicht. Es zeugt von wenig Kenntnis der Materie, wenn von immer gleichen „Ritualen“ geschrieben wird, von einer nervtötenden Routine, die sich alle Beteiligten im Grunde schenken könnten. Auch die Tarifrunde 2000 hat schon jetzt ein unverwechselbares Profil angenommen. Es tritt am deutlichsten in der Tatsache hervor, dass alle Welt meint, vor einer harten, einer nackten Lohnrunde warnen zu müssen. Das Normale wird zum Störfall. Was heißt da eigentlich hart und nackt? Sechs Jahre lang haben die Arbeitnehmer reale Einbußen hinnehmen müssen, bis es 1999 gelang, das Steuer herumzureißen. Der deutsche Außenhandel fährt Rekorde ein. Die Konjunktur zieht an. Und dennoch: Wenn die IG Metall vor diesem Hintergrund ihren regionalen Tarifkommissionen ein Forderungsvolumen von 5,5 Prozent empfiehlt, dann wird dies nicht als durchaus maßvolle Ausgangsbasis für weitere Verhandlungen gewertet, sondern als „Schlag ins Gesicht der Arbeitslosen“ (Handelsblatt, 13. Januar 2000).

Geld ist, so scheint es, nur dann seriös, wenn es sich auf den Konten der Unternehmer befindet, als *Ertrag*, als *Mittel* für Investitionen, als *Wert* für Anteilseigner. Mehr Geld in den Händen der Arbeitnehmer wird nur insofern toleriert, als sie dieses buchstäblich mitbringen: *einbringen* in große gemeinschaftliche Anstrengungen zur *Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit* und zum *Standorterhalt*. Dabei werden die Anforderung immer strikt formuliert. Opfer sind sofort zu bringen. Der Ausgang bleibt ungewiss. Modern, moderiert, moderat: Hinter den Lieblingsvokabeln der Jahrhundertwende verbirgt sich selten etwas anderes als Lohnverzicht.



Tariffbewegung 2000 und Beschäftigung

Die Unternehmer irren sich allerdings wenn sie glauben, im „Bündnis für Arbeit“ den institutionellen Rahmen gefunden zu haben, um einen Fünfjahrplan des Lohnabbaus realisieren zu können. Es ist ihnen denn auch nicht gelungen, Lohnleitlinien durchzusetzen. Gelungen ist eine Verabredung darüber, den Versuch zu unternehmen, mittels bestimmter Instrumente Beschäftigung zu fördern. Gemessen an der langjährigen Blockadehaltung der Arbeitgeber im Bündnis für Arbeit ist die Bewertung dieser Verabredung durch den Bundeskanzler als „Durchbruch“ durchaus richtig. Ob sie schließlich auch ein Erfolg sein wird, werden die nächsten Monate zeigen. Wenn die Zielsetzung, die Anfang Januar in den Bündnisgesprächen verabredet wurde, am Widerstand der Arbeitgeber scheitert, wenn die Arbeitgeber sich in der Tariffbewegung 2000 weigern, mit der „Beschäftigungsbrücke Jung für Alt“ einen wirksamen Beitrag gegen Arbeitslosigkeit zu leisten, dann wird das Bündnis für Arbeit keine Erfolge vorweisen können. Die Tariffbewegung der Metallindustrie ist der Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der Arbeitgeber.

Wenn die IG Metall Tarifpolitik mit dem Ziel betreibt, einen direkten Effekt auf dem Arbeitsmarkt zu erzielen, dann ist das etwas anderes, als die von den Unternehmern geforderte „moderate Tarifpolitik“. Wenn die IG Metall mit Lohnprozenten, die noch erstritten werden müssen, einen Beitrag zur Beschäftigungsförderung leistet, dann ist das etwas anderes, als die „maßvolle Lohnpolitik“, die von Bankenvolkswirten und sogenannten Wirtschaftssachverständigen eingeklagt wird.

Die IG Metall macht ein ehrliches Angebot. Junge Arbeitslose bekommen eine Chance zum Einstieg in das Arbeitsleben, weil älteren Arbeitnehmern ein früherer Übergang in die Rente erleichtert wird. Das Recht auf Arbeit berührt sich in diesem Modell mit dem Rechtsanspruch auf einen vorzeitigen Ausstieg ohne Rentenabschläge. Die IG Metall läßt sich dabei nicht von denen irremachen, die ihr „Betrug an den jungen Arbeitnehmern“ vorwerfen und gleichzeitig die Hauptverantwortlichen für die Berufs- und Ausbildungsnot der Jugend sind. Es geht auch nicht um eine „Luxusrente für ältere Herrn“. Die Realität in den Betrieben sieht anders aus: Wer 35 Jahre lang geackert hat, der hat sich einen Anspruch erworben, rechtzeitig und noch einigermaßen gesund aus dem Arbeitsleben aussteigen zu können. Zu kurz greift der Vorwurf, beim Ausstieg mit 60 würde es sich um eine Renaissance der Vorruhestandsregelung handeln, die es bekanntlich den großen Konzernen ermöglicht hat, Beschäftigung abzubauen. Ziel der Beschäftigungsbrücke ist der Aufbau von Beschäftigung. Durch eine Pflicht zur Wiederbesetzung wird die schrittweise und kostenneutrale Verjüngung der Belegschaften, nicht aber deren Abbau vorangetrieben.

Wenn es tatsächlich gelingen sollte, den paritätisch gespeisten Fonds zur Finanzierung der „Brücke zwischen Jung und Alt“ zustande zu bringen, dann werden in kürzester Zeit Milliarden bewegt: Mittel, aus welchen jene Arbeitgeber Zuwendungen erhalten, die den frei gewordenen Arbeitsplatz eines älteren Kollegen mit einem jungen besetzen. Die dann fällige Zahlung zum Ausgleich der Rentenabschläge würde ihnen aus dem Fonds in voller Höhe erstattet werden.

* Jürgen Peters ist 2. Vorsitzender der IG Metall

Die IG Metall ist nicht so naiv zu glauben, dass die logische und rechnerische Schlüssigkeit ihres Modells für sich allein schon auch nur *einem* Erwerbslosen zu einem Arbeitsplatz verhilft. An guten Argumenten hat es uns noch nie gemangelt. Die IG Metall ist auch nicht so naiv zu glauben, die Unternehmer hätten von sich aus ein Interesse am Abbau der Arbeitslosigkeit. Deshalb ist die IG Metall nur dann bereit, Einkommensbestandteile aus dem Forderungsvolumen einzubringen, wenn sie die Arbeitgeber zu einem Stück sozialer Gerechtigkeit tarifpolitisch verpflichten kann.

„Bündnis für Arbeit“ auf dem Prüfstand

Das ist das Besondere der nun eröffneten Tarifrunde, dass sich jenseits aller Gemeinwohrrhetorik zwei Welten begegnen: auf der Unternehmerseite das Programm eines langfristigen, institutionalisierten Lohnabbaus, auf der Arbeitnehmerseite der Versuch, Gerechtigkeit zu erzwingen: mehr Beschäftigung nicht nur auf dem indirekten Weg über mehr Kaufkraft, sondern auch auf direktem Wege. Die IG Metall wird sich nicht darauf einlas-

sen, allein schon für die Erlaubnis zu bezahlen, etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun zu dürfen.

Sie wird sich auch von denen nicht dreinreden lassen, die nun entdeckt haben, dass nur die „echte Produktivität minus x“ (was immer das sei) den Richtpunkt für Lohnerhöhungen abgeben könne. Wirtschaftswissenschaftliche Daten und Prognosen schaffen Grundlagen für Diskussionen, sie können die Tarifpolitik aber nicht ersetzen. Kein Arbeitgeber läßt sich durch die Stärke und die Güte unserer wirtschaftspolitischen Argumente überzeugen.

Tarifforderungen sind letztlich Machtfragen. Unsere Gesellschaft wird immer nur so weit sozial sein, wie wir Gewerkschafter Macht haben, soziale Verpflichtung aufzuerlegen und durchzusetzen. Diese Einsicht ist nicht neu, aber unverändert aktuell. Sie stammt aus den Arbeitskämpfen jenes 19. Jahrhunderts, das die Unternehmer gerne als „Mottenkiste“ titulieren. Gleichzeitig scheinen sie eine unstillbare Sehnsucht nach eben diesem Jahrhundert zu haben, nach einer Epoche weithin ohne Gewerkschaften und durchweg ohne Betriebsräte und Flächentarife. Sie

scheinen vergessen zu haben, dass es der „Häuserkampf“ war, das Ringen um Vereinbarungen von Betrieb zu Betrieb, von Ort zu Ort, aus dem die Gewerkschaften als Massenorganisationen und der Tarifvertrag schließlich als flächendeckende Regelung hervorgegangen sind. Es bedurfte der Erfahrung mit dem drohenden Konkurs der Holzmann AG und dem zu seiner Abwendung durchgedrückten Lohnverzicht, bis sich selbst mächtige Baukonzerne daran erinnerten, dass Tarifverträge nicht nur im Interesse der Arbeitnehmer geschlossen werden.

Die anstehende Tariffbewegung gibt der IG Metall die Möglichkeit, die Arbeitgeber auf den Prüfstand für das Bündnis für Arbeit zu stellen. Die Zeit des Redens ist vorbei, jetzt ist die Zeit des Handelns gekommen. Am Ende der Tariffbewegung der Metallindustrie wird sich zeigen, ob die Verabredungen im Bündnis für Arbeit von den Arbeitgebern getragen werden oder nicht. Wenn nicht, war es das letzte Mal. Dann bleibt der IG Metall nichts anderes übrig, als auf eigene Faust neue arbeitszeitpolitische Wege zu gehen, um Beschäftigung zu schaffen. spw

Am Ende der Tariffbewegung der Metallindustrie wird sich zeigen, ob die Verabredungen im Bündnis für Arbeit von den Arbeitgebern getragen werden oder nicht. Wenn nicht, war es das letzte Mal.

Am Abend des 9. Januar feierte alle Welt einen „Durchbruch“ beim Bündnis für Arbeit.

Zugegeben, man ist nicht im offenen Streit auseinander gegangen. Die Gespräche gehen weiter. Doch welchen Fortschritt das verabschiedete Papier inhaltlich für die Arbeitslosen bringt, erschließt sich auch bei wiederholter Lektüre nur schwer.

Inszenierung statt Inhalt

Sicher verdient es Anerkennung, dass die Arbeitszeitpolitik in der Erklärung deutlich hervorgehoben ist. Auf eine Absichtserklärung ähnlicher Art, insbesondere auf die Begrenzung von Überstunden, hatten sich schon im vergangenen Sommer DGB-Vorsitzender Schulte und Arbeitgeberpräsident Hundt verständigt. Doch als die Gewerkschaften daraufhin vorschlugen, der Mehrarbeit durch Tarifvertrag Grenzen zu setzen, kam prompt die Ablehnung. Das einzige, was aus Arbeitgeberseite infrage komme, seien flexible Arbeitszeiten, die Überstunden nicht beseitigen, sondern umdefinieren und damit zuschlagsfrei gestalten.

Im übrigen wurde das Schulte/Hundt-Papier dahin interpretiert, dass sich die Gewerkschaften auf lange Frist mit Tarifabschlüssen unterhalb des Verteilungsspielraums abfinden würden. M.a.W., Arbeitgeber und Gewerkschaften sprechen noch nicht einmal dieselbe Sprache. Selbst gemeinsame Papiere schaffen in der Sache keine Übereinstimmung.

Derselben Methode hat sich nunmehr das Bündnis für Arbeit bedient. Mit Erfolg ... für ganze 48 Stunden. Die Erfolgsmeldungen vermitteln übrigens tiefere Erkenntnisse über die Kompetenz der Medien als über den Inhalt des Papiers. Wichtiger als die Sache ist die Show; die Inszenierung gilt als das Ereignis.

Zwei Tage nach der Sitzung im Kanzleramt verabschiedete der Vorstand der IG Metall die 5,5-prozentige Empfehlung für die diesjährige Tarifrunde, eine eher noch zurückhaltende Definition des diesjährigen Verteilungsspielraums. Die Reaktion von Unternehmern und zahlreichen Kommentatoren war helle Entrüstung. Die IG Metall habe die Einigung im Bünd-

Durchbruch im Bündnis für Arbeit?

von Detlef Hensche*

nis für Arbeit verlassen. Wieder der gleiche Dissens: Dasselbe Dokument enthält für die Gewerkschaften eine Bestätigung der Arbeitsumverteilung, für die Arbeitgeber dagegen allein das Zugeständnis von Lohnverzicht und mehrjährige Tarifbindung.

Lehren für die Gewerkschaften

Daraus gilt es Lehren zu ziehen:

1. Formelkompromisse dieser Art haben kurze Beine. Fundamentale Gegensätze lassen sich durch verbale Eiertänze nicht zudecken, geschweige denn

* Detlef Hensche ist Vorsitzender der IG Medien.

Der wichtigste Mangel des Papiers ist der Part der Regierung. Arbeitszeitverkürzung ist offenkundig ihre Sache nicht

überwinden. Das ist ein Stil symbolischer Politik, der der Sache schadet und die Akteure ungläubig macht.

2. Wenn das Bündnis für Arbeit darauf hinauslaufen sollte, den Gewerkschaften Lohnzurückhaltung aufzuerlegen, wäre es in der Sache gescheitert. Die Gebetsmühle, Gewinnsteigerung schaffe Arbeit, hören wir seit 17 Jahren; die Ergebnisse sind bekannt. Wäre die Umverteilungs-These richtig, hätten wir schon längst Vollbeschäftigung.

3. Die Suche nach Konsens ist löblich, ja sinnvoll. Existenzelle gesellschaftliche Probleme wie die Arbeitslosigkeit lassen sich wirksamer in gegenseitigem Einvernehmen lösen als im Konflikt. Doch Konsens heisst Einigung in der Sache. Lässt sich dies nicht erreichen, ist der Konflikt anders als im Konsens zu lösen.

4. Um einen solchen Konflikt handelt es sich bei der Arbeitsumverteilung. Da bringt es nichts, an die Tarifparteien zu appellieren, sie möchten sich doch, bitte schön, verständigen – derweil der Dritte um Bunde, die Regierung, sich bequem zurücklehnt.

5. Damit ist der wichtigste Mangel des Sonntags-Papiers angesprochen: Der Part der Regierung. Arbeitszeitverkürzung ist offenkundig ihre Sache nicht. Wenn der Kanzler das Thema nunmehr angesichts des Drängens der Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall, nicht aussparen kann, so ist es für ihn der bequemste Weg, es den Tarifparteien zuzuschieben. Doch damit löst man keine Probleme. Die Arme der Tarifparteien sind erwiesenermassen zu kurz; gesetzlicher Flankenschutz ist unverzichtbar. Das gilt für die Reform des

Arbeitszeitgesetzes in gleicher Weise wie für die Ermöglichung vorgezogenen Ruhestandes sowie für die finanzielle Förderung von kontinuierlicher Weiterbildung oder von Familienzeiten.

Nach alledem gilt es endlich zu befragen: Wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, sich auf einige Schwerpunkte zu konzentrieren – und dazu gehören nun einmal auch Schritte der Arbeitszeitverkürzung – dann werden sie durch fremdes Gelände geführt – als Statisten eines Schauspiels, in dem zwar nach Kräften Bekenntnisse zur Überwindung der Arbeitslosigkeit deklamiert werden, doch in dem im Kern die alte Umverteilungspolitik fortgeführt wird, ohne Folgen für die Arbeit. Für Inszenierungen dieser Art sollten sich die Gewerkschaften eigentlich zu schade sein. spw

Steuerpolitik für die Shareholder Society

von Detlev von Larcher*

Die Unternehmenssteuerreform, die Hans Eichel am 21. Dezember der Presse vorstellte, war in groben Zügen schon bekannt: Die Körperschaftsteuer wird auf einheitlich 25% abgesenkt. Personengesellschaften und Einzelunternehmer erhalten die Möglichkeit, sich wie eine Körperschaft besteuern zu lassen, um ebenfalls in den Genuß dieser Tarifsenkung zu kommen. Damit wird die Ankündigung, eine von der Rechtsform des Unternehmens unabhängige Besteuerung einzuführen, weitestgehend umgesetzt.

Ausschüttungsbesteuerung nach dem Halbeinkünfteverfahren

Dem Ziel, einbehaltene Gewinne gegenüber ausgeschütteten steuerlich besserzustellen, wird durch eine grundlegende Systemänderung Rechnung getragen. Bisher wurde die Körperschaftsteuer im Fall der Ausschüttung auf die Einkommensteuer des

Empfängers angerechnet, also quasi im Tausch gegen die individuelle Einkommensteuer erstattet. Zukünftig entfällt dieses Anrechnungsverfahren. Zusätzlich zum vom Unternehmen gezahlten Körperschaftsteuer werden Ausschüttungen zur Hälfte der Einkommensteuer unterworfen (sog. Halbeinkünfteverfahren), so dass die gesamte Steuerbelastung des zugrundeliegenden Gewinns erhöht wird. Es wird also, entsprechend einer alten Forderung der Linken, steuerlich attraktiver, den Gewinn im Unternehmen zu belassen und zu reinvestieren. Inwieweit sich die Hoffnung erfüllt, dass es sich dabei um Realinvestitionen handeln wird, ist schwer prognostizierbar. Jedenfalls lässt sich nicht herleiten, dass die zusätzlich verfügbaren Mittel von den Unternehmen ausschließlich für Finanzinvestitionen verwendet werden.

Zugleich hat das Halbeinkünfteverfahren allerdings den zweifelhaften Charme, daß die Gesamtsteuerbelastung aus Körperschaftsteuer und Einkommensteuer bei Spitzenverdienern unter, bei Kleinverdienern aber über ihrem individuellen Steuersatz liegt. Die zusätzliche Berücksichtigung eines Progressionsvorbehalts (d.h. die nicht steuerpflichtigen Teile der Ausschüttung werden zur Ermittlung eines besonderen Durchschnittssteuersatzes herangezogen) führt übrigens dazu, dass die Grenzsteuerbelastung für Ausschüttungen in der Nähe von 100.000 DM zu versteuerndem Einkommen (nach der Grundtabelle) ein Maximum von gut 47% erreicht, um

anschließend wieder auf (näherungsweise) 41,87% (Körperschaftsteuer und Einkommensteuer nach Tarif 2005 auf Ausschüttungen) abzusinken.

Die relativ hohe Belastung von Ausschüttungen bei Kleinverdienern sollte allerdings weniger verteilungspolitisch orientierten Menschen im Magen liegen als denen, die sich um die Etablierung einer „Aktienkultur“ nach amerikanischem Vorbild bemühen.

Gewerbesteueranrechnung

Einzelunternehmer und Personengesellschaften, die nicht für die Besteuerung als Körperschaft optieren, deren Gewinn also wie bisher unmittelbar als Einkünfte aus Gewerbebetrieb der Einkommensteuer unterliegt, werden zukünftig durch eine pauschalierte Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuerschuld entlastet. Eine objektbezogene, d.h. von der persönlichen Einkommenssituation der Gesellschafter und Finanzierungsverhältnissen weitgehend abstrahierende Steuer wird also zukünftig mit der allein auf persönliche Verhältnisse abstellenden Einkommensteuer verrechnet. Steuersystematisch und verfassungsrechtlich kommt der Gesetzentwurf damit gegenüber der bisherigen Tarifbegrenzung für Einkünfte aus Gewerbebetrieb, die zukünftig entfällt, keinen Schritt voran.

Rot-Grün als Steuersenkungskoalition

Über die Unternehmenssteuerreform hinaus wird die für 2002 vorgesehene dritte Stufe des Steuerentlastungsge-

Das bedingungslose Streben nach einer Senkung der ohnehin historisch niedrigen gesamtwirtschaftlichen Steuerquote ist problematisch, wenn man berücksichtigt, dass vor einem halben Jahr noch Einschnitte bei den Sozialleistungen mit dem drohenden Staatsbankrott begründet wurden.

* Detlev von Larcher MdB, Weyhe bei Bremen, ist Mitherausgeber der spw, Koordinator des Frankfurter Kreises.

setzes 1999/2000/2002 auf 2001 vorgezogen; der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer sinkt bereits dann auf 48,5%, der Eingangssteuersatz auf 19,9%. Das kommt insbesondere den kleinen und mittleren Einkommen und den nicht für die Körperschaftsteuer optierenden mittelständischen Unternehmen zugute, ist also nachfragepolitisch grundsätzlich positiv zu bewerten. Zudem wurden zwei weitere Tarifsenkungen für 2003 und 2005 angekündigt. Der Eingangsteuersatz soll bis 2005 auf 15% sinken, der Spitzensteuersatz auf 45%. Zudem soll der Grundfreibetrag weiter auf 15.000 DM steigen. Rot-Grün ist dabei, sich als die Steuer-senkungs-konkordanz zu profilieren.

Auch die gegenüber dem Petersberger Modell der alten Bundesregierung sozial wesentlich ausgewogenere Tarifgestaltung kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass das bedingungslose Streben nach einer Senkung der ohnehin historisch niedrigen gesamtwirtschaftlichen Steuerquote problematisch ist, wenn man berücksichtigt, dass vor einem halben Jahr noch der drohende Staatsbankrott das dominierende Thema war, mit dem Einschnitte bei den Sozialleistungen durchgesetzt wurden. Hat der Finanzminister jetzt die Taschen so voll, dass er nichts mehr hineinkriegt und deshalb die Einnahmen herunterfahren muß? Nein, nur haben Steuer-senkungen neuerdings auch nach rot-grüner Anschauung hohe Selbstfinanzierungseffekte, weil sie das Wirtschaftswachstum ankurbeln und damit allen öffentlichen Kassen zusätzliche Einnahmen zufließen und zudem manche Ausgabenposten zurückgehen würden. Die FDP sitzt nun im grünen Gewande am Kabinetttisch. Vor ein-einhalb Jahren sahen die heutigen Koalitionsparteien die Wachstumsimpulse, die von einer Steuerreform ausgehen können – in Übereinstimmung mit allen seriösen Sachverständigen – jedenfalls noch deutlich zurückhaltender und berücksichtigten auch, dass scharfe Konsolidierungspolitik das Wachstum natürlich auch, und zwar negativ, beeinflusst.

Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen

Für Wirbel sorgte mit einem Tag Verspätung ein scheinbares Detail der Unternehmenssteuerreform: Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen, z.B. Aktien, die eine Kapitalgesellschaft an einer anderen hält, sollen zukünftig nicht steuerpflichtig sein.

Bilanzieretes Eigenkapital und Börsenkapitalisierung ausgewählter Unternehmen		
	Eigenkapital (Mrd. DM)	Börsenkapitalisierung (Mrd. DM) ³
Allianz	43,5 ²	173
Bayer	29,2 ¹	64
Mannesmann	12,5 ²	260
SAP	3,8 ²	49
Volkswagen	19,6 ¹	39
¹ 30.09.1999, ² 31.12.1988, ³ 18.01.2000		

Stille Reserven, die in Anteilen an anderen Kapitalgesellschaften liegen, könnten demnach zukünftig steuerunschädlich aufgelöst werden. Die Frankfurter Börse begrüßte diese Erkenntnis mit einem Kursfeuerwerk.

Diesem Steuergeschenk liegt die Vorstellung zugrunde, dass der Veräußerungsgewinn dem Zugriff des Fiskus nicht endgültig entgeht. Der bei der Veräußerung anfallende Gewinn wird als Totalausschüttung interpretiert und sei daher mit Dividendenzahlungen vergleichbar. Dividendenzahlungen, die einer Kapitalgesellschaft zufließen, müssen in dem System richtigerweise nicht nochmals versteuert werden, da nur solche Gewinne ausgeschüttet werden können, die das Unternehmen bereits in seiner Bilanz ausgewiesen und dementsprechend versteuert hat. Mit der Fiktion der Totalausschüttung wird nun unterstellt, auch die noch verdeckten Gewinne (die stillen Reserven), die früher oder später aber einmal offengelegt und versteuert werden müssen, würden ausgeschüttet. Diese Vorstellung umfaßt selbst zukünftig zu erwartende und dann zu versteuernde Gewinne, die nach herrschender Meinung fundamental für die Preisbildung am Aktienmarkt sind. Auch diese Gewinne werden, soweit die Erwartungen sich als gerechtfertigt erweisen, ja irgendwann ausgewiesen und versteuert. Die Besteuerung der bei der Veräußerung aufgetretenen Gewinne wäre demnach nur eine Frage der Zeit.

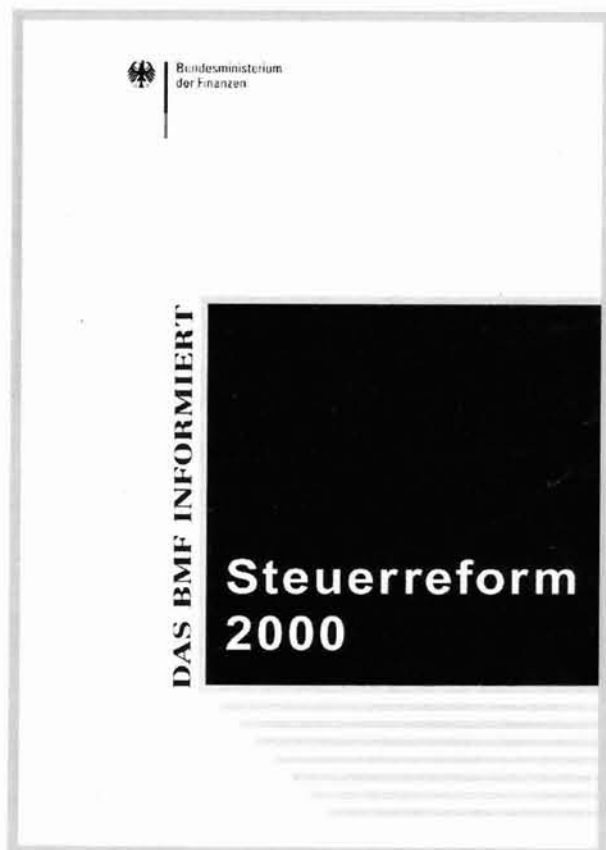
Sehr langer Zeit allerdings, wie das dieser Tage plakative Beispiel der Mannesmann-Aktie verdeutlicht. Das Übernahmeangebot der Vodafone-airtouch beläuft sich bekanntlich auf rund 240 Mrd. DM (wenn auch nur im Wege des Aktientausches), der aktuelle Börsenwert hat zwischenzeitlich sogar rund 260 Mrd. DM erreicht. Der Geschäftsbericht 1998 der Mannesmann AG weist demgegenüber für den 31.12.1998 ein Eigenkapital von 6,35

Mrd. EUR, also 12,5 Mrd. DM oder gut 5% des Börsenwerts aus. 1999 wird dieser Wert zwar beträchtlich, aber doch nur auf vielleicht 6% angestiegen sein. In den letzten 3 Jahren hat sich der Kurs der Mannesmann-Aktie allein versiebenfacht, der Börsenwert also um über 200 Mrd. DM erhöht. Bis Mannesmann all diese Gewinne in seinen Steuerbilanzen ausgewiesen haben wird, werden noch Jahrzehnte ins Land gehen. Ein so langfristiger „Steuerkredit“ ist nichts weiter als der Verzicht auf den größten Teil der eigentlich fälligen Steuern.¹

Möglichkeiten der Steuerumgehung

Bei spekulativen Blasen, wie sie sich bei Mannesmann und anderen Aktiengesellschaften gebildet haben, muß man jederzeit mit dem Platzen, also mit scharfen Kursverlusten rechnen. Deshalb ist es für ein sinnvolles Besteuerungsmodell unverzichtbar, dass Kursverluste steuerlich genauso (nicht) gewürdigt werden wie Kursgewinne. Diesem Anspruch wird der Gesetzentwurf auch grundsätzlich gerecht. Alle neuen Regelungen beachten das Gebot der symmetrischen Behandlung von Gewinnen und Verlusten. Mit der dem deutschen Steuerzahler und -berater eigenen Gestaltungskraft wird es aber sicher gelingen, das System zu überlisten. Ansatzpunkte dafür gibt es zum einen im neuen Dualismus von Einkommensteuer bei nicht für die Körperschaftsteuer optierenden (s.o.) Personengesellschaften (Besteuerung der Veräußerungsgewinne und -verluste nach dem Halbeinkünfteprinzip) und Körperschaftsteuer, nachdem die einheitliche Unternehmenssteuer insbesondere am Widerstand der Grünen gescheitert ist. Zum anderen könnte mit Gestaltungstricks Kursverlusten ein anderer, nämlich steuerlich voll wirksamer Charakter gegeben werden.

Selbst unter der Annahme, dass alle zugrundeliegenden Geschäfte so weiterlaufen wie bisher, ist, entgegen Finanzminister Eichels Ankündigungen, mit erheblichen Steuer-ausfällen zu rechnen.



Der Druck auf die Unternehmen, sich den Anforderungen der Kapitalmärkte entsprechend zu verhalten, wird durch das Kursgewinnprivileg eher zunehmen.

Eine systematisch einwandfreie Lösung für die Besteuerung von Gewinnen beim Verkauf von Anteilen gibt es eigentlich nicht. So ist zu fragen, warum Veräußerungsgewinne, die beispielsweise aus Immobiliengeschäften resultieren, steuerpflichtig sein sollen, wenn Aktienkursgewinne dies nicht sind. Immobilienpreise haben schließlich auch etwas damit zu tun, wieviel Gewinn der Erwerber zukünftig damit erzielen zu können glaubt. Es darf deshalb vermutet werden, dass zukünftig körperschaftsteuerpflichtige Unternehmen Grundstücke erwerben, in eine Tochtergesellschaft einbringen und beim späteren Verkauf des Grundstückes dieses mitsamt dem Firmennamen verkaufen, um den Veräußerungsgewinn steuerfrei zu realisieren.

Es zeichnen sich also eine Reihe von Möglichkeiten ab, die neue Regelung durch geschickte Fallgestaltungen zum Nachteil des Fiskus auszunutzen. Die bisherigen Erfahrungen mit der Steuersparbranche lassen wenig Hoffnung, dass davon kein Gebrauch gemacht würde. Doch selbst unter der Annahme, dass alle zugrundeliegenden Geschäfte so weiterlaufen wie bisher, ist, entgegen Finanzminister Eichels Ankündigungen, mit erheblichen Steuerausfällen zu rechnen. Denn bei den „Steuerstundungen“, die sich beim Verkauf von Anteilen ergeben, handelt es sich ja nicht um die sprich-

wörtlichen peanuts – selbst wenn man in den gleichen Größenordnungen wie der Urheber dieses Unworts denkt. Gerade in einer Zeit heftigster Umstrukturierungen geht es hier um mehrstellige Milliardenbeträge.

Shareholder vs. Stakeholder

Das Hauptargument für das Kursgewinnprivileg ist, dass damit der sogenannte lock-in-Effekt vermieden werde, der letztlich einer ständigen Modernisierung der Wirtschaft im Wege stehe. Die mit der Unternehmenssteuerreform bewußt herbeigeführte steuerliche Begünstigung einbehaltenen Gewinne führe dazu, dass das Kapital im Unternehmen eingesperrt bleibe, anstatt sich über den Kapitalmarkt „den besten Wirt“ zu suchen. Das ist in doppelter Weise falsch. Erstens haben Veräußerungsvorgänge mit dem Effekt nichts zu tun: Beim Verkauf von Anteilen an dem Unternehmen A findet kein Kapitalfluß – in welcher Richtung auch immer – zwischen A und dem Rest der Welt statt. Vielmehr fließt Geld von Erwerber C an Verkäufer B, der dieses Geld nun für eigene Sachinvestitionen oder für den Erwerb einer anderen Beteiligung (an D) oder zur Ausschüttung nutzt. Genausogut hätte sich allerdings C direkt an D beteiligen können.

Zweitens gibt es den lock-in-Effekt bzw. seine schädlichen Auswirkungen schon deshalb nur sehr eingeschränkt, weil Unternehmen A seinen thesaurierten Gewinn ja nicht für alle Zeiten in aussterbende Produktionszweige stecken muß. Es kann ihn, genau wie jedes andere Unternehmen, für den Aufbau neuer Geschäftsfelder oder für den Erwerb von Beteiligungen an zukunftssträchtigeren Unternehmen verwenden. Auch hier sei auf das Beispiel Mannesmann verwiesen. Allenfalls stellt sich daher das Problem, dass die Entscheidung über die Gewinnverwendung, anders als bei ausgeschütteten Gewinnen, nicht unbedingt die Zustimmung jedes einzelnen Aktionärs findet.

Ist dies wirklich ein Problem? Es geht um den Konflikt zwischen shareholder und stakeholder. Die steuerliche Präferenz für einbehaltene Gewinne stärkt zunächst das Management und in geringerem Umfang den Aufsichtsrat eines Unternehmens. Soweit die Aktionäre angesichts der zusätzlichen Steuerbelastung eine Gewinnausschüttung scheuen, haben sie naturgemäß großen Einfluß auf die Entscheidung über die Gewinnverwendung. Unter

dem bisherigen, eher die Ausschüttung begünstigenden Regime hatten sie diese Rückendeckung zwar nicht, jedoch unterstützte die steuerliche Belastung von Veräußerungsgewinnen die Bildung relativ stabiler Eigentumsstrukturen, die keineswegs immer kritikunwürdig sind. Unternehmen erwarben Beteiligungen im allgemeinen aufgrund strategischer Überlegungen, weniger um kurz- und mittelfristig Kursgewinne mitzunehmen. Die nun angepeilte Steuerfreiheit wird letzterem Motiv natürlich mehr Gewicht verleihen.

Damit geraten die stakeholder, Management und Belegschaft, von zwei Seiten unter Druck: Einerseits sind die Anteilseigner natürlich unter den geänderten steuerlichen Rahmenbedingungen stärker an der derzeitigen Option zur Gewinnrealisierung interessiert. Andererseits schwindet bei potentiellen Käufern die Notwendigkeit, langfristige, strategische Überlegungen dahingehend anzustellen, was sie mit der Beteiligung wollen. Sie werden beim Unternehmen-shopping leichtfertiger als bisher vorgehen. Der Wechsel wichtiger Anteilseigner stellt immer auch die bisherige Unternehmensstrategie und nicht zuletzt die Arbeitsplätze – sowohl des Managements als auch der Arbeitnehmer – in Frage. Damit werden die stakeholder zu Komplizen der aktuellen shareholder. Sie müssen, um ständige Eigentümerwechsel zu unterbinden, den Preis hochhalten.

Im Ergebnis führt das Kursgewinnprivileg deshalb den eigentlichen Grundgedanken der Unternehmenssteuerreform ad absurdum: Beabsichtigt war, mit der steuerlichen Begünstigung der Thesaurierung von Gewinnen die Unternehmen als produktive Einheiten gegenüber den Kapitalmärkten zu stärken, also den Ansatz der stakeholder society zu verfolgen. Jetzt wird der Druck auf die Unternehmen, sich den Anforderungen der Kapitalmärkte entsprechend zu verhalten, eher zunehmen. spw

¹ Für Finanzmathematiker: Im Falle Mannesmann würden rund 35 Jahre vergehen, bis bei einem jährlichen Vorsteuergewinn von 12% (nach Abzug der Gewerbeertragsteuer) auf das ausgewiesene Eigenkapital, der vollständig thesauriert wird (das Eigenkapital wächst also jährlich um 9%), der aktuelle Börsenwert erreicht wird. Mit einem moderaten Zinssatz von 5% abgezinst ergibt sich für die in dieser Zeit anfallenden Steuereinnahmen ein Gegenwartswert von rund 42% der bei sofortiger Versteuerung entstehenden Einnahmen, also ein Verzicht auf 58%.

Im „heißen Sommer“ 1999 schlugen die Wogen der Erwartung hoch. Nach dem Schröder-Blair-Papier, den ersten Wahlniederlagen, dem Kosovo-Krieg und dem Sparpaket hörte man in den Reihen der Jusos, der Parteilinken – selbst in Teilen des traditionellen Arbeitnehmerflügels – die Parole, dass der 99er Parteitag „die Entscheidung“ über den zukünftigen Kurs der SPD bringen müsse. Die Parlamentarische Linke erzählte sich sogar wieder die mutmachende Legende von einer Mehrheit in der Bundestagsfraktion. Doch bereits das Versanden der Initiative einer linken Kerngruppe von MdB¹ demonstrierte, über wie wenig Konflikt- und Bindungskraft die Linke unter Regierungsbedingungen verfügt. Und je näher sich der „final countdown“ Richtung Parteitagstermin bewegte, desto zaghafter wurde – auch mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und NRW – die Handlungsbereitschaft.

Nun wissen wir: der Bundesparteitag 1999 war nicht die „letzte Schlacht“. Für einen detaillierten Bericht sei an dieser Stelle auf die Tagespresse oder die Beschlussdokumentation im Internet² verwiesen. Hervorgehoben werden sollen drei Aspekte.

Sozialdemokratisches Zentrum, Vermögenssteuer und jede Menge Wiedervorlage

Erstens verfügt die SPD nach den Turbulenzen im Sommer wieder über ein politisches Zentrum, das in der Lage ist, einen Konsens zu definieren und in der Partei zu verankern. Personell steht vor allem der neue „General“ Franz Müntefering für dieses Zentrum. Die Initiative eines Leitantes „Perspektiven sozialdemokratischer Regierungspolitik“ und die Art und Weise, wie die Partei über vier Regionalkonferenzen als Veranstaltungen „inszenierter Demokratie“ auf die vorgegebene Linie eingeschworen wurde, wäre von Schröder allein nicht zu leisten gewesen. Die neue Geschlossenheit ist zweifellos ein „autoritärer Konsens“ und keiner, der diskursiv entstanden und intellektuell verankert ist. Er zeichnet sich dadurch aus, dass auf der einen Seite auf den weiteren Versuch einer „Neo-Ideologisierung“ bzw. das Bestreben, die Partei programmatisch auf einen konsequent „blairistischen“ Kurs zu bringen, vorläufig verzichtet wird. Auf der anderen Seite wird in memoriam der 99er Wahlniederlagen unbedingte Zustim-

mung für den Regierungskurs verlangt. Unbestritten hat der Parteitag das halbherzige Reformprofil des Wahlprogramms noch weiter aufgeweicht.

Zweitens kann es der Linken an Schlüsselfragen durchaus gelingen, dieses Zentrum der Partei zu gewinnen. Die Tatsache, dass Schröder die Notwendigkeit sah, bereits im Vorfeld des Parteitages einen eigenen Vorschlag in Sachen Vermögensbesteuerung vorzulegen, hat etwas damit zu tun, dass selbst zahlreiche gemäßigte Bezirks- und Landesvorsitzende in dieser Frage eine unmissverständliche Position vertreten haben. Zwar beinhaltet der beschlossene Fünf-Punkte-Plan von Schröder³ keine Lösung einer verfassungskonformen Besteuerung der Vermögenssubstanz. An der fehlenden erforderlichen Mehrheit im Bundesrat kommt jedoch auch die Linke nicht vorbei; was nicht heißt, dass das Thema nun von der Tagesordnung genommen werden muss.

Drittens hat sich die Linke beschränkt auf eine Politik von Nadelstichen, die jedoch kaum wehtun. Die durchgesetzten Beschlüsse einer Ablehnung von Panzerexporten in die Türkei sowie einer Liberalisierung der Asylrechtspraxis sind wichtig und sollten auch als Erfolge begriffen werden. Ob sie jedoch eine Verbindlichkeit für die Regierung haben, ist zweifelhaft. Punktuelle Anknüpfungsmöglichkeiten liefern zudem die von den Jusos durchgesetzten „Wiedervorlagebeschlüsse“: im März sollen nach den Regionalkonferenzen im Rahmen des Ausbildungskonsens weitere „politische und gesetzgeberische Maßnahmen“ geprüft werden, um ein regional auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen zu erreichen. Des Weiteren wurden Parteivorstand und Fraktion aufgefordert, auf Basis der existierenden Berichte eine Aufarbeitung des NATO-Einsatzes in Jugoslawien vorzunehmen und der Partei zur Diskussion vorzulegen. Ebenfalls wurde die von der Linken eingeforderte Klärung der Position zu den internationalen Finanzmärkten in eine nun einzurichtende Kommission verlagert.

Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die sozialdemokratische Linke in den großen Fragen des ökonomischen und sozialstaatlichen Umbaus handlungsunfähig ist und widersprüchlich agiert. Die gleichen „Linken“, die mit Vehemenz für das eher zweifelhafte Projekt eines „Werbeverbots für Alkohol!“ kämpfen, winken die Forderung nach ei-

Nadelstiche, die kaum wehtun

Eine kurze Nachlese zum SPD-Bundesparteitag

Von Benjamin Mikfeld*

nem Niedriglohnssektor desinteressiert durch und haben zum Bündnis für Arbeit keine eigene Meinung. Das Problem liegt weniger in den Mehrheitskonstellationen, sondern darin, dass sich Teile der Linken aus dem Diskurs über entscheidende Zukunftsfragen verabschiedet haben.

Schluss mit dem Selbstmitleid

Deswegen macht es auch keinen Sinn, nach jedem Parteitag aufs Neue zu lamentieren, wie böse Schröder ist, wie schwach die Linke ist, wie wenig Koordinierung stattfindet etc. und sich im Selbstmitleid zu suhlen. Das Grundproblem liegt darin, dass die Linke in der SPD kein geklärtes taktisches, geschweige denn ein strategisches Verhältnis zur Regierungssituation hat. Es ist versäumt worden, rechtzeitig ein eigenes Reformprogramm zu entwickeln und zu kommunizieren. Die Linke ist über (durchaus berechnete) Initiativen rund um einzelne Instrumente, wie die Ausbildungsumlage oder viele Versionen von Zukunftsinvestitionsprogrammen nicht hinausgekommen. Die Identitätskrise der Linken liegt im wesentlichen darin, dass sie auf die komplexe ökonomische und gesellschaftliche Umbruchssituation bislang keine realitätstaugliche Antwort gefunden hat. Auch der im Vergleich zur Brandt- und Schmidt-Regierung komplizierter gewordenen Medienlage steht die Linke weitestgehend ignorant gegenüber. Überwogen haben naive Hoffnungen in den Regierungswechsel und Bestrebungen, einzelne programmatische Versatzstücke der letzten Jahrzehnte technokratisch und ohne jeden kulturellen Bezug auf die Gesellschaft umzusetzen.⁴

Je näher sich der „final countdown“ Richtung Parteitagstermin bewegte, desto zaghafter wurde – auch mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen – die Handlungsbereitschaft der Parteilinken.

* Benjamin Mikfeld ist Juso-Bundesvorsitzender, er studiert Sozialwissenschaften und lebt in Bochum

Crossover (Hrsg.)
**Regionales Wirtschaften
 als linke Reformpolitik**

2000 – 227 Seiten
 DM 29,80 – ÖS 218 – SFR 27,50
 ISBN 3-89691-465-0



Marco Revelli
Die gesellschaftliche Linke
 Jenseits der Zivilisation
 der Arbeit

übersetzt von Dario Azzellini
 1999 – 221 Seiten
 DM 48,00 – ÖS 350 – SFR 44,50
 ISBN 3-89691-459-6

Michael Heinrich
Die Wissenschaft vom Wert
 Die Marxsche Kritik der
 politischen Ökonomie zwischen
 wissenschaftlicher Revolution
 und klassischer Tradition

Überarbeitete und erweiterte
 Neuauflage
 1999 – 411 Seiten
 DM 48,00 – ÖS 350 – SFR 44,50
 ISBN 3-89691-454-5

**WESTFÄLISCHES
 DAMPFBOOT**



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
 Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
 e-mail: dampfboot@login1.com
 http://www.login1.com/dampfboot

Die SPD wird auf absehbare Zeit keine linke Reformpolitik machen. Zumindest ist eine Erneuerung bzw. ein Kurswechsel von innen zum gegenwärtigen Zeitpunkt unrealistisch. Dazu muss man ein Verhältnis finden. Daher verdienen die jüngsten Austritte von Personen des spw-Kontextes aus der SPD Achtung, wenn auch nicht zwingend Zustimmung. Sie sind allemal ehrlicher, als sich weiter untätig im genannten Widerspruchsverhältnis zu bewegen und die Krise der Linken mit einem „weiter so“ zu beantworten.

Zunächst einmal muss die Linke ihren Voluntarismus und ihre „Beschlussillusion“ überwinden. Die auf den Frankfurter Kreis, die Jusos bzw. deren Führungspersonen projizierten Revolutionswünsche stehen in keinem Verhältnis zur Fähigkeit, dies im eigenen politischen und gesellschaftlichen Umfeld vorzubereiten. Erst dann, wenn politische Willensbildung breit und vernetzt stattfindet, kann die Linke auch auf Bundesparteitagen ernsthaft, geordnet und selbstbewusst auftreten. Die ständige Jammer über die Parteiführung geht am Problem vorbei. Lassen wir hierzu zwei sozialdemokratische „Modernisierer“ zu Wort kommen. Während Hombach mit seinem Vorwurf, wer noch an Beschlüssen festhalte, sei ein „Fall für die Therapie“⁵ die autoritäre Führung geradezu einfordert, liegt das Problem für Peter Glotz in der „Abschirmung der Binnenkommunikation der Parteien vom Zeitgespräch der gesamten Gesellschaft“⁶. Seiner Auffassung nach ist der fehlende Bezug auf den gesellschaftlichen Diskurs dafür verantwortlich, dass die „Verkapselung in Binnenkommunikation kompensiert [wird] durch Spitzenfiguren, die mit autoritären Kraftakten die demokratische Meinungsbildung ihrer Partei konterkarieren.“⁷ Recht hat er. Wer glaubt, gesellschaftliche Defensive mit Siegen auf Parteitag oder gar mit auf reine Symbolik reduzierten Protest und total radikale Wortbeiträge wettmachen zu können, treibt die Linke weiter in die Isolation.

Taktischer Realismus und langfristige Erneuerung

Der Linken bleibt keine Alternative, als „taktischen Realismus“ und eine langfristige Erneuerungsstrategie miteinander zu verbinden. Taktischer Realismus bedeutet, sich über die interne Kräftekonstellation im Klaren zu sein; dies verbietet gerade unter Bedingun-

gen einer weitestgehend „feindlichen“ Medienöffentlichkeit die Inflationierung von Niederlagen und symbolischen Radikalismus. Erforderlich sind Bündnisse mit dem sozialdemokratischen Zentrum und die Mobilisierung von gesellschaftlicher Zustimmung an entscheidenden Schlüsselfragen im Vorfeld von Entscheidungsverfahren. Das Zentrum kann nur eingebunden werden, wenn Kompromissbildungen möglich sind, die die „Gesichtswahrung“ von Parteispitze und Bundesregierung zulassen. Erforderlich sind daher geeignete Verfahren der „Früherkennung“ und abgestimmte „Kampagnen“.

Als langfristige Aufgabe stellt sich die Herausforderung einer programmatischen und strategischen Erneuerung der sozialdemokratischen Linken. Ein Erneuerungsprozess kann nicht zuerst von der Organisations- und Strukturfrage her eingeleitet werden. Eine bloße Re-Organisation wäre zum Scheitern verurteilt. Interne Interessengegensätze, Trägheiten und die Unterschiedlichkeit der politischen „Mentalitäten“ blockieren einen solchen Weg. Eine Erneuerung muss als langfristiger, d.h. sich über einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren erstreckender Prozess vollzogen werden. Zu nennen sind im wesentlichen zwei „Quellen“ für eine Erneuerung. Erstens kann diese sich nur anhand von politischen Reformprojekten (z.B. Zukunft der Arbeit oder Regulierung der Weltwirtschaft) herausbilden. Zweitens ist sie nur als Formation jenseits der alten linken Strömungen und Lager (als „postfordistische“ Linke) und damit wohl auch nur über den Generationenwechsel denkbar.

Ab in die Falle – Sinn und Unsinn der Programmdebatte

Konkreter Anknüpfungspunkt für eine Neuformierung hätte die Erarbeitung eines „Orientierungsrahmens 2010“ im Sinne eines „politisch-ökonomischen Minimalkonsenses“ sein können. Zum einen hätte er der Regierungspraxis mehr Richtung und Verbindlichkeit verliehen. Zum anderen wären sowohl die Apologeten des Dritten Wegs als auch die Linke gezwungen gewesen, ihre eher allgemeinen Vorstellungen in der Entwicklung eines mittelfristigen Modernisierungsprogramms zu präzisieren, d.h. auch auf reale Umbrüche und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu beziehen. Die Chance hätte in einem offenen kommunikativen Aushandlungsprozess über die mittelfristige

Zukunft gelegen. Dieser Vorschlag von Jusos und anderen wurde aber schnell durch das Bestreben, ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten, erledigt.

Der Parteitag hat dieses Anliegen mittlerweile beschlossen. Die SPD wird nun in den nächsten Jahren eine Programmdebatte führen. Bereits die personelle Zusammensetzung der Programmkommission verspricht wenig Gutes. Vorsitzender ist Gerhard Schröder und geschäftsführender Vorsitzender ist Rudolf Scharping. Die Stellvertreter sind Wolfgang Clement, Reinhard Klimmt, Matthias Platzeck, Ute Vogt und Heidi Wieczorek-Zeul. Die wenigsten der genannten Personen sind dafür bekannt, dass sie intelligente programmatische Entwürfe entwickeln.

Es ist nicht verwunderlich, dass „die notorischen Papierchensreiber“ (O-Ton Lafontaine) in der Linken begeistert auf den Zug aufspringen und sich in ihrem Element fühlen. Zwar wäre es wenig hilfreich, die Programmdiskussion zu ignorieren. Aber in die Falle tappen sollte man auch nicht. Die Linke wird in der innerparteilichen Debatte am Katzentisch sitzen. Während Alibipersonen ihre üblichen Alibisätze in den Feldern Umwelt, Internationales und BürgerInnenrechte einbauen können, werden

die maßgeblichen Impulse die technokratische Standortpolitik Clements und der spießig-bürgerliche Kommunitarismus Scharpings sein. Wesentliche Eckpunkte des Berliner Programms sollen – ohne dass auch nur eine Sekunde über ihre Realisierung nach dem Regierungswechsel nachgedacht wurde – abgeräumt werden.

Die Linke hat nur die Chance, die eigene Erneuerung als Prozess der „organischen Verbindung“ mit gesellschaftlichen Reformpotenzialen zu verstehen. Hier kann die Programmdebatte genutzt werden. Sie muss also eigene offene Strukturen und Prozesse entwickeln, neue Bündnisse organisieren und sich die Stärke somit aus der Gesellschaft holen. Die Einbringung in die interne Debatte ist der zweite Schritt; klassische Doppelstrategie eben. Auf keinen Fall darf sie sich auf abstrakte Grundwerte- und Gerechtigkeitsdebatten beschränken und weiter in die Sackgasse – Schröder kümmert sich um die Standortfrage und wir um die soziale Wärme – laufen. Sie muss sich als Plattform für die diskursive Erarbeitung von Alternativen auf Basis der „mitten im Leben“ erfahrbaren Umbrüche und Widersprüche begreifen. Wichtige Projekte wären:

- Die Verzahnung von ökonomischer Innovation, ökologischem Um-

bau und dezentraler wirtschaftlicher Demokratie.

- Die Entwicklung der Perspektive einer flexiblen und solidarischen Arbeitsgesellschaft.
- Die Re-Thematisierung internationaler Solidarität entlang der Frage „wer profitiert vom Shareholder-Value- bzw. Casino-Kapitalismus?“
- Die Entwicklung einer Aktiv-Demokratie jenseits von staatlicher Bürokratie und zentralistischen Organisationen.

spw

Das Grundproblem liegt darin, dass die Linke in der SPD kein geklärtes taktisches, geschweige denn ein strategisches Verhältnis zur Regierungssituation hat.

- 1 Soziale Gerechtigkeit bleibt unsere Aufgabe – Kurshalten statt Neoliberalismus, <http://www.jusos.org/medien/aktuell/sparpaket/pl-papier.html>
- 2 http://www.spd.de/archiv/events/ptt_1299/beschluesse/w_1.php3
- 3 Reform des Stiftungsrechts; Europäische Lösung bei der Kapitaleinkommensbesteuerung; Bekämpfung von Steuerhinterziehung; Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Produktivkapital; Reform der steuerlichen Bewertung des Grundbesitzes.
- 4 Vgl. hierzu Bruno Trentin (1999): Befreiung der Arbeit. Die Gewerkschaften, die Linke und die Krise des Fordismus, Hamburg. Das Buch bezieht sich v.a. auf Italien. Eine ähnlich radikale Auseinandersetzung mit der hegemonialen Krise der deutschen ArbeiterInnenbewegung fehlt leider.
- 5 Bodo Hombach (1998): Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte, München, S. 21
- 6 Peter Glotz (1999): Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus, München, S. 166
- 7 a.a.O. S. 169

spw intern

Liebe Leserinnen und Leser,

- Ralf Krämer, seit 1993 Redaktionssekretär (hauptamtlicher Redakteur) der spw, ist im Dezember 1999 nach 23-jähriger Mitgliedschaft aus der SPD ausgetreten. Weiter hinten in diesem Heft dokumentieren wir die ausführliche politische Begründung in einer gekürzten Fassung. Er hatte dies bereits auf der spw-Jahrestagung 1999 angekündigt und zur Diskussion gestellt. Dabei zeigte sich zwar verbreitetes Verständnis für diesen Schritt und seine Begründung, ander-

erseits weitestgehende Übereinstimmung darüber, dass spw auch weiterhin eine Zeitschrift und ein politischer Zusammenhang sein wird, der wesentlich in der Sozialdemokratie verankert und auf sie orientiert ist. Ralf Krämer wird seine Tätigkeit für die spw-Redaktion noch bis Mitte des Jahres 2000 weiterführen und dann beenden. Der spw-Arbeitsausschuss wird auf seiner nächsten Sitzung am 12.03.2000 darüber diskutieren und entscheiden, wie und durch wen seine bisherigen Aufgaben übernommen werden sollen.

- Rainer Zugehör ist Ende letzten Jahres aus der spw-Redaktion ausgeschieden, weil er wegen zu hoher anderweitiger Arbeitsbelastung eine sinnvolle Mitarbeit nicht mehr gewährleisten kann. Er wird sich aber noch mit um den Schwerpunkt des nächsten Heftes zu „Arbeit und Demokratie“ kümmern. Die Redaktion wird auf ihrer nächsten Klausursitzung über die Aufnahme neuer Redaktionsmitglieder insb. für den Bereich Wirtschafts- und Sozialpolitik diskutieren.

Die spw-Redaktion

Notizen und Hinweise

Netzwerk für demokratische Kontrolle der Finanzmärkte gegründet

Ein Netzwerk für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte gründeten am 22. 1. in Frankfurt/M. Vertreter und Vertreterinnen von über 50 Nichtregierungsorganisationen, Verbänden und Initiativen. An dem Treffen nahmen u.a. kirchliche Gruppen wie PAX CHRISTI, KAIROS Europa und Missio, der Dachverband entwicklungspolitischer Organisationen VENRO, der BUND, die Informationsstelle Lateinamerika ilara, die Jusos, Stiftung Umverteilen, Germanwatch, WEED sowie lokale Initiativen teil. Neben der Einführung einer internationalen Spekulationssteuer auf kurzfristige Finanztransaktionen (sog. Tobin Tax) sind Hauptforderungen die Schließung von Steuerparadiesen und Off-Shore Bankzentren.

Das Netzwerk will mit Publikationen, Veranstaltungen, Lobbyarbeit und Protestaktionen politischen Druck machen. International will man eng mit der französischen Bewegung ATTAC und ähnlichen Netzwerken in den USA und der EU zusammenarbeiten. Das Netzwerk ist offen für Organisationen und für Einzelpersonen. Kontaktadressen: KAIROS Europa; Heigenichstr.22, 69124 Heidelberg, Tel 06221 712610, Fax 06221 781183, e-mail: kairoshd@aol.com; WEED, Bertha von Suttner Platz 13; 53111 Bonn, Tel 0228-766130; Fax: 0228 696470; e-mail: weed@weedbonn.org; www.weedbonn.org

Tagung „Rot-Grün – noch ein Projekt?“

Den Versuch einer ersten Bilanz dazu will die *Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen* lädt – erneut in Zusammenarbeit mit der französischen Gruppe *Raisons d'Agir* auf ihrer 6. wissenschaftlich-politischen Arbeitstagung am 4. und 5. März 2000 in der HVHS Springe bei Hannover unternehmen. Weitere Informationen und Anmeldungen bei Michael Buckmiller, Bödekerstr. 75, 30161 Hanover, Tel. 0511-664677, Fax 0511-

624730. Im Internet siehe zur GFP/Loccumer Initiative <http://home.t-online.de/home/fsie.eefg/210/210wgfp.htm> und zu *Raisons d'Agir* www.msh-paris.fr/agir/rdaas.soc.html (französisch).

Projekt zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Über 300 TeilnehmerInnen waren der Einladung zum 2. bundesweiten Treffen der Gewerkschaftslinken am 3./4.12.99 in Stuttgart gefolgt. Die Diskussion und Vernetzung sowie der Aufbau regionaler Zusammenhänge soll weiter vorangetrieben werden ein weiteres Treffen in einigen Monaten folgen. Berichte und Einschätzungen zu der Konferenz und einen Einblick in die Diskussionen vermittelt das umfangreiche Internet-Angebot von www.labournet.de

Vermögensbesteuerung für mehr Gerechtigkeit und mehr Beschäftigung

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hat im Dezember 1999, pünktlich zum SPD-Parteitag – half aber auch nichts – ein Sondermemorandum mit umfangreichen Argumenten für die Wiedererhebung der Vermögensteuer vorgelegt, die nach dem dort vorgestellten Modell ein Aufkommen von jährlich mindestens 30 Mrd. DM erbringen würde. Außerdem wird die Wiedereinführung einer Kapitalverkehrssteuer sowie die unbefristete Besteuerung von Spekulationsgewinnen vorgeschlagen, was zusammen weitere rund 36 Mrd. DM erbringen würde. Damit wären alle Sparpakete überflüssig. Das Sondermemo ist für DM 1,00 erhältlich bei der AG Alternative Wirtschaftspolitik, Postfach 330447, 28334 Bremen, Tel. 0421-4914480, oder im Internet zum Download unter www.barkhof.uni-bremen.de/ku/memo/docs/sm9910.pdf

Arbeitslosengruppen in Deutschland

Das Frankfurter Arbeitslosenzentrum hat ein aktuelles bundesweites Verzeichnis von Arbeitsloseninitiativen zusammengestellt. Es enthält auf 170 Seiten nach Postleitzahlen sortiert 795 Kontaktadressen aus ganz Deutschland, zu beziehen für 8,00 DM + Porto bei der Stiftung Mitarbeit, Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn, Fax 0228-6042422.

Danyel T. Reiche/Carsten Krebs

Der Einstieg in die Ökologische Steuerreform

Aufstieg, Restriktionen und Durchsetzung eines umweltpolitischen Themas

PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

Geschichte der Ökologischen Steuerreform

Danyel T. Reiche und Carsten Krebs haben eine Analyse der Diskussionen und bisherigen Durchsetzung der Ökologischen Steuerreform in Deutschland vorgelegt. Das Buch mit 337 Seiten ist bei Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, Eschborner Landstr. 42-50, 60489 Frankfurt, Tel. 069-7807050, erschienen und kostet DM 69,00.

Kohl-Bilanz

Eine kritische Bilanz der Ära Helmut Kohl bietet als „Elektronic Book“ für 10,- DM, gedruckt 20,- DM, Dr. Egon F. Kasper an, COMTECH-Software, UniCenter 1519, 50939 Köln, Fax 0221-442007, eMail comtech-kasper@t-online.de

Zwangsarbeit im „Dritten Reich“

Zu diesem Thema weist der Schmetterling-Verlag, Lindenspürstr. 38b, 70, 70176 Stuttgart, Tel. 0711-626779, eMail SCHMEVLG@aol.com, auf die aktuelle Neuerscheinung „Räder müssen rollen für den Sieg“, hrsg. von der VVN-BdA Kreisverband Esslingen, hin. Das Buch mit 184 Seiten kostet 26,80 DM.

Leistung und Idylle - Frauen zwischen Markt- und Hauswirtschaft

Monika Domke hat eine Studie vorgelegt, die der geschlechtsspezifischen Hierarchisierung von Gesellschaft in den Bereichen Erwerbsarbeit und Familie nachgeht und dabei auch die Konzeptionen in Frauen- und Arbeiterbewegung sowie die Politik von Rot-Grün einer kritischen Analyse unterzieht. Das Buch hat 160 Seiten und kostet DM 28,00, erschienen beim Papyrossa-Verlag, Petersbergstr.4, 50939 Köln, Tel. 0221-448545, eMail papyrossa@koeln-online.de

Raymond Federmann hat einmal in einem Roman über einen alten Mann seine zynischen gesellschaftlichen Vorstellungen vom 21. Jahrhundert skizziert. Damit meint er durchaus eine Neuauflage sozialdarwinistischer Gesellschaftsorganisation, es werden nämlich Behinderte, sozial Schwache, generell alle, die nicht den Normalitätskriterien entsprechen, in Raumkolonien abgeschoben. „Die Welt läuft gut, reibungslos ... die Politik der Konfrontation hat ausgespielt...“ Was bei Federmann die Vorahnungen vom Ende des Politischen in einer Totalität sind, erscheint unter Gerhard Schröder zunehmend alltagspolitische Wirklichkeit. Gesellschaftspolitische Reformvorschläge, die am Ende gar alternativen Charakter hätten werden von Rot-Grün zumindest hartnäckig umgangen, das Szenario zeigt ausschließlich Katzen, die um den dampfenden Brei herumlavieren.

Dabei entwickelt die SPD zugegeben ganz neue Qualitäten. Wurde bislang das Verweigerungsszenario eher durch den Rekurs auf konstruierte und vorgeschobene ‚Sachzwanglogik‘ geprägt¹ (die hinter dem Slogan: „Wir machen nicht viel anders, aber vieles besser!“, im Wahlkampf bereits als Reminiszenz beispielsweise an angebotsorientierte Wirtschaftspolitik etc. auffindbar war), so geht in persona Gerhard Schröder die SPD-Regierung mittlerweile zur offenen Verweigerung von Reformvorhaben über, die nicht einmal mehr der Mühe einer Begründung wert zu sein scheint.

„Hierfür ist vor allem politischer Wille erforderlich.“

In den Jahren der Opposition hatte die SPD unter anderem das Thema Bundesausbildungsförderungsgesetz als reformnotwendig angemahnt, schließlich enthält das Thema ja so sozialdemokratische Komplexe wie ‚Chancengleichheit‘ und ‚Förderung von Unterprivilegierten‘. So heißt es in einer Erklärung von Edelgard Bulmahn aus dem Februar 1997: „Die Reform der Ausbildungsfoerderung ist unabdingbar notwendig, und sie ist möglich. Hierfür ist vor allem politischer Wille erforderlich.“ Mit Sicherheit hat die Thematisierung sozialer Ungerechtigkeit, die gerade bezüglich der Zugangschancen zu Bildung, Ausbildung und Wissenschaft evident ist, etliche Menschen bewegt, SPD zu wählen.

Auch wenn sich der politische Wille in den Ankündigungen zu-

nächst in der Unterstützung des ‚Drei-Körbe-Modells‘, das bei weitem nicht kritikfrei ist, erschöpfte, so musste es dennoch als Ansatz zu einer Neuorientierung gewertet werden. Im Kern sollte hier die Einführung einer elternunabhängig ausgesetzter Sockelförderung von 400 DM für jedEn Studierenden an Stelle des Kindergeldes und der Ausbildungsfreibeträge betrieben werden. Doch schon im Herbst wurden wesentliche Punkte ‚weggeeeicht‘: das Dogma der Kostenneutralität und des Leistungszwangs wurden an die geplante Reform angeheftet – so blieben die ersten Eckpfeiler einer grundsätzlichen Veränderung der politischen Praxis am Wegesrand liegen. Einzig die Elternunabhängigkeit der Vergabe blieb; das hätte zumindest tendenziell eine Veränderung der bewusst desaströsen Politik der Regierung Kohl in diesem Bereich bedeutet.

Andersherum: Gerhard Schröders Politikentwurf beinhaltet bei allen Unklarheiten und Widersprüchlichkeiten die Überlegung zum abbauenden ‚Umbau‘ des Sozialstaates. Komplementär zu den Märkten soll die Staatsfunktion nötigenfalls mit Zwang regulativ in Erscheinung treten. (So erschließen sich Betriebe über kurz oder lang mit Hilfe einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung den Niedriglohnsektor. Das untere Ende des Niedriglohnbereiches wird staatlich mit Leistungskürzungen und Arbeitszwang bewirtschaftet.) Die Quintessenz ist eine Forderung nach ‚Eigeninitiative‘, die an Stelle staatlicher Intervention tritt, die Privatisierung öffentlichen Raumes schreitet voran, das ‚demokratische Wachstum‘ wird zugunsten des ‚marktförmigen Wachstums‘ (Richard Senett) vernichtet. Willkommen in der Berliner Republik, in der Lohn- und Bildungsabhängige weiter „die Freiheit haben sich zu verkaufen, oder zu sterben“, um ein Wort von Ernst Bloch unwesentlich zu erweitern.

Auch für den Bereich Bildung hat diese Politik fatale Konsequenzen, die freilich jetzt nur noch im günen Bereich des Slogans sind, wenn er heisst: Nichts anders, aber das besser!

Neoliberal-konservative Bildungspolitik

Mit Thorsten Bultmann und Rolf Weitkamp gilt es zunächst den Mythos der sozialliberalen Bildungsreform zu entkleiden, denn sie hat

Chronologie einknickender Sachpolitik

Über Schröder, BAFÖG und Häuserbau

von Lennart Laberenz*

„...nicht zu vermehrter realer gesellschaftlicher Gleichheit geführt, sondern im Rahmen ständiger Erhöhung des durchschnittlichen Qualitätsniveaus zur entsprechenden Reproduktion neu-alter Hierarchien – nur eben auf höherem Niveau.“² (Ebd., S. 52) Bildung ist, und ebendies analysieren Edelgard Bulmahn u.a. ja nicht anders, wichtiger Faktor bei der Verteilung vorgegebener sozialer Chancen in einer kapitalistischen Ökonomie. Nur ‚vergessen‘ die SPD-Bildungsstrateginnen gerne und oft, dass das Bildungssystem „...diese Chancen jedoch nicht [erzeugt] und ist insofern ein von den ökonomischen und sozialen Machtverhältnissen abhängiges, diesem nachgeordnetes System. Damit ist auch der Wirkungsgrad von Bildungs- und Hochschulpolitik begrenzt, präziser: er ist vom Grad ihrer Einordnung in ein gesellschaftspolitisches Umbaukonzept abhängig.“ (Ebd. S. 53)

Ein wichtiges Instrument bei der Bestellung eines reformpolitischen Feldes wäre nun z.B. die Veränderung der materiellen Ausgangsbasis derjenigen, die Bildungseinrichtungen besuchen und dies fürderhin auch zu tun gedenken. Indem eine der ersten politischen Entscheidungen der neugewählten Regierung Kohl die Abschaffung des SchülerInnen-BAFÖGs war, weiter die BAFÖG-Sätze eingefroren und die Förderungsrichtlinien zu Ungunsten der zu Fördernden verändert wurden, hat konservative und neoliberale Politik diesem Feld eine wichtige Stellung für ihre Gesellschaftsideologie eingeräumt. So weist der letzte Sozialbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (bmb+f) eine

In persona Gerhard Schröder geht die SPD-Regierung mittlerweile zur offenen Verweigerung von Reformvorhaben über, die nicht einmal mehr der Mühe einer Begründung wert zu sein scheint.

* Lennart Laberenz, Student der Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften in Berlin.

Das neue Heft:

Sozialismus 2000



Joachim Bischoff/Richard Detje: Neue Chance für die Neue Mitte? Dierk Hirschel: Befriedung des Hinterlandes – zum SPD-Parteitag; Ulrich Cremer: Militärische Emanzipationsversuche der EU; Theodor Bergmann: Ratio – Propaganda – Wirklichkeit; Profil der PDS: Wirtschaftspolitische Konzepte

Joachim Bischoff: New Economy? Die Konjunkturaussichten 2000; Jean Magniadas: Aktien für Arbeitnehmer – Volkskapitalismus? Thomas Weiß: Tendenzieller Fall der Profitrate – ein reaktionäres Argument?

Richard Detje/Otto König: Winter der Unzufriedenheit; Bernd Riexinger: Projekt der Vernetzung gewinnt erste Konturen; Michael Schlecht: Perspektiven der Tarifpolitik; Friedrich Siekmeier: Selbstdarstellung und Wirklichkeit bei Bertelsmann

Dieter Bott: Dialektik ist der lebendige Geist des Widerspruchs; Joachim Bischoff/Christoph Lieber: Adorno und Horkheimer als staatstragende Ideologen?

Matti Steinitz: Uruguay; Hansgeorg Conert: Russland; Bernhard Sander: Frankreich; Th. Bergmann/H. Peters: China; Matthias Fritz/Sibylle Wacker: Jugoslawien

Supplement: Frank Deppe, Die Linke in der Geschichte der Bundesrepublik

**Einzelheft: DM 12,-; Abo: DM 120,-
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 HH
Fax 040/280 505 68
e-mail: artikel@sozialismus.de**

Förderungsquote im Sommersemester 1997 von 18,6% (1994: 26,8%) auf.³ Allerdings sind das beileibe nicht diejenigen, die den Höchstsatz bekamen...

„Eigeninitiative“ wurde auch hier gepredigt und das Land schüttelte sich unter den rechtskonservativen Reden eines Roman „der Ruck“ Herzog. Statt die Unterfinanzierung zu thematisieren, wurde eine Elitedebatte entfacht und von den so unterschiedlichen Begabungen (unter gründlichen Missachtung ihrer gesellschaftlichen Konstruktion) und dem allgemein flachen Studieneifer der Studierenden gefaselt.

So kommt es, dass die Grundlage einer fundamentalen Bildungs-, und Ausbildungsförderungsdebatte eher eine morastige Melange von konservativen Uraltideen (Zugangsselektion via erhöhten Nummeri Clausi, Spracheingangstests, Auswahl durch Studierende u.v.m.) und neoliberaler Leistungsdefinition (erhöhte Prüfungsdichte, Studienabstufung durch Bachelor/Master etc.), die noch dazu von SozialdemokratInnen dummdreist verbreitet werden. Tatsächlich bekommt etwa der ‚SPD-Bildungsexperte‘ Peter Glotz kein intellektuelles Problem, da er generell annimmt, dass „das bisherige Bildungssystem in Deutschland ja so [ist], dass der Student dort studiert, wo die Waschmaschine seiner Mutter steht.“⁴

Wahlbetrug und Geschwafel

Da kann ein zugegeben sicherlich nicht mit dem Bildungssystem näher vertrauter Kanzler schon leicht einmal den Überblick verlieren. Zusammen mit dem Kollegen Finanzminister wurde das Anliegen also mit einer Handbewegung weggewischt. Die dabei praktizierte Manier lässt wieder einmal nicht nur viel auf Schröders Rollenverständnis zwischen den Geschlechtern schließen, eine neue Qualität formuliert sich in der ‚Begründung‘. Die Eltern hätten, so der besorgte Kanzler, das Kindergeld in Haus- oder Wohnungsbau gesteckt und das Abschneiden dieser monatliche Zuwendung sei den Eltern schlicht nicht zumutbar. An dieser Stelle müsste zunächst einmal eine tiefe, langanhaltende Stille herrschen. In der Art und Weise, mit der hier Sachpolitik behandelt wird, manifestieren sich neben dem angesprochenen Männlichkeitswahn schon profunde Unkenntnis und große konzeptionelle Lächer.

Während die CDU legitimerweise als korrupter Haufen bezeichnet werden kann, der finanztechnisch mit kriminellem Ziel nach Strich und Faden betrügt, trifft der gleiche Vorwurf sein Ziel, wenn der Umgang dieser Regierung mit dem Feld der politischen Versprechungen thematisiert werden sollte. Nur fällt das leider aus dem Bereich der strafrechtlichen Belangbarkeit. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Mit einer grundlegenden Reform der Ausbildungsförderung werden wir 1999 beginnen. In einem ersten Schritt werden wir Einschränkungen der 18. BAföG-Novelle zurücknehmen und die Freibeträge weiter anheben. Für eine grundlegende Reform und Verbesserung der Ausbildungsförderung werden wir ein im Bundestag und Bundesrat zustimmungsfähiges Konzept bis Ende 1999 vorlegen. Dazu werden wir unter anderem alle ausbildungsbezogenen staatlichen Leistungen zusammenfassen...“

Auch dieser Teil des denkwürdigen Schriftstückes ist also bereits nachhaltig in Vergessenheit geraten. Dafür gibt es aber auch einen Bildungskongress im Bonner Wasserwerk, auf dem wieder Schlaues und weniger Schlaues diskutiert wird. Vollmundig sind dort die Ankündigungen und salbungsvoll die Reden. Es ändert sich auch nichts, wenn schon der nun wirklich nicht zum Expertenkreis zählende Wolfgang Clement vor der Presse von der „Bildung als Standortfaktor Nummer eins“ daherschweifeln darf. Auf Papier gebracht verströmen die Ergebnisse schließlich auch den gleichen Charme der Überflüssigkeit wie offensichtlich alle politischen Erwartungen in diesen Zeiten. Die Zeit der konfrontativen Politik scheint wirklich vorbei. spw

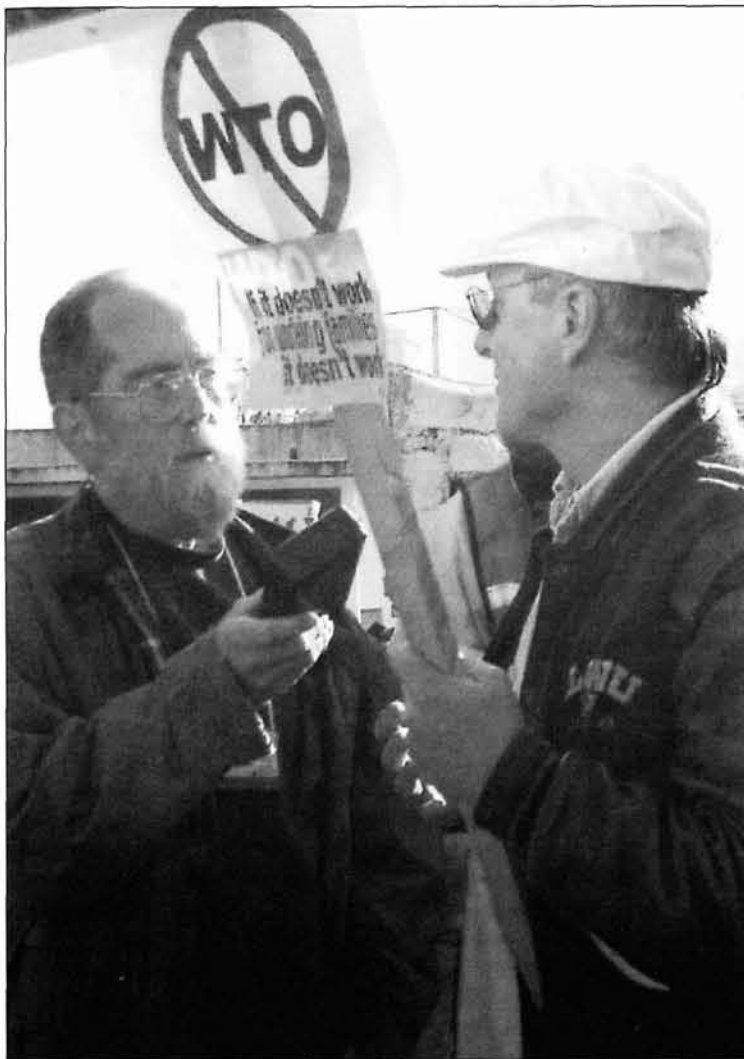
¹ Vgl: Krämer, Ralf: „Es gibt keine Alternative.“- Dummes Geschwätz! In: spw 5/99, S. 38-41.

² Bultmann, Thorsten/Weitkamp, Rolf: Hochschule in der Ökonomie. Zwischen Humboldt und Standort Deutschland. Marburg 1999, S. 52. Dieses Buch liefert sicher eine der komplettesten Zusammenfassungen neoliberal-konservativer Bildungspolitik mitsam weitsichtigem Ausblick auf die sich entwickelnden Tendenzen.

³ Isserstedt, Wolfgang/Schnitzer, Klaus/Schreiber, Jochen: Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland – 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Herausgegeben vom bmb+f. Bonn 1998, S. 10f. und S. 239ff.

⁴ Interview mit Peter Glotz: „In fünf Jahren können wir vorne liegen“. In: Handelsblatt vom 18. Oktober 1999.

Demonstration in Seattle



Die Massenproteste gegen die WTO scheinen eine neue Qualität von Opposition gegen die vorherrschende Form der Globalisierung zu markieren. Nachdem in den neunziger Jahren der Widerstand gegen den Neoliberalismus hoffnungslos marginalisiert war und nur ein paar NGOs mit moderater und „konstruktiver“ Kritik mitunter an die Öffentlichkeit gelangten, hat Seattle den Durchbruch für eine neue Protestbewegung mit Massenbasis gebracht. Peter Wahl, der in Seattle sowohl innerhalb als außerhalb der Konferenzsäle dabei war, analysiert die Protestaktionen.

Was der PR-Abteilung der WTO in einem halben Jahrzehnt nicht gelang, schafften die Proteste auf den Straßen von Seattle an einem Tag: die WTO ist jetzt weltweit bekannt. Allerdings nicht als Institution, die mit den angeblichen Segnungen der Globalisierung das Wohlergehen der Menschheit befördert, sondern als umstritte-

ne, intransparente und undemokratische Maschinerie, die dazu beiträgt, daß die soziale Polarisierung wächst, die Umwelt zerstört und die kulturelle Vielfalt eingeengt wird.

War die WTO in den ersten Jahren ihrer Existenz mit dem glitzernen Image einer Avantgarde weltweiter Liberalisierung der Märkte angetreten, so hat sie mit Seattle eine öffentliche Delegitimierung und einen Imageschaden erfahren, von denen sie sich möglicherweise nicht mehr erholen wird. Denn die Proteste in Seattle sind nicht mehr als die Aktion einer kleinen Minderheit abzutun, wie dies WTO-Generaldirektor Moore anfangs noch versuchte („Draußen mögen 50.000 gegen die WTO demonstrieren, in China aber sind 1,2 Milliarden begierig darauf, Mitglied bei uns zu werden.“). Die Straßenaktionen in Seattle sind vielmehr die Spitze eines Eisberges, und die Krise der WTO ist mehr als die Krise einer internationalen Organisation. An ihr kristallisiert sich eine generelle Akzeptanzkrise, in die der Glo-

Massenproteste gegen die WTO

Globalisierung: Gegenmacht von unten formiert sich

von Peter Wahl*

balisierungsprozeß inzwischen weltweit geraten ist. Was mit dem MAI begonnen hatte, die Formierung einer öffentlichkeitswirksamen Gegenbewegung, fand in Seattle zu einer neuen Qualität.

Ermutigung für die Entwicklungsländer

Die Ministerkonferenz ist nicht ausschließlich – ja nicht einmal primär – an den Protestaktionen gescheitert. Die traditionellen Interessenskonflikte zwischen EU und USA spielten dabei ebenso eine große Rolle. Aber auch hier gibt es eine Verbindung zu den Straßenaktionen: zum einen hat vor allem die Demonstration von ca. 50.000 Mitgliedern des AFL-CIO, dem Dachverband der US-Gewerkschaften, die protektionistische Positionen der US-Regierung verstärkt und die soziale Dimension der Globalisierung in den Industrieländern deutlich gemacht. Zum anderen zeigt aber auch die Präsenz der Verbraucherschützer, der Umweltbewegung, der Verbände bäuerlicher Familienbetriebe usw., daß WTO und Globalisierung keine Randthemen mehr sind, sondern in der Innenpolitik und im Alltag der Industrieländer angekommen sind. Clinton muß auf sie Rücksicht nehmen, und dies erst recht ein Jahr vor den US-Präsidentenwahlen.

An der WTO kristallisiert sich eine generelle Akzeptanzkrise, in die der Globalisierungsprozeß inzwischen weltweit geraten ist.

* Peter Wahl ist Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Bonner Nichtregierungsorganisation Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED (<http://www.weedbonn.org>). Der Text ist entnommen dem WEED Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung 11-12/1999.

Der vorherrschende Diskurs in Seattle war sowohl in Form und Inhalt deutlich radikaler, als dies auf den Alternativveranstaltungen von NGOs in den letzten zehn Jahren zu vernehmen war.

Mindestens ebenso maßgeblich für das Scheitern der Konferenz und darüber hinaus von langfristiger weitreichender Bedeutung dürfte aber das neue Selbstbewußtsein der Entwicklungsländer gewesen sein, das in Seattle zum Ausdruck kam. Dabei wurde der Süden durch das veränderte Meinungsklima im Norden bestärkt, seine Interessen mit einem Nachdruck zu vertreten, wie dies seit den späten 60er Jahren nicht mehr der Fall war. Insofern kann von einem strategischen Zusammenwirken von Entwicklungsländern und Protestbewegung bei der Verhinderung einer neuen Verhandlungsrunde und damit einer weiteren Dynamisierung des Globalisierungsprozesses gesprochen werden.

Die Entwicklungsländer wurden in ihrer entschiedenen Ablehnung einer neuen Runde darüber hinaus von den offiziellen Reaktionen von Regierungsseite zu den Protesten bestätigt. Die für viele überraschend positive Stellungnahme Clintons („Ich rate den Leuten von der WTO, auf die Proteste hören“!) wurde dabei von der des neuen Handelskommissars der EU sogar noch übertroffen. Hatte Clinton immerhin noch ein paar Worte über die Sachbeschädigungen am Rande der Aktionen verloren, so fand Pascal Lamy nicht einmal dies der Rede wert (als Franzose ist er von den einschlägigen Bauernprotesten her ohnehin an Protestformen gewöhnt, denen gegenüber die Autonomen vergleichsweise harmlos erscheinen). Statt dessen sagte er in seiner Plenarrede: „Die 50.000 oder

100.000 Demonstranten sind nicht zufällig hier. Sicher wäre es für einige von uns einfacher, wenn sie nicht da wären. Wir könnten dann nach unseren alten Gewohnheiten vorgehen und sehr umfangreiche Texte in einem unverständlichem Jargon in kleinem Kreise verfassen. Manchmal höre ich Teilnehmer an den Handelsverhandlungen von den Nichtregierungsorganisationen reden, als ob es sich um eine Heuschreckeninvasion handelte. ... Gleichzeitig hoffen sie, daß die Heuschrecken verschwinden und sich über ein anderes Feld hermachen. Tatsache ist, daß diese Versammlungen ein legitimes Recht zum Protest besitzen, und wir müssen ihnen zuhören.“

Wenn schon die Wortführer der beiden Großen in der WTO so viel Sympathie für die Proteste zeigten, sahen die Entwicklungsländer natürlich noch weniger Anlaß, sich einmal mehr den Interessen des Nordens zu unterwerfen.

NGOs und soziale Bewegung

Seattle wird auch Auswirkungen auf das Verhältnis der unterschiedlichen Sektoren zivilgesellschaftlicher Akteure untereinander haben. Waren in den neunziger Jahren die alternativen Kräfte vor allem durch den Aufstieg der Nichtregierungsorganisationen im Rio-Prozeß und durch deren Kultur des Dialogs, durch Lobby und einen professionellen Politiktypus gekennzeichnet, der in vielerlei Hinsicht die Form alternativer Eliten annahm, so könnte mit Seattle die politische und kulturelle Hegemonie im Lager der Globalisierungskritiker wieder an die Basisbewegungen übergehen. Mit ATTAC (Bewegung für die Tobin Tax) in Frankreich hatte sich auch in Europa bereits ein solcher Trend angedeutet.

Statt auf „konstruktive“ Vorschläge gegenüber den Regierungen und einer Politik der kleinen Schritte setzt die in Seattle sichtbar gewordene Bewegung auf weitergehende und umfassendere Forderungen und auf Massenmobilisierung. Statt single issue Orientierung und Expertentum geht der Trend zu einer umfassenderen Gesellschaftskritik.

Allerdings zeigt gerade die Bewegung in den USA, daß sie eine undialektische Entgegensetzung von NGO-typischen Arbeitsweisen

und Massenmobilisierung überwunden hat. Organisationen wie Public Citizens und Friends of the Earth z.B. spielen ebenso flexibel wie virtuos auf der Klaviatur von Gesprächen mit der Administration, hochprofessioneller Medienarbeit und der Organisierung auf der Grass-Root Ebene.

Glänzende Leistung der US-Bewegung

Eine Überraschung nicht nur für die Polizei war überhaupt die Stärke, Motiviertheit und Organisiertheit der US-Organisationen, die die Protestbewegung trugen. Dies wurde schon vor Beginn der offiziellen Konferenz an einem zweitägigen Teach-In mit über 3.000 Teilnehmern in der überfüllten Konzerthalle von Seattle und an zahlreichen kleineren Veranstaltungen in mehreren Kirchen Seattles deutlich. Das zu drei Viertel aus unter 30-Jährigen bestehende Publikum, für das Vietnam und die sog. neuen sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre Geschichte ist, hörte stundenlang und mit großer Disziplin den Vorträgen von prominente Rednern und Rednerinnen wie Susan George, Vandana Shiva, Martin Khor und Walden Bello zu. Ein starkes Bedürfnis nach Information und Orientierung war spürbar, sowie das Bemühen, praktische Aktionen durch theoretische Kenntnisse zu untermauern.

Dabei war der vorherrschende Diskurs sowohl in Form und Inhalt deutlich radikaler, als dies auf den Alternativveranstaltungen von NGOs in den letzten zehn Jahren – bis hin zum Alternativgipfel in Köln – zu vernehmen war. So war es denn auch kein Zufall, daß der Star der Alternativen – auch in vielen US-Medien – der Franzose Bové war, der vor einigen Monaten durch das Abfackeln einer französischen Filiale von McDonald bis weit in den politischen Mainstream hinein auf Sympathie gestoßen war.

Ein Beispiel, das Schule machen wird

Es ist davon auszugehen, daß das Beispiel von Seattle Schule machen wird. So dürfte es eher unwahrscheinlich sein, daß die seit Jahren stagnierenden Klimaverhandlungen oder IWF- und Weltbanktagungen in den nächsten Jahren so ruhig verlaufen werden, wie dies bisher der Fall war.

spw



Demonstration in Seattle



Es ist nachgerade banal, auf die historische Stereotype zu verweisen, dass die russische Bevölkerung auf den Guten Zaren wartet, aber es gibt doch Momente, in denen sie der Wahrheit nahe kommt. Vladimir Putin ist nun amtierender Präsident und damit der Kandidat bei den kommenden Wahlen für das russische Staatsoberhauptes Ende März und gleichzeitig der heisseste Anwärter für den Titel des Guten Zaren. Der schnelle Wechsel von Jelzin zu Putin war eine taktische Meisterleistung der regierenden Clique, mit der sie dafür gesorgt hat, dass sie mit der ein oder anderen personellen Veränderung ihren Zugriff auf die materiellen Ressourcen und die Infrastruktur des Staates erhalten konnte. Der erbärmliche Jelzin durfte endlich in Rente gehen und bekam als erste Amtshandlung seines provisorischen Nachfolgers mit der Verleihung der ewigen Immunität die Absolution für seine Verbrechen der letzten zehn Jahre erteilt.

Der Wechsel verlief – wie in Russland seit einigen Jahren in Mode – unter Einsatz schwülstiger Symbolik und reaktionären Geschwätzes pünktlich zum Beginn Millenniums. Letztlich ging es bei diesem Handstreich darum, sowohl die Kommunisten als auch die feindliche Gruppe um Luschkov aus dem Kreml herauszuhalten – vorerst jedenfalls.

Gescheiterte Transformation

Es ist nicht die Aufgabe dieses Kommentars die Entwicklung in Russland enttäuscht zu kommentieren, da diese nicht entscheidend anders verläuft als in anderen ehemaligen Republiken der Sowjetunion und wir niemals Anhänger der Theorie waren, dass Liberalisierung und Schocktherapie nach Rezepten des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank Demokratie, Wohlstand und Frieden in dieser

Region sichern würden. Dazu gab es zu Beginn der 90er Jahre in anderen Teilen der Welt schon genügend negative Beispiele. Die Entwicklung der letzten paar Jahre und insbesondere des späten Jahres 1999 zeigen, dass die Transformation in Russland im Sinne ihrer neoliberalen Apologeten gescheitert ist.

Belustigend bis peinlich wirkte hingegen der ein oder andere Kommentar zum Machtwechsel in Moskau. Selbst ein Vertreter der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik kam in der ARD am 31. Dezember 1999 zu dem Schluss, Jelzin sei ein großer Reformer gewesen, obwohl dieses Bild des Präsidenten in den letzten Jahren aufgrund verschiedenster Skandale ziemlich gelitten hatte. Auch meinte er, Putin schreite auf dem Weg der Reformen weiter. Neben dem recht zynisch wirkenden Versuch der Ehrenrettung für den abgetretenen Präsidenten, der sich selbst bei der russischen Bevölkerung für seine Missetaten entschuldigte, stellt sich zunehmend die Frage, mit welcher Berechtigung die Worte *Reformer* und *Reformen* im Zusammenhang mit der nun seit mehr als zehn Jahren andauernden Transformation Russlands angewandt werden. *Reformen* bedürfen m.E. einer strategisch angelegten Zielsetzung, die in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Russlands allerdings fehlt. Außerdem ist der Begriff *Reform* mit einer positiven Konnotation verbunden, die unter den sich konstant verschlechternden Bedingungen für die breite Bevölkerung nicht angewandt werden kann. Der Begriff der *Reform* ist in Russland und den anderen Transformationsländern aus meiner Sicht nicht mehr angebracht.

In Russland ist weder eine funktionierende Marktwirtschaft entstanden, noch gibt es ein Anzeichen für eine Erholung der Wirtschaft, wie sie von den Neoliberalen für jedes Jahr seit dem Be-

Deus ex machina

Ein Kommentar zur Lage in Russland

von Frank Schauff*

ginn der 90er Jahre vorausgesagt worden waren. Einschränkend ist hier zu sagen, dass sich die Situation in Russland seit dem Zusammenbruch von 1998 etwas gebessert hat, aber die Wirtschaftsentwicklung in Russland spätestens seit der Mitte der achtziger Jahre insgesamt negativ verläuft.

Terror und Krieg

Die politischen Verhältnisse in Russland sprechen der prophezeiten demokratischen Entwicklung Hohn. Die politische Führung nahm die m.E. von ihr selbst initiierten Bombenattentate auf die Bevölkerung ohne jeden Beweis zum Anlass, einen anderen, ohnehin historisch stigmatisierten Teil der Bevölkerung, die Tschetschenen, zu drangsalieren und erneut mit Krieg zu überziehen. Fragen drängen sich auf: Warum sollten plötzlich Bombenattentate großen Ausmaßes passieren und es ausgerechnet den schlecht funktionierenden russischen Sicherheitsdiensten nach kürzester Zeit gelingen, was ihren Kollegen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Israel, Spanien, den USA nie gelungen ist, nämlich solche terroristischen Anschläge zu verhindern und die Sprengsätze mit 100%iger Sicherheit vor ihrer Detonation zu entdecken? Warum hat sich nie eine Organisation zu diesen Anschlägen bekannt? Die russische Führung brauchte offensichtlich starke Argumente, um den neuen Tschetschenien-Feldzug zu begründen.

Es ist ihr jedoch gelungen, einen Großteil der Wählerschaft mit einem Gemisch aus Großmachtrhetorik mit vornehmlich antiwestlicher Stoßrichtung, aggressivem Rassismus und einer sinnlos brutalen Kriegführung hinter sich zu bringen.

Putin ist der rettende deus ex machina für die Regierenden in Russland, die seine Vorgänger als Ministerpräsidenten nicht sein konnten, wollten oder durften. Für das Gros der russischen Gesellschaft hingegen bedeutet der Auftritt dieses neuen Hoffnungsträgers jedoch statt der Rettung wieder eine Runde in dem zynischen Spiel russischer Politik.

spw

Es ist nachgerade banal, auf die historische Stereotype zu verweisen, dass die russische Bevölkerung auf den Guten Zaren wartet, aber es gibt doch Momente, in denen sie der Wahrheit nahe kommt.

* Frank Schauff, Historiker, Internationaler Sekretär der Jusos

Comandante presidente Hugo Chávez Frías

von Niels Annen*

Seit dem 6. Dezember 1998 regiert in Venezuela der ehemalige Putschist und Oberst Hugo Chávez Frías (45). Sein fulminanter Wahlsieg und seine populistische Rhetorik haben das Interesse der Welt auf den Erdölstaat im Nordosten des Kontinents gelenkt. Medien und Politik tun sich schwer die venezolanische Entwicklung einzuordnen. Das scheint insbesondere für linke Kreise in und außerhalb Lateinamerikas zu gelten, deren Haltung gegenüber Chavez nicht selten die nötige analytische Distanz vermissen läßt. Im folgenden soll daher der Versuch unternommen werden, etwas Licht ins Dunkel zu bringen:

Rückblick

Nach vierzig Jahren ist das bis dahin in Venezuela herrschende Zweiparteiensystem aus sozialdemokratischer Acción Democrática (AD) und christdemokratischer Copei an sein Ende gekommen. Die beiden dominierenden Parteien hatten das Land mit geradezu endemischer Korruption überzogen und ein ökonomisches und politisches Machtkartell gebildet. Den Erdölboom, der Venezuelas wichtigstes Exportprodukt privilegierte, verpraßten die Regierenden, ohne die Chance zur Diversifizierung der Wirtschaft zu nutzen und Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Eine Einkommensverteilung, die weniger als 20% der Bevölkerung bevorzugte und heute 80% der Bevölkerung in Armut leben läßt, sowie die andauernde Talfahrt der venezolanischen Volkswirtschaft führten zu sozialen Unruhen und einem nachhaltigen Vertrauensverlust in die Parteien des „ancien régime“¹.

Bereits 1992 nahm dies ein junger teniente coronel einer Fall-

schirmspringerbrigade zum Anlaß, um gegen die Regierung des damaligen (sozialdemokratischen) Präsidenten Carlos Andrés Pérez zu putschen.

Das der gescheiterte Putsch letztlich zum Ausgangspunkt der „friedlichen Revolution“ (Hugo Chávez) wurde, erscheint absurd und läßt sich wohl nur durch den Fernsehauftritt erklären, den sich der Aufständische, dessen rotes Barett später zu seinem Markenzeichen werden sollte, im Gegenzug zu seiner Kapitulation ausbedungen hatte und der ihn im ganzen Land berühmt machte.

Chávez, dessen Coup Hunderten das Leben kostete, wurde zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt und später von Präsident Caldera begnadigt. Er bewies genügend Geduld und Geschicklichkeit, um auf den richtigen Augenblick für ein politische Comeback zu warten und derweil sein Image als „Antipolitiker“ und Vertreter der Interessen der marginalisierten Bevölkerungsmehrheit zu pflegen.

Für die Präsidentschaftswahlen im Dezember vergangenen Jahres stellte er eine bunte Koalition, den polo patriótico, zusammen. Chávez, in Camouflage und Barett, versprach, mit der korrupten Politikerkaste aufzuräumen, und fügte seinem teilweise messianisch anmutenden Diskurs das Element des „bolivarianischen“ zu, indem er sich in die Tradition seines Vorbildes, des „Befreiers“ Simon Bolívar stellte. Seine Kampagne löste in Venezuela eine bisher unbekannte Euphorie aus, der sich nur die gebildete Oberschicht, angeführt von den traditionellen Parteien, entzog.

Aus den nach allgemeinem Urteil sauberen Wahlen ging der Kandidat des „Polo“, der Chavez unterstützenden Allianz, mit 56,2% gegen den einzigen verbliebenen Kandidaten der Opposition, dem konservativen Enrique Salas Römer, als eindeutiger Sieger hervor².

Programm?

Doch was will Hugo Chavez? Sein Wahlprogramm blieb in allen entscheidenden ökonomischen Punkten mehr als unklar. Kernstück seiner Politik sollte die Schaffung einer neuen „Bolivarianischen Republik“ sein, wozu die alte Verfassung durch eine neuen „wahrhaft bolivarianische“ ersetzt werden sollte. Seinen Amtseid leistete Chávez dann

auch folgerichtig auf die im Sterben liegende „moribunde“ Verfassung, womit er einen ersten Skandal auslöste. Der Unterstützung der Bevölkerung sicher, ließ er eine Verfassunggebende Versammlung (ANC) wählen, in der sich fast nur Anhänger seiner Bewegung befanden, und deren Ergebnis nun den Venezolanern erneut zur Abstimmung vorgelegt wurde.

Chavez und die Linke

Es soll nun aber in Folgenden weniger um die Details der chavistischen Regierungspolitik, sondern vielmehr um die Rezeption seiner Politik innerhalb der Linken gehen.

Offensichtlich ist, daß in Zeiten von schweren sozialen Verwerfungen und einer gewissen ideologischen Konzeptionslosigkeit die „Performance“ eines Hugo Chavez bei großen Teilen der lateinamerikanischen Linken auf fruchtbaren Boden stößt. Der Pragmatismus vieler Linksparteien und der Erfolg von technokratischen Politikern wie Fernando de la Rúa in Argentinien lassen viel Raum für die populistischen Attacken eines Hugo Chávez. Dies kombiniert mit verbalen Rundumschlägen gegen die USA und einer gerade bei einem Baseball-Spiel am Rande des Iberoamerikagipfels noch einmal zelebrierten Freundschaft mit Fidel Castro machen das Beispiel Venezuela offenbar für viele Linke attraktiv.

Dabei sind progressive Seiten auf Chavezs Bilanz nicht zu leugnen. Die neue Verfassung schreibt die individuellen und sozialen Menschenrechte fest, verurteilt die Todesstrafe und verpflichtet den Staat, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verfolgen. Die Fürsorgepflicht des Staates und das Recht auf Arbeit, der Achtstundentag sowie die Einschränkung von Nachtarbeit gehören ebenso zum Programm, wie das Verbot der Privatisierung der Rentenkassen und des staatlichen Erdölkonzerns.

Aber ist Chávez deswegen ein Linker? Seine Aussagen geben darüber wenig Auskunft: „Ich bin ein Revolutionär, aber ein demokratischer Revolutionär, der sich nach den jeweiligen Umständen orientiert. Ideologisch ein Bolivarianer. Ich glaube das sich der Unterschied zwischen links und rechts überlebt hat. Die Mauer von Berlin ist gefallen, das Sektierertum hat sich überlebt und heute müssen wir mit ei-

Hugo Chavez „surft“ auf einer Welle der Zustimmung, ohne bisher verraten zu haben, was, außer persönlicher Macht, er aus diesem Votum abzuleiten gedenkt.

* Niels Annen, Hamburg

nem neuen ideologischen Konzept auf das 21. Jahrhundert blicken. Ich glaube ich habe meine eigene, autonome Definition dafür³“

Was ist davon zu halten? In dem Verfassungsentwurf der ANC sind deutlich autoritäre Tendenzen auszumachen, die durch die lyrische Sprache des Textes nur schlecht verschleiert werden. Neben der Möglichkeit der Wiederwahl und der Verlängerung der Legislaturperiode wird die Machtstellung des Präsidenten ausgebaut und vor allem die Militärs gesellschaftlich aufgewertet und praktisch jeder parlamentarischen Kontrolle entzogen. Durch die Abschaffung der zweiten Parlamentskammer werden ausserdem die Provinzen aus den Entscheidungsprozessen auf nationaler Ebene herausgedrängt und die dritte Gewalt durch eine ominöse „oberste Gewalt“ in ihren Befugnissen eingeschränkt. Starke plebiszitäre Elemente lassen im übrigen die Gefahr einer Dauerobilisierung der Bevölkerung und eine damit einhergehende Stärkung populistisch-autoritärer Machtpraxis befürchten.

Praxis

Das diese Befürchtung nicht unberechtigt ist, konnte man schon während des Konfliktes zwischen der ANC und dem alten, von den traditionellen Parteien dominierten Parlament konstatieren, in dem der neu gewählte Präsident nicht vor massiven Einschüchterungen und Gewaltanwendung zurückschreckte.

Trotz seiner messianischen Rhetorik und seinem Rückhalt bei der verarmten Bevölkerung haben sich die Grundlagen der Wirtschaftspolitik seit seinem Amtsantritt nicht geändert. Im Gegenteil, der Wirtschaft geht es schlechter als je zuvor und vor allem die Bevölkerung leidet darunter. Der in der neuen Verfassung angekündigte Kurswechsel bleibt aus. Der Präsident versichert stattdessen gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen, dass alles beim alten bleibe, und wirbt etwa in Deutschland um Investitionen. Gleichzeitig greift seine Regierung die Stellung der Gewerkschaften an und drückt den Durchschnittslohn auf gerade noch 75% des Niveaus unter der Regierung seines Vorgängers Caldera.

Der venezolanische Politologe Rolando Diaz zieht dann auch eher eine Parallele zu Carlos Menem an-

statt zu Fidel Castro, der seiner neo-liberalen Wirtschaftspolitik auch durch eine verbalradikale Rhetorik zum Durchbruch verhalf⁴.

Hugo Chavez „surft“ auf einer Welle der Zustimmung, ohne bisher verraten zu haben, was, außer persönlicher Macht, er aus diesem Votum abzuleiten gedenkt. Vieles deutet darauf hin, daß er die vorhersehbar kurze Phase dieser Zustimmung und des Enthusiasmus nutzen wird, um sich eine dauerhafte Machtstellung zu sichern. Der Gedanke an die Zeit sinkender Popularität erfüllt schon heute viele Beobachter mit Sorge, die in den letzten Tagen noch gemehrt wurde, als enge Vertraute und Familienmitglieder auf einflußreiche Posten gehievt wurden.

Im Rahmen des Referendums über die neue Verfassung, von Chávez zärtlich die „muchachita“ (das kleine Mädchen) benannt, organisiert sich zum ersten Mal deutlich vernehmlicher Widerstand aus den Provinzen sowie der Unternehmerschaft. In seiner bekannten Art hat der Präsident allen Gegnern der „muchachita“ den Krieg erklärt und seine jugendlichen Anhänger aufgerufen, Kommandos für das „sí“ zu organisieren.

Die just während der Abstimmung über Venezuela hereinbrechenden Unwetter konnten den Präsidenten nicht davon abhalten, die Abstimmung trotzdem durchführen zu lassen. Im Gegenteil, er ließ sogar die Öffnungszeiten der Wahllokale verlängern und trägt somit zumindest eine Mitschuld an dem katastrophalen Krisenmanagement der Regierung. Ob die Zustimmung von 71,2% für die neue Verfassung daher wirklich trägt, wird sich erst noch herausstellen müssen.

Probleme der Demokratie in Lateinamerika

Mit des Erstarken des Phänomens Hugo Chavez sind nicht zuletzt im europäischen Ausland Sorgen um das Wiedererstarken autoritärer Regime in Lateinamerika gewachsen, gerade nachdem die letzte Dekade zumindest durch formale Demokratisierung geprägt war.

Hugo Chavez bedient mit seiner Rhetorik und seinen Verweisen auf den „Befreier“ Bolivar genau die Elemente, die klassischerweise als „caudillismo“ bezeichnet werden. Eine durch persönlicher Autorität und Loyalitäten gekennzeichnete Herrschaftsform, die das politische



Leben Venezuelas und der meisten lateinamerikanischen Staaten über Jahrhunderte geprägt hat und die Clan oder Familienzugehörigkeit über ideologische Differenzen gestellt hat.

Venezuelas demokratisches System der letzten 40 Jahre hatte zumindest in Ansätzen den Weg in Richtung einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft gewissen, mit Mitgliedsparteien als gesellschaftlichen Protagonisten, die sich durchaus mit europäischen Maßstäben messen lassen konnten. Heute erscheint das demokratische System als Synonym für Mißwirtschaft und Korruption. Die Schuld dafür trägt nicht Hugo Chávez, sondern die Parteien des „ancien regime“

Heute erscheint das demokratische System als Synonym für Mißwirtschaft und Korruption. Die Schuld dafür trägt nicht Hugo Chávez, sondern die Parteien des „ancien regime“.

spw

¹ Nach einer Umfrage von 1996 über das Vertrauen in Institutionen werden die politischen Parteien mit 15% als letzte, knapp vor dem Nationalkongress mit 23% genannt. Vgl. Welsch, Friedrich; Carrasquero, José: Desconsolidación de una democracia establecida? In: Hengstenberg/Kohut/Maihold (Hrsg.): Sociedad civil en America Latina: representación de intereses y gobernabilidad, Caracas 1999

² Die AD hatte nach einer internen Auseinandersetzung wenige Tage vor der Wahl ihren Kandidaten und langjährigen Generalsekretär Luis Alfaro Utero zurückgezogen und bei dieser Gelegenheit aus der Partei ausgeschlossen, um die Kampagnen des konservativen Salas Römer zu unterstützen. Zu Ergebnissen und politischer Einschätzung der Wahlprozesse in Venezuela 1998 siehe: Maignón, Thais; Sonntag, Heinz R.: Sorpresas trae la transición: las elecciones regionales, del congreso Nacional y presidencial en Venezuela. In: FLACSO (Hrsg.): Anuario Social y Político de América Latina y El Caribe, Caracas 1998

³ „Soy el mismo de la boina roja y el fusil“. Interview in El País, 25. Oktober 1999

⁴ Diaz, Rolando: Los cien días de Chávez, unveröffentlichtes Manuskript, Caracas 1998

Vorrang für Prävention

Centre for OSCE Research (CORE) gegründet

Interview mit Wolfgang Zellner*

Die eigentliche Kernaufgabe besteht darin, eine „Kultur der Prävention“ (Kofi Annan) zu entwickeln und vor allem praktisch wirksam werden zu lassen.

spw: Welche Aufgaben hat das neue Institut, welche Forschungsvorhaben sind geplant?

W. Zellner: CORE versteht sich als ein politisch unabhängiges Forschungszentrum und will Grundlagenforschung zu verschiedenen Aspekten der OSZE-Entwicklung mit politiknahen Analysen aktueller Themenstellungen verbinden. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie das gewaltpräventive Potential der OSZE ausgebaut werden kann. Deswegen befasst sich unser erstes Projekt mit der Wirksamkeit des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten der OSZE, der neben den Langzeitmissionen das Präventionsinstrument per excellence der OSZE darstellt. Weitere Projekte behandeln die Arbeit der verschiedenen Vor-Ort-Aktivitäten der OSZE, die Angemessenheit und Wirksamkeit ihrer Demokratisierungsarbeit sowie die Zusammenarbeit der verschiedenen europäischen Sicherheitsorganisationen bei Gewaltprävention und Konfliktregulierung. Neben der Forschungstätigkeit betreibt CORE eine Reihe publizistischer Aktivitäten, die wichtigste davon ist die Herausgabe des „OSZE-Jahrbuchs“ in Deutsch, Englisch und Russisch. Dies wird in absehbarer Zeit durch eine Reihe „Working Papers“ und einen Infodienst „CORE News“ ergänzt werden. Im Aufbau ist eine sog. „OSZE

Depositary Library“, die OSZE-Dokumente und –Literatur vorrätig hält. Schließlich arbeiten wir auch am Ausbildungsgang des Auswärtigen Amtes für künftige Mitglieder ziviler Missionen von OSZE und VN mit. Überhaupt ist zu sagen, dass eine Reihe unserer Aktivitäten erst durch die Förderung des Auswärtigen Amtes möglich geworden ist.

Große Probleme in Südosteuropa und Russland

spw: Wie beurteilen Sie heute, knapp ein Jahr nach dem Beginn des Kosovokrieges, die Situation und die Perspektiven im Kosovo und auf dem Balkan?

W. Zellner: Im Kosovo und insgesamt auf dem Balkan wird noch auf lange Sicht in unterschiedlichen Formen ein externer Stabilisierungsbeitrag notwendig sein. Mit ihren Missionen in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo, in Kroatien, Mazedonien und ihrer Präsenz in Albanien ist die OSZE in nahezu allen Balkanstaaten mit einem sehr weiten Aufgabenspektrum vertreten, allein im Kosovo hat die Organisation rund 1.400 MitarbeiterInnen eingesetzt. Aktuell geht es darum, die Arbeit dieser verschiedenen Missionen in einer Strategie für Südosteuropa zusammenzufassen, ein erster Schritt in diese Richtung wurde auf dem Gipfeltreffen im November 1999 in Istanbul getan. Mittelfristig ist auch nicht auszuschließen, dass die OSZE im Kosovo von den VN Aufgaben übernehmen muss, etwa dann, wenn die Vereinten Nationen in anderen Weltregionen vor neue Herausforderungen gestellt werden und von daher ihr Engagement in Europa reduzieren wollen oder müssen.

spw: Wie beurteilen Sie die derzeitige Situation in Russland und insbesondere den Krieg im Kaukasus?

W. Zellner: Russland befindet sich – wahrscheinlich noch am Anfang – äußerst schwieriger, langwieriger und von außen nur sehr begrenzt zu beeinflussender Transformationsprozesse von Wirtschaft (eine Art ‚ursprüngliche Akkumulation‘), Gesellschaft und staatlichen Strukturen. Das Ergebnis dessen ist bisher eine spezifische Mischung demokratischer und autoritärer Elemente, etwas, was wir im politikwissenschaftlichen Jargon etwas missverständlich als „defekte Demokratien“ bezeichnen. Die russi-

sche Kriegführung in Tschetschenien ist zu verurteilen, sie stellt eine massive Verletzung von Menschenrechts- und anderen OSZE-Normen dar, die Russland mit unterschreiben hat. Nur: Viel, viel schwieriger als Russland zu kritisieren ist es, der Russischen Föderation einen konkreten Rat zu geben, wie sie sich im Kaukasus verhalten sollte. In der Sache musste hier der ‚Westen‘ genauso passen wie die OSZE. Niemand verfügt derzeit über eine umsetzbare Konfliktregulierungsstrategie für diese Region. Hier wäre zuallererst anzusetzen. Dabei würde der Versuch einer politischen Isolierung Russlands nichts nützen, sondern eher schaden.

Aufgaben von EU und OSZE

spw: Wie beurteilen Sie die Versuche der EU, sich militärisch unabhängiger von den USA zu machen? Inwieweit besteht die Gefahr einer Militarisation der EU-Außen- und Sicherheitspolitik?

W. Zellner: Nach wie vor gelten zwei schon fast banal zu nennende Erkenntnisse, die in den vergangenen zehn Jahren sehr häufig deklamiert worden sind, nach denen jedoch sehr viel weniger häufig gehandelt worden ist: Erstens, die allermeisten Konflikte und Kriege im OSZE-Raum entstehen aus innenpolitischen Gründen, und zweitens: Seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation ist der Stellenwert des militärischen Faktors gesunken. Praktisch heißt das, dass die Chancen für zivile Gewaltprävention gestiegen sind. Gleichzeitig muss jedoch festgestellt werden, dass diese Chancen bei weitem nicht hinreichend genutzt werden und das entsprechende Instrumentarium auch nach zehn Jahren noch reichlich unterentwickelt ist. Von daher sollte die in bestimmten Aspekten durchaus notwendige Aufgabe, die Militärpolitik der EU-Staaten zu integrieren, danach beurteilt werden, inwieweit sie von der eigentlichen Kernaufgabe ablenkt, nämlich eine „Kultur der Prävention“ (Kofi Annan) zu entwickeln und vor allem praktisch wirksam werden zu lassen. Ganz sicher ist nicht jeder Konflikt – und schon gar nicht in höher eskalierten Phasen – mit zivilen Mitteln zu verhüten. Der Hauptfehler besteht aber bisher darin, dies gar nicht erst zu versuchen, oder zu spät oder mit zu wenig Einsatz und Mitteln.

spw

* Wolfgang Zellner ist stellv. Leiter des Centre for OSCE Research (CORE).

Man muss nicht vom Millenniums-Fieber ergriffen sein, um festzustellen, dass die Zeiten sich ändern. Auch wenn nach unserer Zeitrechnung das 21. Jahrhundert erst am 1. Januar 2001 beginnt, so erscheint uns das 20. Jahrhundert bereits als Vergangenheit. Dieses Jahrhundert war wie kein anderes durch den Umgang mit der Zeit geprägt. Der Faktor Zeit spielte eine Hauptrolle bei der Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsleben, bei der Entstehung von Philosophie und Politik sowie bei der Ausprägung von individuellen Lebensentwürfen. „Beschleunigung“ hieß das Zauberwort des 20. Jahrhunderts: die industrielle Entwicklung war ohne beständige Zeiteinsparung im Produktionsprozess nicht denkbar, räumliche Distanzen wurden immer schneller überwunden, Kommunikation wurde von Raum und Zeit gänzlich entkoppelt. Im privaten Raum wurde der Satz „Ich habe keine Zeit.“ zur vermeintlichen Garantie für ein ausgefülltes und selbstbestimmtes Leben – die Zeit war komplett verplant. Genügend Zeit hatten nur Kinder, Rentner oder Arbeitslose...

Die Beschleunigung erreichte ihren Gipfel in der Entkoppelung der allgemeinen Zeitplanung von der „inneren Uhr“ des Menschen, ohne die Massenproduktion und Massenkonsum nicht möglich waren. Maschinenlaufzeiten sind heute unabhängig vom Biorhythmus ihrer BedienerInnen, in vielen Teilen der Welt ist Konsum zu jeder Tages- und Nachtzeit möglich und die Berieselung durch Radio, Fernsehen und Internet hat keine Sperrstunde. Moderne Kommunikation und ein neuer Dienstleistungsbegriff haben dafür gesorgt, dass im ausgehenden 20. Jahrhundert kein Wunsch offen blieb. Wenn die „innere Uhr“ eigentlich Nachtruhe anzeigte und man trotzdem auf der Suche nach der billigsten Flugreise, dem schönsten Geschenk oder der besten Seminararbeit war, wurde man nicht enttäuscht. Alles war lieferbar – schnell, preiswert und flexibel.

Arbeitszeit ist nur ein Teilsystem des Komplexes „Zeit“

Die gewerkschaftliche und sozialdemokratische Debatte hat das Thema Zeit vor allem unter dem Blickwinkel der Arbeitszeiten definiert. *Hermann Groß* und *Eva Munz* sowie *Rainer Dollase* präsentieren in diesem Heft interessante Forschungsergebnisse zum Thema: Während die neue Arbeitzeitbefragung des Kölner ISO-Instituts wenig überraschendes bietet – die meisten ArbeitnehmerInnen wünschen kürzere Arbeitszeiten, weniger Überstunden und mehr Zeitsouveränität – entlarvt Dollase den Mythos vom allseits flexiblen Arbeitsmenschen. Die von ihm befragten Studierenden wünschten in der großen Mehrheit starre Unizeiten, die ihnen tägliche, kompakte Freizeitblöcke sowie ein freies Wochenende ermöglichten. Diese Arbeitszeitwünsche stehen freilich im Widerspruch zu dem Wunsch nach freier Wahl der Seminarveranstaltungen und Vorlesungen. Feste Unizeiten würden somit entweder zu größerer Verschulung des Studienalltags oder zu weniger Auswahlmöglichkeiten führen. Zur Zeit scheinen die Studierenden ihre reichlich „zerfledderten“ Stundenpläne zugunsten ihres Lieblingsseminars in Kauf zu nehmen....

In der Politik spielte das Thema „Zeit“ vor allem in wirtschaftlichen Zusammenhängen eine Rolle. Die Tarifpartner verhandeln über Arbeits- und Maschinenlaufzeiten, der Gesetzgeber regelt die Ladenöffnungszeiten, die kommunale Selbstverwaltung entscheidet über die Öffnungszeiten von Behörden und Betreuungseinrichtungen. In den letzten Jahrzehnten ist eine sehr unterschiedliche Entwicklung von Zeitsystemen zu beobachten. Dabei wird in der gesell-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Zeitpolitik als Querschnittsaufgabe

Einleitende Bemerkungen zum Heftschwerpunkt

von Barbara König*

schaftlichen Diskussion vernachlässigt, dass die Teilsysteme untereinander starke Wechselwirkungen verursachen.

Interdependenz verschiedener Zeitströme

Ein Beispiel: Während die allgemeine Arbeitszeit sich immer weiter verkürzte, weitete sich die Gesamtarbeitszeit der Frauen spätestens seit den 70er Jahren stetig aus. Diese Auseinanderentwicklung der Zeitströme barg gesellschaftliches Konfliktpotenzial: Frauen bestanden auf der gleichberechtigten Verteilung der Haus- und Familienarbeit, die durch die Angleichung der Erwerbsarbeitszeiten möglich und zugleich notwendig wurde. Andererseits kollidierte die Ausweitung der Arbeitszeiten von Frauen mit den weiterhin starren Öffnungszeiten von Kaufhäusern, Kindergärten und anderen öffentlichen Einrichtungen. *Sabine Issa* stellt das Modellprojekt „Zeiten der Stadt“ vor, in dem das Hamburger Senatsamt für Gleichstellung kommunale Zeitströme und Zeitwünsche von Frauen verglichen hat. Ein Ergebnis war, dass (zur Zeit des alten Ladenschlussgesetzes) fast alle befragten berufstätigen Mütter die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten bis 20.00 Uhr an Wochentagen und am Samstagnachmittag wünschten.

Es ist sehr fraglich, ob Frauen auch die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten z.B. am Sonntag befürworten würden. Denn auch diese Zeitentwicklung hätte wiederum Auswirkungen auf andere Zeitsysteme: Zunächst würde sie eine unfreiwillige Ausweitung der Arbeitszeiten von VerkäuferInnen, Bediensteten von Verkehrsbetrieben und anderen bedeuten – das Ende des arbeitsfreien Sonntages wäre eingeläutet. Dies wäre ein enormer Eingriff in die pri-

„Beschleunigung“ hieß das Zauberwort des 20. Jahrhunderts: die industrielle Entwicklung war ohne beständige Zeiteinsparung im Produktionsprozess nicht denkbar.

* Barbara König, Jugendbildungsreferentin des Juso-Landesverbandes NRW, Mitglied der spw-Redaktion, lebt in Bonn.

vate Zeitplanung vieler Familien und anderer Beziehungsgeflechte, gemeinsame Freizeit oder soziale Aktivität würde unmöglich gemacht.

Offenbar macht es also keinen Sinn, sich auf eine Art Zeit zu konzentrieren, z.B. die Arbeitszeit, ohne andere Zeit-Arten zu berücksichtigen. Den Rahmen für die Ausprägung selbstbestimmter Lebensentwürfe und der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse kann man nur dann setzen, wenn man alle Zeitströme gleichermaßen in den Blick nimmt und eine größtmögliche Harmonisierung anstrebt. Hier gibt

Tatsächlich sind Frauen bei der Vereinbarung verschiedenster Lebensbereiche eher auf die Harmonisierung von Zeitströmen angewiesen als Männer.

es auch für die Politik noch viel zu tun.

Innere und äußere Zeit müssen wieder zusammengebracht werden

Der augenfälligste Widerspruch bei der Betrachtung von Zeitströmen scheint jedoch bei der Berücksichtigung der „inneren Uhr“ aufzutreten. *Karlheinz Geißler* beschreibt, wie sich seit dem Mittelalter die zunächst gottgegebene Zeit den ökonomischen Entwicklungen anpasste. Jahrhundertlang konnten Menschen Zeit überhaupt nur nach ihrer „inneren Uhr“ und den Naturzeiten messen: Ackerbau und Viehzucht waren von den Jahreszeiten und dem Wechsel von Tag und Nacht abhängig, die Stunden wurden nur von den Gebetsglocken der Kirchen gezählt. Im Mittelalter entwickelte das städtische Handwerk eigene Formen der Zeitmessung: die Marktglocke läutete den Markttag ein, die Ratsglocke rief die Ratsherren zur Versammlung und die Zinsglocke kündigte Bankgeschäfte an. Erst mit der Erfindung der mechanischen Zahnraduhr wurde der Streit zwischen kirchlicher und weltlicher Zeit entschieden: Die ökonomischen Strukturen in den Städten erhoben sich zu den Herren über die Zeit.

Geißler stellt zu Recht die Frage, inwieweit die Zeitsouveränität vor allem im 20. Jahrhundert den Händen der Menschen entglitt. Im Zeitalter von Stechuhren, Digi-

taluhren und Teilchenbeschleunigern, die Millionstel Sekunden messen können, erscheint uns das Hören der „inneren Uhr“ unmodern. Kaum jemand nimmt die Bedürfnisse des Körpers nach genügend Schlaf und Reproduktion zur Kenntnis. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass unterschiedliche Schlaf-Wach-Typen existieren und sich nur mit größter Mühe verändern lassen. Die Frühaufsteherin wird bei Abendsitzungen weniger leistungsfähig sein als der „Morgenmuffel“, der wiederum beim morgendlichen Meeting nur die nächste Tasse Kaffee im Kopf hat. Gleitzeiten und individuelle Pausenregelungen sind ein wichtiger Schritt hin zur (Wieder)Entdeckung der „inneren Uhr“.

Trotzdem existiert vor allem unter hochmotivierten und gut ausgebildeten ArbeitnehmerInnen unbeirrt der Mythos, dass man 12 und mehr Stunden am Tag gleichermaßen leistungsfähig sein kann, wenn man sich nur brav selbst organisiert und diszipliniert. Der/die „neue ArbeitnehmerIn“ ist für die persönliche Beschleunigung heute selbst verantwortlich. Fleißig werden Belegschaften in Seminare für Selbstorganisation und Zeitmanagement geschickt und Time-Systems und Palm-Pilots beworben. Der Zeitmanagement-Trainer *Mario Sander* berichtet, dass oft genug intelligentes Zeitmanagement zur Erledigung von zusätzlicher Bürotätigkeit anstatt zu mehr persönlicher freier Zeit führt. Die gewerkschaftliche und feministische Debatte zur Arbeitszeitverkürzung und Abschaffung von Mehrarbeit stößt hier auf ihre Grenzen.

Auffällig ist dennoch, dass man bei der Beschäftigung mit dem Thema „Zeit“ allerorten auf Frauen stößt. Tatsächlich sind Frauen bei der Vereinbarung verschiedenster Lebensbereiche eher auf die Harmonisierung von Zeitströmen angewiesen als Männer. Es bleibt zu hoffen, dass sie ihre oft nur privaten Diskussionen in Betriebe und Einzelhandelsgeschäfte, in Banken und Kindergärten, in Rathäuser und Parlamente tragen – und dass die Zeitpolitik ihr bislang exotisches Dasein beendet und zur neuen Querschnittsaufgabe wird, die uns alle betrifft!

spw

Die Uhr geht mit der Zeit

von *Karlheinz A. Geißler**

„Früh um 6 Uhr habe ich schon 24 Stunden Verspätung“
(B. Brecht)

Wir sind zu Hochgeschwindigkeitsmenschen geworden. Wir kommunizieren mit Lichtgeschwindigkeit, hetzen durch den Alltag und entschuldigen uns dafür mit der Formel: „Tut mir leid, keine Zeit!“

„Zeit“, überall wo man hinschaut findet man sie. Und trotzdem, wir suchen sie unentwegt. Wir haben keine Zeit, nehmen sie uns aber immer öfters und immer länger, um

über den Zeitdruck zu klagen, zu reden oder ihn mit Hilfe von Ratgebern und Zeitmanagementseminaren zu bekämpfen. So gesehen ist es eine gute Zeit für das Thema Zeit. Mit den Zeiten haben sich die Zeiten verändert und sie werden dies in der Zukunft wieder tun.

Will man die Entwicklung unseres Zeitverständnisses auf eine Kurzformel bringen, so stellt sie sich folgendermaßen dar:

Zuerst fanden wir die Zeit in der Natur und am gestirnten Himmel über uns, dann in den Uhren und bei den Glocken und heute entdecken wir sie in Zeitplansystemen, Zeitvorträgen und Zeitsymposien und nicht zuletzt auch in Artikeln und Büchern über Zeit.

Die historische Veränderung des Zeitbewusstseins

Die Vormoderne, das war die Zeit vor der Renaissance, war durch die enge Verbindung des gesamten Lebens – auch des Arbeitslebens – mit den Dynamiken des Kosmos und der Natur charakterisiert. Alles hatte damals seine Zeit: Die zyklischen Wiederholungen der Natur, der Wechsel der Gestirne, Regenzeiten und Trockenzeiten, der Umlauf der Erde um die Sonne, der Rhythmus des tierischen und pflanzlichen Wachstums prägten das Leben, also das Ar-

* *Karlheinz A. Geißler* ist Professor für Wirtschafts- und Sozialpädagogik an der Universität der Bundeswehr in München, Gastprofessuren u.a. in Bremen u. Innsbruck.

beitstempo und das, was wir heute „Zeitbewusstsein“ nennen. Die Einheit von Arbeit und Leben kannte und brauchte keine abstrakten Maße, wie das der Uhrzeit. Im Empfinden der Menschen war „Zeit“ kein Besitz der Menschen, sondern gehörte Gott. Die Zeiterfahrung war naturgegeben. Homer rechnete nach Morgenröten, Cäsar nach Nachtwachen, christliche Mönche nach Gebetszeiten, die sich weitgehend am Sonnenzeitmaß orientierten. „Zeit“ war in der Vormoderne zuallererst der Zusammenhang von Erlebnissen und Erfahrungen. Zeit wurde im Alltag nicht gemessen, letztlich gar nicht erwähnt.

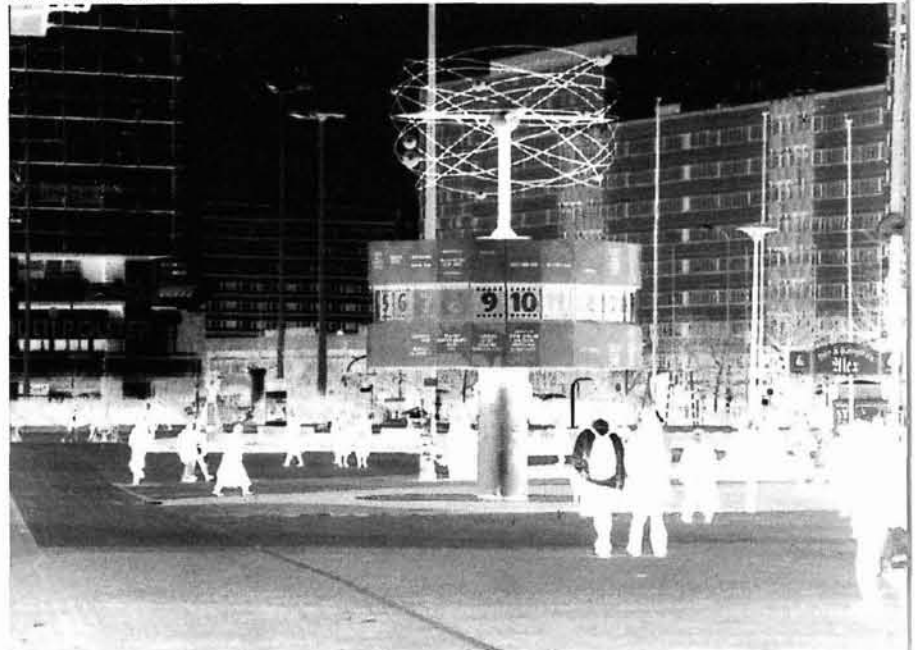
In der Moderne, speziell in der fortgeschrittenen Moderne des 19. und des 20. Jahrhunderts, wird Zeit mit Geld verrechnet. Die Erfindung der mechanischen Uhr machte es möglich, Zeit objektiv, also unabhängig von menschlichem Handeln und von naturnahen Erfahrungen, zu kennzeichnen. Der Mensch, nicht mehr Gott, nahm von da an Maß. Jeder Tag bekam ein Datum. Turmuhren dienten zur Orientierung bei der Arbeit und beim Geschäft. Nach dem Stundenzeiger wurde der Minutenzeiger, später dann der Sekundenzeiger erfunden. Pünktlichkeit wurde zur Verhaltensmaxime und zur allseits geforderten Tugend. Nicht mehr die Natur und der eine Gott, es war das Geld und es waren die Maschinen, die zu den maßgebenden Zeitgebern der Moderne wurden. Entrhythmisierung, Beschleunigung, Vertaktung und Zeit-Kontrolle waren und sind die vier wichtigsten Zeitstrategien moderner Lebensführung. Mechanische Gleichförmigkeit, die sich im Takt der Maschine ausgedrückt, wird zum Ideal der modernen Zeitauffassung.

Die neue Zeitordnung

Es ist dieser äußerst folgenreiche neuartige Umgang mit der Zeit, der die Historiker dazu motivierte, diese Epoche „Neuzeit“ bzw. „Moderne Zeit“ zu nennen. Das auffälligste Zeichen dieser modernen Zeit ist der zunehmend größerer Ordnungsaufwand gegenüber zeitlichen Prozessen. Wenn man Ordnung macht, und sich nicht nur an eine vorgegebene Ordnung anpasst, muss man eine eigene bildliche Vorstellung von dieser Ordnung vor Augen haben. Diese ist, was die moderne Zeitordnung betrifft, zweifach geprägt. Einerseits ist dies die Vorstellung, dass Zeit durch Zeitmessung zu kontrollieren sei. Und andererseits, dass sich zeitliche Ereignisse in gerader, in linearer Art und Weise miteinander verketteten lassen. Nicht nur die Uhr (Zeitmessung), sondern ebenso die Uhrkette (Linearität) sind daher für die moderne Zeitvorstellung prägend. Das vom geraden Weg Abweichende, das Krumme und Unebene, ist bei einer solcher Vorstellung unerwünscht. Der gradlinige Verlauf des Lebens wird zum anzustrebenden Ideal, die Einzelmenschen gleichsam zu Gliedern einer Uhrkette.

Diese Ordnung der Zeit brachte uns und bringt uns noch heute viele Vor-, aber auch eine größere Anzahl von Nachteilen. Wir verlieren die Zeiten der Natur in uns und um uns herum aus den Augen, und was bedrohlicher ist, schließlich auch aus dem Sinn. Die Zeiten werden zunehmend weniger farbig, weil die Zeitformen, die wir haben und die wir leben können, geringer und eintöniger werden. Zeitliche Umwege sind uns kaum mehr erlaubt, sie sind nur noch mit schlechtem Gewissen zu begehen bzw. zu befahren. Ordentlich aufzuräumen, wie vieles um uns herum, haben wir auch unsere Zeitwohnungen, in denen wir den Alltag verbringen. Dafür erhalten wir die Sicherheit, zu jeder Zeit über die richtige Uhrzeit informiert zu sein. Wir sind in der Lage, das Leben und die Arbeit zweckrational zu planen, und zu kontrollieren, und wir können

Foto: Christian Kiel (Berlin)



die Natur – und auch immer häufiger die sozialen Systeme und uns selbst – zeitlich beherrschen. Das hat uns zu einem bisher nie dagewesenen Güterwohlstand geführt, an dem jedoch nicht alle Menschen dieser Welt gleichmäßigen Anteil haben. Jene, die Zeit haben, sind diesbezüglich meist benachteiligt. Die anderen sehen „immer so verhetzt aus“ (Büchner).

Die Indizien mehren sich, dass die mit der Erfindung und der Verbreitung der mechanischen Uhr entstandene naturferne Zeitorganisation Akzeptanzprobleme bekommt. Denn wir haben nicht nur die Uhr, sondern auch uns selbst mit Hilfe der Uhr an die Kette gelegt. Wie ehemals den undurchschaute Naturverhältnissen unterwerfen wir uns jetzt der selbst geschaffenen Uhr-Zeitordnung. Die Menschheit hat seit dem Beginn der Moderne vieles „in die Hand“ genommen, aber nichts war und ist dabei mit soviel Illusionen ausgestattet, wie die Zeit und deren menschengemachte Ordnung. Wir glauben nämlich, die Zeit beherrschen zu können, und doch werden wir jeden Tag mit dem Misslingen eben dieses Vorhabens konfrontiert.

Das beschleunigungsorientierte gradlinige Zeitideal, das die Überschreitung der räumlich-zeitlichen Grenzen, die uns von der Natur gesetzt sind, als einen Fortschritt feiert, ist heute nicht mehr unumstritten. Das Bemühen, nach Gutdünken über Raum und Zeit verfügen zu können, das Wesensmerkmal der technisch-industriellen Dynamik, zeigt seine Schattenseiten. Das Misstrauen in das Prinzip der „allseitigen Zeitmaximierung“ und in die Zwillingsvorstellung von zeitlicher Ordnung und Allmacht ist gestiegen, nicht zuletzt durch die Erfahrung, dass Beschleunigung auch dann zu einem schnelleren Ende führt, wenn man dieses weder erwartet noch erhofft. In einer inzwischen flächendeckenden Mediengesellschaft ist daran zu erinnern, dass eine der ersten uns bekannten eiligen Nachrichtenübermittlungen, die vom Sieg der Athener in der Schlacht von Marathon, mit dem Tode des sich hetzenden Botschafters endete. Die hetzende Unvernunft unserer Tage macht es offensichtlich: Die Be-

Die Zeiterfahrung war naturgegeben. Homer rechnete nach Morgenröten, Cäsar nach Nachtwachen, christliche Mönche nach Gebetszeiten.



schleunigungslogik ist dann, wenn sie grenzenlos d.h. maßlos ist, tödlich. Dies sowohl für die Natur um uns herum wie auch für das Naturwesen Mensch. Die unauffälligsten Morde und Selbstmorde geschehen durch Beschleunigung.

Was bleibt von den Zeitgewinnen übrig?

Dass wir mit mehr Schnelligkeit größeren materiellen Erfolg erringen, wurde zur Selbstverständlichkeit, dass aber jene Qualitäten unserer Existenz, die nicht in geldwerter Zeit zu verrechnen sind, wie etwa Zuneigung, Dankbarkeit, Liebe, Geschmack und Würde, andere Zeitformen benötigen, dies spüren wir immer deutlicher. Die Wünsche, ab und zu einmal hinter sich blicken zu können, einmal aufzu-

atmen, um den Dauergalopp zu den rasch und immer rascher wechselnden Zielen zu unterbrechen, sie nehmen zu. Der Ausstieg aus der unbefriedigenden Hetze der zirkulären Alltagsrationalität, wird inzwischen hörbar als Forderung und Hoffnung artikuliert. Die Frage: „Was bleibt von den

Zeitgewinnen übrig?“ stellt man inzwischen nicht mehr nur leise. Alle sind wir auf der Suche nach der gewonnenen Zeit. Die Vermutung, dass die Zeitgewinne zum Teile trügerisch sind und nicht unbedingt das erwartete und versprochene Mehr an Lebensqualität erbringen, wandelt sich zur Sicherheit. So stellt sich die Frage: Ist die moderne Zeitordnung so vernünftig, wie sie sich immer wieder gibt? Ist die tägliche kräftezehrende Anstrengung, die Zeit ordnend unter Kontrolle zu bringen, eventuell eine Strategie, die uns vom Ziel des guten Lebens immer weiter entfernt?

Heute nun, und dafür gibt es sichtbare Indizien, scheint die Uhr des Uhrzeitmonopols abgelaufen. Die Uhr hat ihre Schuldigkeit getan, die Uhr kann gehen. Folgende drei Auffälligkeiten zeigen, dass das bis vor kurzem noch relativ unumstrittene moderne Zeitverständnis, das sich am Uhrzeitmaß orientierte, ins Wanken gerät:

- Die vielen, ehemals im öffentlichen Raum angebrachten Uhren verschwinden zunehmend.
- Die Transportgeschwindigkeit unserer wichtigsten Güter, der Informationen, ist bei Lichtgeschwindigkeit und damit am Ende der Beschleunigung angekommen.

Die Indizien mehren sich, dass die mit der Erfindung und der Verbreitung der mechanischen Uhr entstandene naturferne Zeitorganisation Akzeptanzprobleme bekommt.

- Die Pünktlichkeitsmoral verliert an Akzeptanz. Sie wird immer deutlicher von der Flexibilitätsmoral abgelöst.

Das natürliche (!) Ende der Beschleunigungsmöglichkeiten ist erreicht. Die Börsenereignisse in New York werden gleichzeitig, in sogenannter „Echtzeit“, in Frankfurt, in Buenos Aires, in Moskau und Tokio wahrgenommen. Es gibt also keinen Informationsvorsprung, keinen durch räumliche Distanzen verursachten Zeitunterschied mehr. Es ist die Lichtgeschwindigkeit, die uns allen den in der Moderne bisher nicht gekannten Zwang zum „genug“ auferlegt.

Von weiterer Beschleunigung ist daher in Zukunft kein Impuls für das wirtschaftliche Wachstum mehr zu erwarten. Sie ist nicht mehr länger ein Instrument, um Wettbewerbsvorteile zu erlangen. Da der Zeitvorsprung technisch zunichte gemacht wurde, gibt es für die Uhren nichts mehr zu messen. Aus Zeitvorsprüngen, die nicht mehr existieren, kann auch kein Profit mehr gezogen werden. Mit dem Ende der Beschleunigungsmöglichkeiten endet auch das beliebte, aber äußerst ernste Spiel, die negativen Folgen der Beschleunigung durch noch mehr Beschleunigung zum Verschwinden zu bringen. Ab diesem Moment lassen sich die Grenzen des Tempos, die bisher immer wieder weitergeschoben wurden, nicht mehr länger ausdehnen. Wenn Zeitvorsprünge für Geldgewinne maßgeblich verantwortlich sind und solche grundsätzlich nur mehr in eingeschränkter Art und Weise realisiert werden können, dann stellen sich neue, überraschende Fragen: „Gibt es andere Zeitformen, die profitabel gemacht werden können?“ „Existieren jenseits der Uhrzeit Zeiten und Zeitmaße, die für die Entwicklung der Gesellschaft, der Kultur und der Ökonomie nützlich sein könnten?“ Oder noch radikaler: „Wie sähe eine Welt, und wie sähe deren Wirtschaft aus, die sich nicht mehr in allererster Linie an der Uhrzeit orientierten?“

Wie sähe eine Welt und deren Wirtschaft aus, die sich nicht mehr der Uhrzeit unterordneten?

Es gibt Gründe genug, auch aus ökonomischer Sicht, über sinnvolle Alternativen zur Monokultur von Uhrzeit und Beschleunigung nachzudenken. Solche bestehen z.B. in folgenden drei Perspektiven:

1) Zeitwohlstand

Zeitwohlstand wäre als ein Element der Lebensqualität zu verstehen und damit als Indikator in die einschlägigen volkswirtschaftlichen Wohlstandsberechnungen aufzunehmen.

Eine Gesellschaft ist bei Berücksichtigung dieser Perspektive dann reich, wenn sie nicht nur viele Waren und Güter produziert und besitzt, sondern auch viele Zeitformen zulässt und ermöglicht. Konkret: Wenn sie ihren Mitgliedern beispielsweise vielfältige Möglichkeit eröffnet, Eigenzeiten zu leben, elastisch mit Zeitvorgaben umzugehen, das erwünschte Tempo im Alltag zu beeinflussen, sich und ihr Umfeld rhythmisch zu organisieren und ihre Zeitsouveränität im Arbeitsprozess zu erhöhen. Das Zeitwohlstandskonzept macht mit der von Nietzsche geäußerten Ermahnung ernst, im Menschen mehr als nur ein geldverdienendes Wesen zu sehen. Es erweitert unseren engen individualistischen Wohlstandsbegriff, der sich im Immermehr, Immer-öfters, Immer-schneller und Immer-neuer erschöpft.

2) Kultur der Zeitvielfalt

Bei der Entwicklung einer Kultur der Zeitvielfalt geht es nicht darum, die Beschleunigung durch die Verlangsa-

mung zu ersetzen. Anzustreben ist vielmehr der Erhalt mannigfaltiger Zeitformen und die Fähigkeit, sie in ihrer Wirksamkeit zu erkennen, zu kultivieren und sie produktiv zu nutzen.

Reine Tempoversessenheit läßt sich ökonomisch nicht rational begründen. Hingegen die temporale Vielfalt. Sie nämlich sichert die notwendige Elastizität und Stabilität von ökonomischen, ökologischen und sozialen Systemen. Zeitvielfalt besitzt eine weit größere Fehlerfreundlichkeit als das Monopol der Uhrzeit. Sie bietet mehr zeitliche Freiheitsgrade und führt zu höherer Zeitsouveränität.

3) Ökologie der Zeit

Der Mensch ist als Teil der Natur in seinem Denken und Handeln nicht frei. In ökologischer Sicht ist er grundsätzlich abhängig. Er ist an die Prozessabläufe der Natur gebunden. Das merkt er beim Älterwerden, spätestens beim Nahen des Todes. Menschen leben in Zeitrhythmen, die durch die innere und durch die äußere Natur bestimmt werden (z.B. durch Tages- und Jahresrhythmen). Sie sind in ihrem zeitlichen Handeln notwendigerweise an die Zeitmuster des Lebendigen gebunden, wollen sie selbst lebendig sein und auch lebendig bleiben. Es ist daran zu erinnern, dass bei allem Streben, sich mit Hilfe der Technik von den Zeitmaßen und den Rhythmen der Natur abzukoppeln, die Menschen nach wie vor Naturwesen sind und dies auch bleiben. Es gilt daher bei der zeitlichen Gestaltung unseres Lebens, stärker als bisher, die Naturgebundenheit des Menschen und damit auch die Einbettung allen Wirtschaftens in den allgemeinen Naturzusammenhang zu berücksichtigen. Denn immer mehr Pflanzen und Ökosysteme, deren zeitliche Vielfalt eingeschränkt werden, sterben ab, z.B. durch Krankheiten, Schädlinge oder durch's sogenannte

„Umkippen“. Eine „Ökologie der Zeit“ könnte sowohl die Einzelnen als auch die Gesellschaft beim Finden der rechten Zeitmaße einen Schritt voranbringen.

Die Rio-Erklärung der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (1992, Agenda 21) fordert eine Politik, die darauf hinausläuft, die Zeiten der Ökonomie denen der Natur anzunähern. Die ökologisch orientierten Lebensstil- und Politikkonzepte, die mit den Begriffen der „Nachhaltigkeit“, der „Vorsorglichkeit“ und der „Zukunftsverträglichkeit“ argumentieren, zeigen deutlich in diese Richtung. Das von allen Inhalten abstrahierende Maß der Uhrzeit läßt sich mit den Anforderungen an Nachhaltigkeit und ökologische Einbettung nicht vereinbaren. Daraus ist im Hinblick auf eine „Ökologie der Zeit“ die Forderung nach dem Schutz unterschiedlicher Zeitmaße und vielfältiger Zeitformen abzuleiten.

Der Mensch macht seit 500 Jahren Zeit-Geschichte. Aber er weiß nicht, was dabei herauskommt. Und weil er es nicht weiß, ist Zeitvielfalt besser als eine zeitliche Monokultur. Wie diese Zeitvielfalt aber aussehen soll, das gilt es immer neu zu diskutieren und zu entscheiden. Dazu sollten wir uns Zeit nehmen.

spw

Zum Weiterlesen

Karlheinz A. Geißler: *Zeit – verweile doch, du bist so schön*. 4. Auflage, Berlin 1998.
Karlheinz A. Geißler: *Vom Tempo der Welt – Am Ende der Uhrzeit*. Freiburg 1999.

Eine Gesellschaft ist dann reich, wenn sie nicht nur viele Waren und Güter produziert und besitzt, sondern auch viele Zeitformen zuläßt und ermöglicht.

Arbeitszeitwunsch und -wirklichkeit

von Hermann Groß und Eva Munz*

Der Vergleich von Arbeitszeitwirklichkeit und -wunsch gibt zu erkennen, welche Arbeitszeitzufriedenheit besteht; welche Potentiale der Arbeitsumverteilung bei welchen Beschäftigtengruppen existieren; welche Beschäftigtengruppen unter zu starren, welche unter zu flexiblen Arbeitszeitregimes leiden; welche Beschäftigtengruppen sich eher kürzere, welche sich eher längere Arbeitszeiten wünschen; welche Beschäftigtengruppen eher immateriellen Zeitwohlstand, welche eher materiellen Wohlstand präferieren. Ein Vergleich von Arbeitszeitwunsch und -wirklichkeit ist insbesondere im Zusammenhang mit den außerberuflichen Anforderungen der Beschäftigten bedeutsam: Sind die Arbeitszeitwünsche der Beschäftigten bzw. bestimmter Beschäftigtengruppen weit von ihrer Arbeitszeitrealität entfernt, so kann dies darauf verweisen, dass die Koordination des beruflichen und außerberuflichen Zeitbedarfs nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten gelingt (Bauer/Groß/Schilling 1996, 31).

Mit steigender Erwerbsbeteiligung der Frauen wächst die Bedeutung des außerberuflichen Zeitbedarfs für die Arbeitszeitgestaltung. Je mehr das traditionelle Modell der Versorgung, demzufolge einer vollzeiterwerbstätigen Person eine zweite in der Regel nicht- oder nur eingeschränkt erwerbstätige Person hinsichtlich der außerberuflichen Anforderungen den Rücken freihält, erodiert, desto prekärer wird die Vereinbarung der außerberuflichen und beruflichen Anforderungen für die einzelnen Beschäftigten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Ausmaß des berufli-

chen wie des außerberuflichen Zeitbedarfs geschlechts- und lebensphasenspezifisch variiert. Im Folgenden werden daher differenziert nach Familienstand und Geschlecht zunächst die gewünschten¹, vertraglichen und tatsächlichen Arbeitszeiten miteinander verglichen.

Das alltägliche Zeitarrangement ist aber nicht nur von der Dauer, sondern auch von der Lage und Verteilung der Arbeitszeit beeinflusst. Nur noch 15% der abhängig Beschäftigten arbeiten unter Bedingungen des Normalarbeitszeitstandards². Unter Normalarbeitszeit verstehen wir eine Vollzeitbeschäftigung mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit zwischen 35 und 40 Stunden, die

* Eva Munz u. Hermann Groß sind MitarbeiterInnen beim Institut zur Erforschung sozialer Chancen und forschen zum Schwerpunkt „Arbeit und Lebenswelt“.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



sich auf 5 Wochentage verteilt, in der Lage nicht variiert und von montags bis freitags tagsüber ausgeübt wird. 85% der abhängig Beschäftigten sind dementsprechend in irgendeiner, von diesem Normalarbeitszeitstandard abweichenden, Form flexibler Arbeitszeit (Teilzeit-, Gleitzeit-, Überstunden-, Wochenend-, Schicht- und Nachtarbeit oder schwankende Arbeitszeitverteilung) tätig. Die aktuellste und größte Zuwachsraten aufweisende Form der Arbeitszeitflexibilisierung sind Arbeitszeitkontenmodelle. Für 37% der Beschäftigten wird zur Steuerung der Arbeitszeitverteilung ein Arbeitszeitkonto geführt. Damit dürfte eher noch die Untergrenze erfasst sein, denn die häufig von den Beschäftigten nicht als Arbeitszeitkontenmodell wahrgenommenen Freie-Tage- oder Freischichten-Regelungen, die aber faktisch über ein Arbeitszeitkonto bewirtschaftet werden, sind hier größtenteils nicht enthalten. Die verschiedenen flexiblen Arbeitszeitformen können das alltägliche Zeitmanagement der Beschäftigten erschweren oder erleichtern. Anhaltspunkte hierfür liefern unter anderem die auf die einzelnen flexiblen Arbeitszeitformen bezogenen Arbeitszeitwünsche der Beschäftigten.

Sind die Arbeitszeitwünsche der Beschäftigten weit von ihrer Arbeitszeitrealität entfernt, so kann dies auf große Schwierigkeiten für die Koordination des beruflichen und außerberuflichen Zeitbedarfs verweisen.

Vergleich der tatsächlichen, vertraglichen und gewünschten Arbeitszeiten

Vergleicht man die Wunscharbeitszeit der Beschäftigten mit der tatsächlichen wöchentlichen Arbeitszeitdauer (diese beträgt im Durchschnitt 37,5 Stunden)³, so ergibt sich ein Reduktionspotential von durchschnittlich 2,3 Wochenstunden pro Beschäftigten. Dieses entspricht rein rechnerisch einem Arbeitsplatzäquivalent von 1,6 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen. Damit hat sich das Reduktionspotential gegenüber 1995 zwar halbiert⁴, ist aber nach wie vor von hoher beschäftigungspolitischer Bedeutung. Die durchschnittliche gewünschte Arbeitszeit entspricht mit 35,2 Stunden ziemlich genau der durchschnittlichen vertraglichen Arbeitszeit (35,3 Stunden). Dies resultiert aus einer

Saldierung des Wunsches der Vollzeitbeschäftigten nach einer durchschnittlichen Verkürzung und dem Wunsch der Teilzeitbeschäftigten nach einer durchschnittlichen Verlängerung der vertraglichen Arbeitszeit (Groß/Munz, 1999a).

Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland liegt das größte Reduktionspotential bei den in Paarhaushalten lebenden Männern. Männer in Paarhaushalten ohne Kinder wünschen sich durchschnittlich eine Reduktion der tatsächlichen Wochenarbeitszeit um 3,8 Stunden, Männer in Paarhaushalten mit Kind/ern um 3,4 Stunden. Damit wünschen sich diese Männer faktisch eine Wiederherstellung ihrer vertraglichen Arbeitszeiten, die durchschnittlich um etwas mehr als drei Wochenstunden kürzer als die tatsächlichen Arbeitszeiten sind. Die Reduktionswünsche beziehen sich also hauptsächlich auf diese Differenz und damit auf den Abbau der Überstunden.

Obwohl Frauen in Paarhaushalten mit Kind/ern in Westdeutschland mit 25,5 Stunden die niedrigsten Wunscharbeitszeiten aufweisen, ist in dieser Gruppe kein Reduktionspotential vorhanden. Der Anstieg der Teilzeitquote der westdeutschen Frauen in Paarhaushalten mit Kind/ern (1995: 65%; 1999: 69%) und der Anstieg der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (1995 arbeiteten 13% der westdeutschen Frauen in Paarhaushalten mit Kind/ern mit einer vertraglichen Arbeitszeit unter 15 Stunden, 1999 sind es 18%) dürfte für die verhältnismäßig geringe vertragliche Arbeitszeit von 24,9 Wochenstunden verantwortlich sein (1995: 26,2 Wochenstunden). Die durchschnittliche tatsächliche Arbeitszeit von 25,8 Wochenstunden entspricht in dieser Beschäftigtengruppe ziemlich genau der Wunscharbeitszeit.

Auch in Ostdeutschland ist bei Frauen in Paarhaushalten mit Kind/ern fast kein Reduktionspotential feststellbar. Hier liegt die durchschnittliche Wunscharbeitszeit von Frauen in Paarhaushalten mit Kind/ern mit 35,9 Wochenstunden um rund 10 Stunden über der der westdeutschen Vergleichsgruppe. Ostdeutsche Frauen orientieren sich offenkundig trotz veränderter Rahmenbedingungen nach wie vor eher an einer kontinuierlichen Vollzeitbeschäftigung. Sowohl die Wunscharbeitszeiten als auch die tatsächlichen Arbeitszeiten von ostdeutschen Frauen mit und ohne Kinder unterscheiden sich kaum.

Bei den (zu 80% weiblichen) Alleinerziehenden entspricht in Westdeutschland die durchschnittliche Wunscharbeitszeit von 32,6 Wochenstunden ziemlich genau der tatsächlichen Arbeitszeit (32,5 Wochenstunden). In Ostdeutschland verhält es sich ähnlich. Hier liegt die gewünschte Arbeitszeit mit 38,0 Wochenstunden ebenfalls ziemlich nahe bei der tatsächlichen von 38,9 Wochenstunden. Man kann vermuten, dass Alleinerziehende aufgrund der Alleinzuständigkeit sowohl für die Kinderbetreuung und -erziehung als auch für die Beschaffung eines subsistenzsichernden Einkommens so gut wie keinen Reduktionspielraum haben – weder bei der Zeit noch beim Geld.

Flexible Arbeitszeiten aus Beschäftigtensicht

Teilzeitarbeit ist nach wie vor fast ausschließlich Frauensache. Während in Westdeutschland jedoch die Teilzeitquote der Frauen bei 42% liegt, arbeiten in Ostdeutschland nur ein Viertel der Frauen in Teilzeit. In Westdeutschland variiert die Teilzeitquote deutlich mit dem Familienstand: Nur 17% der alleinstehenden Frauen arbeiten in Teilzeit, Frauen in Paarhaushalten mit Kind/ern dagegen zu 69%. In Ostdeutschland besteht dagegen kein nennenswerter Zusammenhang zwischen der Teilzeitquote und dem Familienstand.

In Westdeutschland wird die Teilzeitarbeit von Frauen nach wie vor in großem Umfang gewollt oder wird zumindest akzeptiert: 84% der teilzeitbeschäftigten Frauen geben an, dass sie weiterhin in Teilzeit arbeiten möchten. Allerdings ist der Anteil derer, die eine Vollzeitbeschäftigung wünschen, gegenüber 1995 um vier Prozentpunkte auf 12% gestiegen. In Ostdeutschland ging der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen mit Vollzeitwunsch um 10 Prozentpunkte und damit deutlich zurück, liegt jedoch nach wie vor weit über dem Anteil in Westdeutschland: Gut vier Zehntel der teilzeitbeschäftigten Frauen in Ostdeutschland (39%) würden eine Vollzeitbeschäftigung bevorzugen.

Während der Anteil der männlichen Vollzeitbeschäftigten, die sich vorübergehend oder dauerhaft eine Teilzeitarbeit wünschen, auf niedrigem Niveau stagniert (1995 wünschten sich 6% eine Teilzeitbeschäftigung, 1999 sind es 5%), ist der Anteil der weiblichen Vollzeitbeschäftigten, die sich eine Teilzeitbeschäftigung wünschen, in West- und Ostdeutschland um 5 Prozentpunkte gesunken (in Westdeutschland von 20% im Jahr 1995 auf 15% 1999; in Ostdeutschland von 14% auf 9%). Die an Teilzeit interessierten Vollzeitbeschäftigten wollen im Durchschnitt ihre vertragliche Wochenarbeitszeit auf 27,1 Stunden reduzieren: gewünscht sind also weniger ‚Halbtagsstellen‘ sondern eher ‚Zwei-Drittel-, oder ‚Drei-Viertel-Stellen‘.

Deutlich angestiegen ist auch die durchschnittliche Wunscharbeitszeit bei den Teilzeitbeschäftigten in Westdeutschland: die gewünschte Arbeitszeit ist hier in den letzten vier Jahren um 1,9 Stunden auf 23,6 Stunden gestiegen. Damit liegt die Wunscharbeitszeit der westdeutschen Teilzeitbeschäftigten immer noch um 7,9 Stunden unter der Wunscharbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten in Ostdeutschland. Diese hat sich kaum verändert und liegt mit 31,5 Stunden nach wie vor nahe bei einer Vollzeitbeschäftigung.

Der Anteil der Beschäftigten, die regelmäßig Überstunden leisten, ist weiter angestiegen. (1995 waren es 45%, 1999 sind es 56%). Die Bereitschaft zur Überstundenarbeit ist dagegen deutlich gesunken: Wollten 1995 54% derer, die regelmäßig Überstunden leisten, weniger oder keine Überstunden mehr machen, so lehnen 1999 knapp zwei Drittel die Überstundenarbeit ab. In Ostdeutschland ist der Anteil derer, die Überstunden abbauen wollen, mit 69% noch etwas höher als in Westdeutschland (61%). Der Hauptgrund für die Überstundenarbeit sind nicht finanzielle Motive, sondern betriebliche Zwänge: In Westdeutschland geben 67% an, dass sie Überstunden leisten, weil sich ihre Arbeit ohne Überstunden nicht bewältigen läßt, bzw. weil sie sich der Überstundenarbeit nicht entziehen können. In Ostdeutschland trifft dies sogar auf 72% der Überstundenbeschäftigten zu. Nach wie vor sind Männer mehr von der Überstundenarbeit betroffen als Frauen. In West- und insbesondere in Ostdeutschland leisten Männer in Paarhaushalten mit Kind/ern am häufigsten regelmäßige Überstundenarbeit (West: 68%; Ost: 72%). Auch in dieser Beschäftigtengruppe sind dafür nicht die finanziellen Gründe ausschlaggebend, sondern betriebliche Zwänge (dies geben in Westdeutschland 71% und in Ostdeutschland 80% der Überstunden leistenden Väter an).

Der Anteil derer, die regelmäßig Samstags und/oder Sonntagsarbeit leisten, ist seit 1989 langsam, aber stetig angestiegen (regelmäßige Samstagsarbeit 1989: 30% 1999: 35%; regelmäßige Sonntagsarbeit: 1989: 10%; 1999: 16%). 64% der Samstagsbeschäftigten wollen die Samstagsarbeit einschränken oder ganz aufgeben. Beschäftigte, die regelmäßig Sonntagsarbeit leisten, wollen

diese zu 66% reduzieren oder ganz aufgeben. Bei den alleinstehenden Beschäftigten ist die Akzeptanz der Wochenendarbeit noch am größten, aber auch sie wollen mehrheitlich die Samstagsarbeit (zu 58%) und die Sonntagsarbeit (zu 55%) reduzieren. Am größten ist die Ablehnung der Sonntagsarbeit bei Beschäftigten mit Kind/ern (72%).

Die Schicht- und Nachtarbeit hat im Vergleich zu 1995 an Verbreitung zugenommen: 1995 arbeiteten 13% der Beschäftigten *regelmäßig in Schicht- und/oder Nachtarbeit*, 1999 sind es in West- und Ostdeutschland 18%. Etwas mehr als die Hälfte (51%), der Schichtbeschäftigten sind mit der Schichtarbeit zufrieden. Die Akzeptanz der Schicht- und Nachtarbeit steigt, wenn die persönlichen Belange bei der Schichtplangestaltung hinreichend berücksichtigt werden. Ist dies der Fall, so geben 57% der Schicht- und Nachtbeschäftigten an, genauso oft oder häufiger Schicht- und Nachtarbeit leisten zu wollen.

Gleitende Arbeitszeit genießt nach wie vor eine hohe Akzeptanz. Für 85% der Gleitzeitbeschäftigten in Westdeutschland und 77% in Ostdeutschland überwiegen die Vorteile der Gleitzeit; für nur 2% (West: 1%; Ost 3%) überwiegen die Nachteile. Besteht die Möglichkeit, ein Gleitzeitkonto zu führen, die tägliche Arbeitszeit also nicht nur in ihrer Lage, sondern auch ihrer Dauer zu variieren, so fällt die Beurteilung noch positiver aus. Beschäftigte mit einem Gleitzeitkonto bewerten die Gleitzeitarbeit in Westdeutschland zu 88% und in Ostdeutschland zu 82% positiv. Die breite Befürwortung der Gleitzeit erklärt sich daraus, dass diese sich vorzüglich dazu nutzen läßt, die Arbeitszeit dem außerberuflichen Zeitbedarf anzupassen. Dabei ist Gleitzeitarbeit nicht mit einem ständigen „Kommen und Gehen“ verbunden, sondern die Beschäftigten in Gleitzeitarbeit entwickeln zum größten Teil individuelle Zeitroutinen, die nur bei (meist lebensweltlich motiviertem) Bedarf verlassen werden. So geben auch 72% der Beschäftigten mit einem Gleitzeitkonto als wesentlichen Zweck die Anpassung der Arbeitszeit an den außerberuflichen Zeitbedarf an.

Arbeitszeitkonten

Der anhaltende Trend zu einer wachsenden Verbreitung flexibler Arbeitszeitformen verweist auf den hohen Stellenwert, den das Arbeitszeit- und Betriebszeitmanagement bei der Bewältigung der betrieblichen Flexibilisierungsanforderungen einnimmt. In diesem Zusammenhang werden seit Anfang der 90er Jahre zur Steuerung der Arbeitszeit verstärkt Arbeitszeitkonten eingesetzt. Bereits mehr als jeder dritte Beschäftigte (37%) verfügt über ein Arbeitszeitkonto (Groß/Munz 1999b). Diese erweitern die Möglichkeiten beträchtlich, die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit zu variieren: vor dem Hintergrund eines Arbeitszeitstandards ist der Auf- und Abbau von Zeitguthaben und -schulden möglich; die vertragliche Arbeitszeit muss nur noch als Durchschnittswert innerhalb des vereinbarten Ausgleichszeitraums erreicht werden. Dies birgt für die Beschäftigten potentiell die Chance, ihren außerberuflichen Zeitbedarf bei der Festlegung der Lage und Dauer der täglichen Arbeitszeit mit zu berücksichtigen. Das Interesse der Beschäftigten nach einer besseren Anpassung der Arbeitszeit an ihren außerberuflichen Zeitbedarf und das betriebliche Interesse an einer besseren Synchronisierung der Ar-

Das größte Reduktionspotential liegt bei den in Paarhaushalten lebenden Männern mit Kindern und bezieht sich auf den Abbau der Überstunden.

beitszeit mit den betrieblichen Erfordernissen kommen jedoch nicht automatisch zur Deckung. Die Bündelung möglichst vieler Interessen hängt davon ab, inwieweit Regelungen ausgehandelt werden, welche die unterschiedlichen Interessen der betrieblichen Akteure zu berücksichtigen und auszugleichen vermögen. Nach Ergebnissen einer Betriebs- und Personalrätebefragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans- Böckler-Stiftung (WSI) ist der hauptsächliche Grund der Einführung von Kontenmodellen zwar in der Anpassung der Arbeitszeit an die betrieblichen Erfordernisse zu sehen; dennoch geht die Mehrheit der Betriebs- und Personalräte davon aus, dass die Konten den zeitlichen Spielraum der Beschäftigten erweitern (WSI-Projektgruppe 1998, 660).

Die Ergebnisse unserer Beschäftigtenbefragung bestätigen diese Einschätzung: Befragt nach dem wesentlichen Zweck der Kontenführung geben die Beschäftigten ungefähr gleich häufig die Anpassung der Arbeitszeit an den außerberuflichen Zeitbedarf und an die betrieblichen Erfordernisse an. In Westdeutschland werden die außerberuflichen Zwecke (52%) etwas häufiger genannt als die betrieblichen Erfordernisse (47%). In Ostdeutschland ist es

Arbeitszeitkonten bergen für die Beschäftigten potenziell die Chance, ihren außerberuflichen Zeitbedarf bei der Festlegung der Lage und Dauer der täglichen Arbeitszeit mit zu berücksichtigen.

umgekehrt: 55% geben an, dass die Kontenführung der Anpassung der Arbeitszeit an die betrieblichen Erfordernisse dient, 50% nennen außerberufliche Zwecke.⁵ Bei der Beurteilung des Zwecks der Kontenführung gibt es deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Frauen geben wesentlich häufiger als Männer an,

dass die Kontenführung der Anpassung der Arbeitszeit an den außerberuflichen Zeitbedarf dient. Bei den Männern steht dagegen die Anpassung der Arbeitszeit an die betrieblichen Erfordernisse im Vordergrund (Groß/Munz, 1999b).

Ob die Beschäftigten über eine Kontenregelung verfügen, die es ihnen ermöglicht, den außerberuflichen und beruflichen Zeitbedarf besser zu koordinieren, hängt allerdings stark von ihrer beruflichen Stellung ab. Angestellte und Beamte/Beamtinnen sind hier gegenüber den Arbeitern und Arbeiterinnen privilegiert. Arbeiter und Arbeiterinnen geben nur zu 39% an, dass ihr Arbeitszeitkonto zum Zweck der Anpassung der Arbeitszeit an ihren außerberuflichen Zeitbedarf geführt wird; bei Beamten und Beamtinnen ist dies bei 57% und bei den Angestellten sogar bei 60% der Fall.

Resümee

Nach wie vor sind insbesondere dann, wenn Kinder ins Spiel kommen, die Erwerbsbeteiligungsmuster der Geschlechter höchst different. Männer in Paarhaushalten mit Kind/ern haben aufgrund langer vertraglicher Arbeitszeiten und aufgrund der Überstundenarbeit die längsten tatsächlichen Arbeitszeiten. Frauen reduzieren dagegen in der Regel ihre Arbeitszeit, wenn Kinder im Haushalt leben. Dies trifft jedoch uneingeschränkt nur auf die westdeutschen Frauen zu. Ostdeutsche Frauen arbeiten häufig in Ermangelung einer Vollzeitbeschäftigung und nicht wegen einer besseren Vereinbarung von Beruf und Familie in Teilzeit. Die Ausweitung der Teilzeitarbeit für die Beschäftigtengruppe der Frauen mit Kind/ern hat zur Konsequenz, dass hier das Reduktionspotential weitgehend ausgeschöpft ist.

Ein hohes Reduktionspotential liegt dagegen bei den Vätern. Diese wünschen sich hauptsächlich einen Abbau der Überstunden. Ursache für die Überstundenarbeit sind in der überwiegenden Mehrheit betriebliche Zwänge. Die Betriebe sind zur Anpassung der Arbeitszeit an den Arbeitsanfall häufig auf Überstundenarbeit angewiesen. Mit Arbeitszeitkonten verfügt die betriebliche Personalpolitik jedoch über ein funktionales Äquivalent zur Überstundenarbeit. Diese bieten die Möglichkeit, die Arbeitszeit auch kurzfristig dem Arbeitsanfall anzupassen, ohne auf die (beschäftigungsmindernden) bezahlten oder unbezahlten Überstunden zurückgreifen zu müssen. Dementsprechend leisten Beschäftigte mit einem Arbeitszeitkonto pro Woche durchschnittlich knapp eine Stunde weniger bezahlte oder unbezahlte Überstunden als Beschäftigte ohne Arbeitszeitkonto (Groß/Munz/Seifert, 1999). Arbeitszeitkonten können dazu genutzt werden, durch die Umwandlung von (beschäftigungsmindernden) bezahlten und unbezahlten Überstunden in (beschäftigungsneutrale) über Freizeit ausgeglichene Überstunden die tatsächliche mit der vertraglichen Arbeitszeit zur Deckung zu bringen. Dies würde sowohl den meist lebensweltlich motivierten Reduktionswünschen der Beschäftigten Rechnung tragen als auch ein nicht zu unterschätzendes beschäftigungspolitisches Potential eröffnen.

spw

Literatur:

- Bauer, Frank/ Hermann Groß/ Gabi Schilling (1996): Arbeitszeit '95. Arbeitszeitstrukturen und Arbeitszeitwünsche und Zeitverwendung der abhängig Beschäftigten in West- und Ostdeutschland. Resultate einer aktuellen Repräsentativbefragung, hrsg. vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Groß, Hermann/ Eva Munz (1999a): Erste Ergebnisse einer 1999 durchgeführten repräsentativen Beschäftigtenbefragung zu Arbeitszeitformen und -wünschen.
- Groß, Hermann/ Eva Munz (1999b): Arbeitszeitkonten: Verbreitung, Struktur und Nutzung.
- Groß, Hermann/ Eva Munz/ Hartmut Seifert (1999): Weniger Arbeitslose durch Überstundenabbau, in: WSI-Mitteilungen 52 (1999) 8, 505-512.
- WSI-Projektgruppe (1998): Ausgewählte Ergebnisse der WSI-Befragung von Betriebs- und Personalräten 1997/1998, in: WSI-Mitteilungen 51(1998) 10, S.653-667.

¹ Bei der in standardisierten Umfragen schwierigen Ermittlung von Arbeitszeitwünschen versuchen wir, soweit dies möglich ist, die Erzeugung fiktiver Entscheidungssituationen zu vermeiden. So weisen wir in der Frageformulierung darauf hin, dass eine womöglich gewünschte Arbeitszeitreduktion mit einer in etwa dazu proportionalen Einkommensreduktion verbunden ist.

² Sämtliche Angaben zur Verbreitung von Arbeitszeitformen und zu Arbeitszeitwünschen in diesem Artikel stammen aus der vom ISO (Institut zur Erforschung sozialer Chancen) durchgeführten und vom NRW-Ministerium für Arbeit, Soziales und Kultur, Sport und Stadtentwicklung finanziell geförderten kontinuierlichen Arbeitszeitberichterstattung. In diesem Rahmen wurden bislang fünf repräsentative Beschäftigtenbefragungen in den Jahren 1987, 1989, 1993, 1995 und zuletzt 1999 durchgeführt. In der aktuellen Beschäftigtenbefragung des ISO wurden 4024 abhängig Beschäftigte zwischen 18 und 65 Jahren in West- und Ostdeutschland nach ihren Arbeitszeitformen, Arbeitszeitwünschen und ihrer Zeitverwendung befragt.

³ Bei der Frage nach der gewünschten Arbeitszeit wurde, wie gesagt, von einer entsprechenden Einkommensverminderung bzw. -erhöhung ausgegangen. In den tatsächlichen Arbeitszeiten sind neben der vertraglichen Arbeitszeit auch Überstunden und Rüst- und Vorbereitungszeiten enthalten, Pausenzeiten sind hier dagegen ausdrücklich nicht mit eingeschlossen.

⁴ Bei der 1995 durchgeführten Beschäftigtenbefragung ergab sich aus den Reduktionswünschen der abhängig Beschäftigten ein rechnerisches Arbeitsplatzäquivalent von 3,2 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen (Bauer/Groß/Schilling, 1996, 164).

⁵ Aufgrund von Mehrfachnennungen können sich die Prozentangaben auf mehr als 100% aufsummieren.

spw-Jahresregister 1999

Das Jahresregister 1999 hat Ralf Krämer für spw erstellt. Es besteht aus vier Teilen: Verzeichnis der Hefte und Schwerpunktthemen, Verzeichnis der Artikel, Rezensionen/Buchbesprechungen und dem Sachverzeichnis.

Verzeichnis der Hefte und Schwerpunktthemen

Nr.	Heft	Monate/Jahr	Schwerpunktthema
1/99	105	Januar/Februar 1999	Herausforderung Europa
2/99	106	März/April 1999	Dritter Weg – wohin?
3/99	107	Mai/Juni 1999	Schöne Neue Weltordnung
4/99	108	Juli/August 1999	Frauen-Zukunft
5/99	109	September/Oktober 1999	Kommunale Politik
6/99	110	November/Dezember 1999	Politik im Wandel

Verzeichnis der Artikel (sortiert nach AutorInnen)

AutorIn: Titel	Heft	Seite
<i>Albrecht, Thorben</i> : Richtungswechsel in Europa?	105	23
<i>Babler, Andreas</i> : Jörg Haider – Der Mann aus dem Bärenal	106	6
<i>Bach, Andreas</i> : Debakel in der „Herzkammer der SPD“	109	7
<i>Bahr, Egon</i> : Neue Probleme des Friedensschlusses am Ende dieses Jahrhunderts	108	55
<i>Bell, Hans Günter</i> : Wege zur sozialen Stadt?	105	42
<i>Bell, Hans Günter; Recht, Alexander</i> : Erneuerung braucht Druck von links. Zum Diskussions- und Strategiepapier der Juso-Linken	108	51
<i>Bergmann, Christine (Interview)</i> : Von Aufbruch und E-Quality	108	28
<i>Biermann, Uta; König, Barbara; Waltherr, Claudia</i> : Frauen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Einleitung zum Heftschwerpunkt	108	26
<i>Bimboes, Detlef</i> : Zündstoff Öl und Gas. Alter und neuer Krisenherd am Kaspischen Meer	107	38
<i>Bimboes, Detlef</i> : Unruhen in Dagestan	109	57
<i>Bozay, Kemal</i> : Die Türkei zwischen politischer Krise und kurdischem Dilemma	106	57
<i>Brandt, Arno</i> : Gerhard und TINA	109	10
<i>Breil, Gisela</i> : Einstieg in den Ausbau des Niedriglohnsektors? Neuregelung der 630 DM-Beschäftigungsverhältnisse	105	6
<i>Breuer, Tanja I.; Schmitz, Christian Z.</i> : Die Millenium-Jusos auf dem Weg in die „ideelle“ Gesamtidentität	110	12
<i>Brodkorb, Mathias</i> : Jahrhundertbilanz der SPD	110	15
<i>Burmeister, Kai</i> : Volle Kraft für Schleswig-Holstein?	109	14
<i>Butterwegge, Christoph</i> : Was soll aus dem Wohlfahrtsstaat werden?	107	49
<i>Commerçon, Ulrich</i> : „Gegen die CDU wäre es leichter gewesen.“ Saarlandwahlen am 05.09.99	109	6
<i>Dörre, Klaus</i> : Der dritte Weg und die deutsche Sozialdemokratie	106	32
<i>Dräger, Klaus; Nitsche, Robert</i> : Aktionen gegen Erwerbslosigkeit in Europa	106	10
<i>Ebeling, Helga; Pahl, Veronika</i> : Situation und Perspektiven von Frauen in der Bildungslandschaft	108	31
<i>Erdmann, Ole</i> : Ein wichtiger Schritt – das Buch zur Bildungs-Offensive	109	17
<i>Europäische Ökonominnen und Ökonomen für eine alternative Wirtschaftspolitik</i> : Vollbeschäftigung, Solidarität und nachhaltige Entwicklung in Europa (Memorandum)	105	38
<i>Frankfurter Kreis</i> : Der Politikwechsel muß fortgesetzt werden!	106	5
<i>Frankfurter Kreis und Gauche Socialist</i> : Für die europäische soziale Republik	108	12
<i>Franz, Ulf-Birger</i> : Nur ein erster Schritt. Das Programm der Bundesregierung gegen Jugendarbeitslosigkeit	105	4
<i>Franzke, Heike; Frerichs, Petra</i> : Frauennetzwerke – Facettenreiche Geflechte	108	43
<i>Frerichs, Petra; Franzke, Heike</i> : Frauennetzwerke – Facettenreiche Geflechte	108	43
<i>Gauche Socialiste und Frankfurter Kreis</i> : Für die europäische soziale Republik	108	12
<i>Gerntke, Axel</i> : Ein Schritt vorwärts ... Die IG Metall auf dem Weg ins neue Jahrhundert	110	18
<i>Gerszewski, Stefanie</i> : Dritter Weg – wohin? Einleitung zum Heftschwerpunkt	106	21
<i>Gerszewski, Stefanie</i> : Kommunale Politik. Einleitung zum Heftschwerpunkt	109	19
<i>Gespräch mit vier jungen Frauen</i> : „Politischer Kampf ist Lebenslust!“	108	39
<i>Gewerkschaften DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV</i> : Hände weg vom Ladenschluss!	110	24
<i>Glawe, Heiko</i> : Alternative WirtschaftswissenschaftlerInnen in Europa	105	37
<i>Grabert, Horst</i> : Die vielen Gesichter des Krieges im Kosovo	107	27
<i>Grönebaum, Stefan</i> : SPD-Kommunalpolitik wohin?	109	21
<i>Hanewinckel, Christel</i> : „Als wir alle noch an einem Tisch saßen ...“	110	37
<i>Hermann, Christopher</i> : Die Gesetzliche Krankenversicherung am Ende der 90er Jahre	109	44
<i>Herter, Marc</i> : Standort links! Nachbetrachtungen zum Juso-Bundeskongreß 1999	107	5

<i>Jansen, Mechtild</i> : Aufbruch – wohin? Bodo Hombachs „Politik der neuen Mitte“	106	28
<i>Jansen, Mechtild</i> : Zeit für den neuen Gesellschaftsvertrag!	108	47
<i>Jöns, Karin</i> : Das Hemd sitzt näher als die Hose. Kontroversen um die Reform der EU-Strukturpolitik	105	26
<i>Junge-Reyer, Ingeborg</i> : Eine Regionale Beschäftigungsagentur. Das Sozialamt als größter Arbeitgeber der Kommune	109	34
<i>Juso-Linke, Diskussions- und Strategiepapier</i> : Umbrüche des Kapitalismus und Herausforderungen für eine Neue Linke	106	47
<i>Klecha, Stephan; Lindner, Oliver</i> : Die Gewerkschaften und der Abschied von der Industriegesellschaft	110	21
<i>Klein, Wilfried</i> : Reformistische Potentiale auf kommunaler Ebene	109	25
<i>Kodré, Petra</i> : Die Entwicklung des Europäischen Sozialfonds	107	12
<i>Kohlrausch, Bettina</i> : Alles wie gehabt – zur Ausbildungsplatzsituation 1999	109	16
<i>Kohlrausch, Bettina; König, Barbara</i> : „Netzwerke dürfen keine Hängematten sein!“ Feministische Zukunftsstrategien in der Diskussion	106	8
<i>König, Barbara</i> : Eine kleine Geschichte der Frauenarbeit	105	11
<i>König, Barbara; Biermann, Uta; Walther, Claudia</i> : Frauen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Einleitung zum Heftschwerpunkt	108	26
<i>König, Barbara; Kohlrausch Bettina</i> : „Netzwerke dürfen keine Hängematten sein!“ Feministische Zukunftsstrategien in der Diskussion	106	8
<i>König, Barbara; Rünker, Reinhold</i> : Warum überhaupt noch Wählen gehen?	109	8
<i>Krämer, Ralf</i> : „Es gibt keine Alternative.“ – Dummes Geschwätz!	109	38
<i>Krämer Ralf</i> : Der Oskar schlägt links	110	9
<i>Krämer, Ralf</i> : Neue Grundlagenmaterialien zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus	110	54
<i>Krätke, Michael</i> : Umbrüche in der kapitalistischen Weltwirtschaft und die Perspektiven der Linken	106	53
<i>Krätke, Michael</i> : Umbrüche in der kapitalistischen Weltwirtschaft und die Perspektiven der Linken, Teil 2	107	54
<i>Kremer, Uwe</i> : kurzum	108	2
<i>Krems, Martin</i> : kurzum	105	2
<i>Krusewitz, Knut</i> : Krieg gegen die Umwelt in Jugoslawien	107	35
Kurzmeldungen	108	4
<i>Laberenz, Lennart</i> : Berliner Republik. Die SPD koalitiert in Berlin weiter mit der Beliebigkeit – und der CDU	110	8
<i>Lange, Matthias; Weber, Kai</i> : Dagegen sein, dafür was tun? Die Migrationspolitik unter der neuen Bundesregierung	106	12
<i>Larcher, Detlev von</i> : Alternativen der Steuerpolitik	109	42
<i>Lindner, Oliver; Klecha, Stephan</i> : Die Gewerkschaften und der Abschied von der Industriegesellschaft	110	21
<i>Lorenz, Astrid</i> : Weißrussland: Bringt das neue Jahr den Wandel?	107	18
<i>Lutz, Dieter S.</i> : Der Krieg im Kosovo und das Versagen Europas	106	4
<i>Lutz, Dieter S.</i> : Der Krieg im Kosovo – Konsequenzen und Lehren für Europas Sicherheitsordnung?	107	24
<i>Lutz, Dieter S.</i> : Weniger Ideologie, weniger Kosten, mehr Leistung! Plädoyer für eine Freiwilligenstreitmacht	108	11
<i>Meyer, Dirk</i> : Die Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes und die Linke	106	16
<i>Meyer, Dirk</i> : Schöne neue Weltordnung!? Einleitende Gedanken	107	22
<i>Meyer, Dirk; Mützenich Rolf</i> : Irrlehren – Eine erste Nachlese zum NATO-Krieg in Jugoslawien	110	6
<i>Mikfeld, Benjamin; Westphal, Thomas</i> : Die neue Mitte im Hochgeschwindigkeitsleerlauf	106	22
<i>Mützenich, Rolf</i> : Fragwürdige Parallelen. Atomare Abschreckung in Südasien	109	55
<i>Mützenich, Rolf; Meyer, Dirk</i> : Irrlehren – Eine erste Nachlese zum NATO-Krieg in Jugoslawien	110	6
<i>Nitsche, Robert; Dräger, Klaus</i> : Aktionen gegen Erwerbslosigkeit in Europa	106	10
Notizen	109	4
Notizen und Hinweise	110	4
<i>Notz, Gisela</i> : Wi(e)der eine Neuauflage der Hausfrauenehe?	106	43
<i>Pahl, Veronika; Ebeling, Helga</i> : Situation und Perspektiven von Frauen in der Bildungslandschaft	108	31
<i>Peter, Horst</i> : Kooperative Kommunalpolitik als linkes Aktionsfeld	109	28
<i>Peter, Horst</i> : kurzum	106	2
<i>Pickshaus, Klaus</i> : Humane und qualifizierte Dienstleistungsarbeit kontra Niedriglohnsektor	108	23
<i>Pignerol, Bernard</i> : Der „Dritte Weg“ und die sozialistische Tradition. Eine französische Sicht	107	7
<i>Recht, Alexander; Bell, Hans Günter</i> : Erneuerung braucht Druck von links. Zum Diskussions- und Strategiepapier der Juso-Linken	108	51
<i>Roth, Winfried</i> : Einstürzende Illusionen. Zur Geschichte der „Entwicklung durch Verschuldung“	105	51
<i>Rünker, Reinhold</i> : Althusser und das Elend der Theorie	105	55
<i>Rünker, Reinhold</i> : Politik im Wandel. Einleitung zum Heftschwerpunkt	110	32
<i>Rünker, Reinhold</i> : Transformation des Politischen?	110	42
<i>Rünker, Reinhold; König, Barbara</i> : Warum überhaupt noch Wählen gehen?	109	8
<i>Schade, Olaf</i> : Das fünfte Rad am Wagen? Kommunalpolitik und neue Steuerung	109	31
<i>Schauff, Frank</i> : Russischer Nationalismus in rotem Tuch	107	15
<i>Schauff, Frank</i> : Zwei Gipfel, manche Halbheiten	108	6
<i>Scheer, Hermann</i> : Das deutsche 100.000-Dächer-Photovoltaik-Programm	105	9
<i>Scheer, Hermann</i> : Konsens über „Atomausstieg“ – ein Bumerang für den Einstieg in die ökologische Energiewende?	109	11
<i>Schlecht, Michael</i> : Ohne gesellschaftliche Mobilisierung wenig Chancen. Zur Neuauflage des Bündnis für Arbeit	105	14
<i>Schmitthener, Horst</i> : Aus der Not eine Tugend machen?	108	15

JAHRESREGISTER 1999

<i>Schmitz, Christian Z; Breuer, Tanja I.</i> : Die Millenium-Jusos auf dem Weg in die „ideelle“ Gesamtidentität	110	12
<i>Scholz, Olaf</i> : Falsche Themen und die Zukunft des sozialen Staates	108	19
<i>Schulten, Thorsten</i> : Arbeitsbeziehungen in Euroland	105	33
<i>Schuster, Joachim</i> : Herausforderung Europa: Einleitende Bemerkungen zum Heftschwerpunkt	105	22
<i>Schuster, Joachim</i> : Tarifpolitik unter dem Euro	110	17
<i>Spoos, Eckart</i> : Die Medien als Wächter des Status quo gegen demokratische Umtriebe	110	34
SPD 2000 – NRW 2010	106	9
spw-intern	105	7
spw-intern	106	7
spw-intern	107	11
spw-Jahresregister 1998	105	29
<i>Stiegler, Barbara</i> : Aufwertung von Frauenarbeit oder: Wer bestimmt, was Arbeit ist?	108	33
<i>Stolz-Willig, Brigitte</i> : Déjà vu! Die Familie in der Zukunftsstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung	105	48
<i>Tausend, Claudia</i> : Modell München – Rot-Grün auf kommunaler Ebene	110	50
<i>Tönnemann, Wolfgang</i> : Gegen den Trend? Plädoyer für Parteien als unerläßliche Foren der Politik	110	39
<i>Verein Soziale Republik Europa</i> : Für eine Soziale Republik Europa und internationale Solidarität	110	46
<i>Wahl, Peter</i> : (Re)Regulierung der internationalen Finanzmärkte	110	27
<i>Wainwright, Hilary</i> : Die britische Labour Party: Zwei Parteien	105	45
<i>Walther, Claudia; Biermann, Uta; König, Barbara</i> : Frauen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Einleitung zum Heftschwerpunkt	108	26
<i>Weber, Kai; Lange, Matthias</i> : Dagegen sein, dafür was tun? Die Migrationspolitik unter der neuen Bundesregierung	106	12
<i>Wehr, Andreas; Zimmermann, Burkhard</i> : Heinz Albrecht ist tot	105	12
<i>Welti, Felix</i> : Staatsbürgerrecht – Kapitulation oder Reform?	106	18
<i>Westphal, Thomas</i> : kurzum	107	2
<i>Westphal, Thomas</i> : kurzum	109	2
<i>Westphal, Thomas</i> : kurzum	110	2
<i>Westphal, Thomas; Mikfeld, Benjamin</i> : Die neue Mitte im Hochgeschwindigkeitsleerlauf	106	22
<i>Wieczorek-Zeul, Heidemarie</i> : Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik	107	43
<i>Wiedenstried, Uwe</i> : Alle, Flop? Frankreichs Regierung wagt große Sprünge für Arbeit und Soziales	105	18
<i>Wiedenstried, Uwe</i> : USA: Die Fratze hinter dem Make-up des Jobwunders	106	38
<i>Wiedenstried, Uwe</i> : „Decent Society“	109	50
<i>Wilhelmy, Frank</i> : Zuckerbrot und Peitsche	105	13
<i>Wilhelmy, Frank</i> : Scheinselbständige Nachbesserungen	107	4
<i>Winsemann, Burkhard</i> : Zwischen Feigheit vor dem Feind und mutigen Strukturreformen. Rot-grüne Steuerpolitik	105	8
<i>Winsemann, Burkhard</i> : „When the cat is away ...“	106	11
<i>Winsemann, Burkhard</i> : Regieren macht dumm	108	14
<i>Winsemann, Burkhard</i> : „Soziale Republik Europa“. Neuer Verein der sozialdemokratischen und sozialistische Linken	110	11
<i>Wischmeier, Inka</i> : Lomé 2000. Zwischen europäischer Markteroberungsstrategie und entwicklungspolitischem Impuls	107	47
<i>Wolf, Frieder Otto</i> : Die Zeichen an der Wand. Was bedeuten die Europawahlen 1999?	108	9
<i>Zimmermann, Adrian</i> : Linke stagniert, Konzentration im rechten Lager. Parlamentswahlen in der Schweiz	110	56
<i>Zimmermann, Burkhard; Wehr, Andreas</i> : Heinz Albrecht ist tot	105	12

Verzeichnis der besprochenen Bücher (Sortierung nach AutorInnen der Bücher)

AutorIn: Titel (AutorIn der Rezension)	Heft	Seite
<i>Altwater, Elmar; Hecker, Rolf; Heinrich, Michael; Schaper-Rinkel, Petra</i> : Kapital.doc (Krämer)	110	54
<i>Bispinck, Reinhard; Schulten, Thorsten</i> : Tarifpolitik unter dem Euro (Schuster)	110	17
<i>Conert, Hansgeorg</i> : Vom Handelskapital zur Globalisierung (Krämer)	110	54
<i>Hombach, Bodo</i> : Aufbruch – Die Politik der neuen Mitte (Jansen)	106	28
<i>Jobelius, Sebastian; Rünker, Reinhold; Vössing, Konstantin (Hg.)</i> : Bildungs-Offensive (Erdmann)	109	17
<i>Kaluza, Hildegard</i> : Der europäische Sozialfonds (Kodré)	107	12
<i>Klönne, Arno; Spoos, Eckart; Butenschön, Rainer (Hg.)</i> : Der lange Abschied vom Sozialismus (Brodkorb)	110	15
<i>Lafontaine, Oskar</i> : Das Herz schlägt links (Krämer)	110	9
<i>Raab, Silke</i> : Zwischen Mühsal und Selbstbestimmung (König)	105	11
<i>Vockel, Joachim</i> : Bilder zum Kapital (Krämer)	110	54

Sachverzeichnis

Die Angaben hinter den Stichworten beziehen sich auf Heftnummer/Seitenzahl und AutorInnen der Beiträge (es ist nur der erste Name genannt), deren Titel im alphabetischen AutorInnenverzeichnis nachgeschlagen werden können.

Stichwort: Heft/Seite AutorIn

Arbeit/Bündnis für Arbeit/Zukunft der Arbeit/Beschäftigungspolitik: 105/14 Schlecht, 105/18 Wiedenstried (Frankreich), 105/33 Schulten, 106/10 Dräger, 108/15 Schmitthener, 108/19 Scholz, 110/18 Gerntke, 110/24 Gewerkschaften
Arbeitsmarktpolitik/Niedriglohndebatte: 105/6 Breil, 105/13 Wilhelmy, 106/38 Wiedenstried (USA), 107/4 Wilhelmy, 108/19 Scholz, 108/23 Pickshaus, 108/34 Stiegler, 109/34 Junge-Reyer, 109/50 Wiedenstried (GB)

Ausländer-/Asyl-/Einwanderungspolitik: 106/12 Lange, 106/16 Meyer, 106/18 Welti
Bildung/Ausbildung/Hochschule: 105/4 Franz, 108/31 Ebeling, 109/16 Kohlrausch, 109/17 erdmann
DDR: 110/37 Hanewinkel
Dienstleistungsgesellschaft/-politik: 108/23 Pickshaus, 110/21 Klecha, 110/24 Gewerkschaften
Deutschland/Innenpolitik:
Energiepolitik/Solarer Umbau: 105/9 Scheer, 107/38 Bimboes, 109/11 Scheer
Entwicklungspolitik/Nord-Süd: 105/51 Roth, 107/43 Wiczorek-Zeul, 107/47 Wischmeyer
Europa: 105/22 Schuster, 105/23 Albrecht, 105/26 Jöns, 105/33 Schulten, 105/37 Glawe, 106/10 Dräger, 107/12 Kodré, 107/26 Lutz, 108/6 Schauff, 108/9 Wolf, 108/12 Gauche Socialiste, 110/46 Verein Soziale Republik Europa, 110/17 Schuster
Finanzpolitik/Steuerpolitik: 105/8 Winsemann, 106/11 Winsemann, 107/49 Butterwegge, 108/14 Winsemann, 109/10 Brandt, 109/38 Krämer, 109/42 Larcher, 110/4 Notizen
Familie/Familienpolitik: 105/49 Stolz-Willig, 106/43 Notz
Frauenpolitik/Frauenbewegung: 106/8 Kohlrausch, 105/11 König, 108/26 Biermann, 108/28 Bergmann, 108/31 Ebeling, 108/34 Stiegler, 108/38 Gespräch, 108/44 Franzke, 108/47 Jansen
Friedenspolitik/Friedensbewegung: 106/4 Lutz, 107/2 Westphal, 107/22 Meyer, 107/24 Lutz, 107/27 Grabert, 107/35 Krusewitz, 107/38 Bimboes, 108/11 Lutz, 108/55 Bahr, 109/55 Mützenich, 110/6 Meyer
Gemeinwirtschaft/Neue Gemeinwirtschaft/3.Sektor:
Geschichte/Linke Geschichten/Geschichtspolitik: 105/12 Wehr, 110/12 Brodkorb
Geschlechterverhältnisse/Gender: 105/11 König, 105/49 Stolz-Willig, 106/43 Notz, 108/26 Biermann, 108/28 Bergmann, 108/31 Ebeling, 108/34 Stiegler, 108/47 Jansen
Gesellschaftstheorie: 106/47 Juso-Linke
Gewerkschaften: 105/33 Schulten, 108/15 Schmitthenner, 108/23 Pickshaus, 110/17 Schuster, 110/18 Gerntke, 110/21 Klecha, 110/24 Gewerkschaften
Internationale Politik/Außenpolitik: 107/22 Meyer, 107/24 Lutz, 107/27 Grabert, 108/55 Bahr, 109/55 Mützenich, 110/6 Meyer
Internationales/Ausland: 105/18 Wiedenstried (Frankreich), 106/6 Babler (Österreich), 106/38 Wiedenstried (USA), 106/57 Bozay (Türkei), 107/15 Schauff (Russland), 107/18 Lorenz (Weissrussland), 107/27 Grabert (Jugoslawien), 109/50 Wiedenstried (GB), 109/55 Mützenich (Südasien), 109/57 Bimboes (Kaukasus), 110/56 Zimmermann (Schweiz)
Internationalisierung/Globalisierung: 105/51 Roth, 106/53 Krätke, 107/43 Wiczorek-Zeul, 107/54 Krätke, 110/27 Wahl
Jahresregister: 10105/29 (1998)
Jugend: 109/7 König
Jusos: 106/47 Juso-Linke, 107/5 Herter, 108/51 Bell, 110/12 Breuer
Kapitalismus: 106/47 Juso-Linke, 106/53 Krätke, 107/54 Krätke, 110/54 Krämer
Kommunale Politik: 105/42 Bell, 109/19 Gerszewski, 109/21 Grönebaum, 109/25 Klein, 109/28 Peter, 109/31 Schade, 109/34 Junge-Reyer, 110/50 Tausend (München)
Linke/Linke Strategie: 106/2 Peter, 106/47 Juso-Linke, 107/54 Krätke, 108/2 Kremer, 108/47 Jansen, 108/51 Bell, 109/28 Peter, 110/2 Westphal, 110/46 Verein Soziale Republik Europa
Medien: 110/34 Spoo
PDS: 105/2 Krens
Politikwechsel/Rot-Grün: 106/5 Frankfurter Kreis, 108/15 Schmitthenner, 108/19 Scholz, 108/23 Pickshaus, 109/2 Westphal, 109/10 Brandt, 109/38 Krämer
Politische Theorie/Demokratie: 109/25 Klein, 110/32 Rünker, 110/34 Spoo, 110/37 Hanewinkel, 110/39 Tönnemann, 110/42 Rünker
Rechte Politik und Ideologie/Rechtsextremismus:
Sozialdemokratie/SPD allgemein: 105/49 Stolz-Willig, 106/21 Gerszewski, 106/22 Mikfeld, 106/28 Jansen, 106/32 Dörre, 107/7 Pignerol, 108/2 Kremer, 108/19 Scholz, 109/2 Westphal, 109/4 Notizen, 109/21 Grönebaum, 110/9 Krämer, 110/15 Brodkorb, 110/39 Tönnemann
Sozialdemokratie/SPD Parteilinke: 106/5 Frankfurter Kreis, 108/12 Gauche Socialiste, 109/4 Notizen, 110/11 Winsemann, 110/46 Verein Soziale Republik Europa
Sozialdemokratie/SPD regional: 105/2 Krens (Ostdeutschland), 106/9 SPD 2000 – NRW 2010, 109/6 Commerçon (Saarland), 109/7 Bach (Dortmund), 109/14 Burmeister (Schleswig-Holstein), 110/8 Laberenz (Berlin), 110/50 Tausend (München)
Sozialdemokratie international: 105/45 Wainwright (GB), 107/7 Pignerol (Frankreich), 108/12 Gauche Socialiste (EU), 109/50 Wiedenstried (GB), 110/11 Winsemann, 110/46 Verein Soziale Republik Europa
Sozialistische Politik/Strategie: (s. Linke)
Sozialpolitik/Sozialstaat: 105/42 Bell, 105/49 Stolz-Willig, 106/43 Notz, 107/49 Butterwegge, 108/15 Schmitthenner, 108/19 Scholz, 109/38 Krämer, 109/44 Hermann
spw: 105/7 spw-intern, 10105/29 (Jahresregister 1998), 106/7 spw-intern, 107/11 spw-intern, 108/4 Kurzmeldungen, 109/4 Notizen
Staat/Staatsreform: 109/31 Schade
Technologie-/Forschungspolitik/Gentechnik:
TheoretikerInnen/Theorie: 105/55 Rünker, 110/54 Krämer
Umwelt/Ökologie: 107/35 Krusewitz
Wahlen/Deutschland: 108/9 Wolf (EP), 109/6 Commerçon (Saarland), 109/7 Bach (NRW), 109/7 König (NRW)
Wirtschaftspolitik/Wirtschaftsdemokratie/Ökonomie: 105/23 Albrecht, 105/26 Jöns, 105/33 Schulten, 105/37 Glawe, 105/38 Europäische Ökonomeninnen und Ökonomen, 107/12 Kodré, 108/6 Schauff

In der Konfrontation mit dem modernen Schlagwort cocktail – Zeitflexibilisierung, Mobilzeiten, Zeitkonten, Telearbeit, Gleitzeit, „atmende“ Fabrik, Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft etc. – bekommt man leicht das Gefühl, dass der erfolgreiche Mensch der Zukunft prinzipiell zu jeder Tages- und Nachtzeit, samstags, sonntags wie feiertags zur Arbeit bereit sein muss. Mehr noch: Arbeits- und Freizeiten liegen auf dem Wochenstundenplan nicht kompakt und geordnet, sondern wie ein gesprenkeltes Muster, d.h. mal liegen Freizeitpartikel vor der Arbeit, mal zwischen Arbeitszeiten und gelegentlich – wie früher – auch mal danach. Und jeder Mensch lebt in einem anderen Stundenplan...

Widersprüche der Zeitentregelung

Können wir uns, so muss man nun fragen, so etwas leisten? Ja – sagt die Logik der globalisierten Wirtschaft – wir können es, weil es andere Länder auch tun und wir müssen es tun, um konkurrenzfähig zu bleiben. Nein – warnen die Humanwissenschaften, Gewerkschaften und Kirchen – weil die Auswirkungen zerstörerisch sind. Bislang sind die möglichen Auswirkungen der Zerstörung kollektiver Zeitstrukturen vor allem unter zwei Gesichtspunkten studiert worden: 1. Verlust der Synchronisation von Kontakten: Familienleben, Beziehungspflege und Freundschaften gedeihen nicht, wenn sich aufgrund individualisierter Stundenpläne keine Termine dafür mehr finden lassen und 2. medizinische und psychische Folgen ungeordneter Arbeits- und Freizeiten: die sog. „Schichtarbeitsforschung“ hat längst belegt, wie relativ schnell die Grenzen der Belastbarkeit des menschlichen Organismus durch Entregelung von Zeitordnungen erreicht sind.

In der gegenwärtigen medialen Diskussion des Themas wird gerne so getan, als sei es eine Frage des „Rucks“, der laut Herzog durch Deutschland gehen müsse, bzw. der Pensionierung von senilen „Bedenkenträgern“, um den Einstieg in die Rund um die Uhr Gesellschaft „endlich“ schaffen zu können. Mit Rattenfängerargumenten wird schließlich auch auf den Gewinn an individueller „Zeitsouveränität“ durch Zeitflexibilisierung hingewiesen: man könne ja, wenns Baby mal krank ist, später anfangen oder einkaufen, wenn man Lust dazu hat (z.B. um 23.15 Uhr) etc. Unbedarfte Gemüter erkennen in solchen Lockvogel-Argumenten sogleich die Vorboten eines Zeit-Schlaraffenlandes, den Einstieg in wunderbare Möglichkeiten individueller und kollektiver Selbstverwirklichung.

Wie immer funktioniert das Argument der Entregelung, des Abbaus von Beschränkungen nach dem Muster der pubertären Befreiung von Triebimpulsen aus der Herrschaft von Zwängen: wenn die bösen Vorschriften nicht wären, könnte das Leben ja so schön sein. Dass die „Zwänge“, die „Vorschriften“ – eine sinnvolle Regelung zum Schutz der Gemeinschaft und des Individuums darstellen – dass kann man den Zeitpionieren heute genauso wenig klarmachen wie Pubertierenden die Erkenntnis, dass Rauchen schädlich oder Parties bis zum Wecken für 13jährige ein Risiko darstellen. Alle Entregelungs- und Liberalisierungsargumente wenden sich an das unvernünftige Kind in uns – sonst könnten sie nicht ernsthaft erfolgreich sein. Folgt man den Argumenten sind bittere Folgen – wie immer – unausweichlich. Zeitflexibilisierung kann zu Stress, Synchronisationsproblemen in Kontakten, Vernichtung von Zeit durch Langeweile, Warte- und Wegezeiten, zu Gefühlen von Sinnlosigkeit, zu Leistungsvernichtung etc. führen...

Soweit die Hypothese. Wäre sie zweifelsfrei belegt, gäbe es an ihr kein deuteln – alle würden sich danach rich-

Das Flexibilisierungsparadoxon

Arbeitszeitpräferenzen Studierender

von Rainer Dollase*

ten. Kosten und Nutzen würden – auch von der Wirtschaft – nüchtern gegeneinander aufgerechnet werden. Wie weit kann die Hypothese empirisch bestätigt werden?

Forschungsprojekt „Temporale Muster“

Eine Annäherung an eine Prüfung der Hypothese bieten Daten, die in dem nordrhein-westfälischen Forschungsverbund „Temporale Muster“, finanziert durch das Innovationsprogramm Forschung des Wissenschaftsministeriums, in den Jahren 1996 bis 1998 gefördert wurden. Beteiligt waren die Hochschulen Aachen (Kurt Hammerich), Bielefeld (der Verfasser) und die Sporthochschule Köln (Walter Tokarski).

Der besondere Zugang des Programms zu Fragen der Zeitflexibilisierung ist die Suche nach einer Antwort auf die Frage „Wie würden wöchentliche Arbeitszeiten gelegt, wenn der Mensch sie so legen könnte, wie er wollte?“ Es geht also um seine Wünsche, um die Erfassung von Ideen zur Gestaltung von idealen Wochenplänen. Diese einfache Frage weicht nun in zwei Aspekten wesentlich von den herkömmlichen demoskopischen Fragen ab: 1. Es wird vermieden, moderne, positiv besetzte Reizvokabeln zur demoskopischen Abstimmung zu stellen. Beispiel: „Wünschen Sie mehr Zeitflexibilisierung?“, „Würden Sie ihre Arbeitszeiten gerne selbst bestimmen?“ oder „Finden Sie es gut, wenn Sie auch nachts noch einkaufen können?“ – Ergebnisse auf solche pauschalen Fragen mit starker Suggestion, was nun die richtige Antwort sei, sind überflüssig, weil aus einer verdeckt affirmativen modernistischen Gesinnung konstruiert – sie belegen nur die sozial akzeptierte Konnotation von „Zeitflexibilisierung“, „Selbstbestimmung“ oder „nachts einkaufen können“. Die Befragten werden bei derlei Demoskopie nicht mit den logischen Folgen, gesellschaftlichen Implikationen sowie den Konflikten, Widersprüchen von Zeitflexibilisierung, Selbstbestimmung oder Nachteinkauf konfrontiert. Ob sie es dann noch wollten, ist mehr als fraglich. 2. Im Projekt „Temporale Muster“ werden stattdessen entweder vorgegebene Wochenarbeitspläne bewertet (in Schulnoten)

oder aber in einem leeren Wochenplan schraffieren die Befragten die Zeiten (zu einem vorgegebenen Stundenvolumen – z.B. 20 Stunden), an denen sie arbeiten möchten. Auf diese Art und Weise sollte ganz unverfänglich, neutral, konkret und nicht suggestiv nach den spontanen Zeitpräferenzen gefahndet werden.

Wie immer funktioniert das Argument der Entregelung, des Abbaus von Beschränkungen nach dem Muster der pubertären Befreiung von Triebimpulsen.

* Prof. Dr. Rainer Dollase, Universität Bielefeld, Abt. Psychologie und Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung¹

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Befragt wurden Studierende (über 1000 in verschiedenen Studien) mit einem Durchschnittsalter deutlich unter 30 Jahren, also keine Alten, die sich nicht mehr umstellen können. Die Studierenden wurden nach ihren Arbeitszeiten, nämlich den Vorlesungen und Seminaren gefragt, damit ein konkretes zeitliches Problem aus ihrem eigenen Alltag gelöst werden sollte und nicht eines, das sie selbst später betrifft oder das stellvertretend für andere, etwa die werktätige Bevölkerung, gelöst wird. Sonst käme es zu so merkwürdigen Paradoxien wie „Es sollen nicht alle studieren – nur die besten“ sagen alle Eltern – und hoffen natürlich alle, dass ihre eigenen Sprößlinge dabei sind. Oder: auf

das Problem der Zeitflexibilisierung gewendet: „Ich bin schon dafür, dass wir eine rund um die Uhr Gesellschaft haben, aber ich selbst möchte aber doch einen geregelten Dienst haben...“. Die Befragung von Studierenden war auch sonst keine Verlegenheitslösung: bezogen auf die Lage von Vorlesungen und Seminaren durch-

laufen diese eine extreme Schule der Zeitflexibilisierung, d.h. sie sind es gewöhnt, dass die Lehrveranstaltungen in ungeordneter Weise über die Wochen verteilt sind, dass Springstunden vorkommen oder gar die Freizeit vor der Arbeit liegen muss. Andererseits ist ihre Selbstbestimmung über Arbeitszeitstrukturen größer als bei anderen Berufen – man kann partiell (nicht schrankenlos) auswählen oder ausfallen lassen.

Merkmale idealer Wochenpläne

Erwartet wurden Ergebnisse ganz im Sinne der modernen Trends – individuelle Stundenpläne, Nutzung von Samstagen oder auch Sonntagen, unkonventionelle Lagen von Veranstaltungen etc. – und heraus kam... eher das Gegenteil, nämlich eher traditionelle Wunscharbeitszeiten. Beste Noten erhielten Vormittagspläne, d.h. Lehrveranstaltungen von morgens bis mittags, danach frei. Schlecht benotet wurden alle irgendwie zerplitterten Pläne und auch extreme Blockungen von Veranstaltungen auf einen oder zwei Tage (mit acht oder neun Stunden täglich). Und wenn die Befragten ihre Wunschpläne in einen leeren Stundenplan eintrugen, ließen sich die Wünsche auf drei Prototypen reduzieren: a) die Vormittagspläne (mal um 8 Uhr an-

fangend, mal um 10 Uhr), b) Blockpläne, bei denen man das Arbeitszeitkontingent so auf wenige Tage reduzierte, dass möglichst noch ein weiterer Tag freibleibt (am besten der Freitag, wenn möglich auch der Montag) und einen c) „Siesta Pläne“ die eine ausgiebige Mittagspause vorsehen, ansonsten aber den Vormittagsplänen ähneln. Enttäuschend normal und herkömmlich also, was man von „jungen Leuten“ zu hören bekommt – wenn es um die Gestaltung der eigenen Arbeitszeit geht, wird man zeitkonservativer.

Das zeigt sich deutlich, wenn man die prototypischen Idealpläne auf ihre strukturellen Kennzeichen hin untersucht. Für ideale Pläne gilt:

-a) Sie haben von Tag zu Tag wiederkehrende, identische Zeitstrukturen, Arbeitszeiten fangen täglich zur selben Zeit an und hören zur selben Zeit auf (identische Tagesrhythmen);

b) Abendstunden, „Frühschichten“, Samstage und Sonntage werden als Arbeitszeiten in idealen Plänen nicht genannt (Randzeiten und Wochenenden arbeitsfrei);

c) Ideale Arbeitszeiten werden in Wochenplänen so gelegt, dass möglichst viele Tage am Stück – meist um das Wochenende herum – frei sind. (Blockung von Arbeit und Freizeit in der Woche).

Punkt c) gibt Anlass, über das Verhältnis von Arbeit und Freizeit nachdenken – bestimmten die Rücksichtnahmen auf die Arbeit oder die auf Freizeit die idealen Pläne? Es zeigte sich, dass diese beiden Bereiche nicht trennbar sind. Ordne ich die Arbeitszeiten ideal an, ergibt sich dafür auch eine bestimmte Ordnung der Freizeiten und umgekehrt. Überraschenderweise werden die idealen Pläne (s.o.) sowohl hinsichtlich „Eignung fürs Studium“ als auch hinsichtlich der „Eignung für die Freizeit“ positiv beurteilt. Arbeits- und Freizeiteignung idealer Pläne korreliert also positiv.

Die Befunde zu den idealen Zeitplänen haben wir das „Flexibilisierungsparadoxon“ genannt: unter Bedingungen der völligen Wahlfreiheit legen Befragte ihre Arbeitszeiten so, wie es bisher üblich war. Unter Wunschbedingungen würde sich die Zeitstruktur von Arbeit und Freizeit auch bei jungen Leuten nicht grundlegend ändern.

Individuelle Unterschiede

Es ist nun beileibe nicht so, dass es keine individuellen Unterschiede in den Wunschplänen gibt. Individualität ergibt sich als kleine Abweichung von einem der drei Prototypen – da wird hier mal ein Doppelstündchen weggelassen und dort eines hinzugefügt. Es gibt durchaus hunderte von individuellen Wunsch – Zeitplänen – sie lassen sich allerdings auf die drei Grundmuster (Vormittagspläne, Blockpläne und Siesta Pläne) empirisch (mittels Clusteranalyse) reduzieren. Noch deutlicher konnte die Stabilität der Prototypen gemacht werden, als in einem Experiment (d.h. Zufaßaufteilung auf die experimentellen Bedingungen) mal die Berücksichtigung individueller Zeitzwänge (Nebenjob, Kinderbetreuung etc.) und mal die explizite Nichtberücksichtigung solcher Zwänge verlangt wurde. Ergebnis: die Wunschzeitpläne ändern sich kaum je nach Berücksichtigung/Nichtberücksichtigung der Zwänge.

Individuelle Unterschiede in den Wunschzeitplänen ergeben sich im übrigen nur in geringfügiger Stärke gemäß Geschlecht, Fachrichtung des Studiums, Alter oder Nebenjob. Weniger die demographischen Kennzeichen einer Person sind für die Art der Wunschpläne entscheidend als vielmehr ihre psychologischen – wenngleich im Effekt ebenfalls nicht dramatisch. (Effekte nahezu aller sozialwissenschaftlichen Variablen sind – unter den hier verwendeten

Die demoskopisch Befragten werden nicht mit den logischen Folgen, gesellschaftlichen Implikationen sowie den Konflikten, Widersprüchen von Zeitflexibilisierung, Selbstbestimmung oder Nachteinkauf konfrontiert.

Bewertungskriterien – „schwach“. Die „Schichtvariable“ z.B. hat immer und überall nur wenig Varianz aufgeklärt.) Unter diesen Effekten sind allerdings einige, die so manchen Modernisierer beunruhigen könnten: besonders leistungswillige, aufstiegsorientierte, gewissenhafte, rational kalkulierende und planende Studierende. Wer es mit dem Studium nicht so ganz eilig hat, wem Freizeit wichtiger ist als das Studium, der kann die zerplitterten Stundenpläne besser leiden. Ist also die Flexibilisierung der Arbeitszeiten ein Affront gegenüber den Tüchtigen und ein Geschenk für die Bummelanten?

Ehe weitreichende Schlussfolgerungen gezogen werden – die, zugegebenermaßen, aufgrund der Daten sehr nahe liegen – sind „weitere Forschungen nötig“. Mit dieser salvatorischen Klausel will man sich nicht aus der Verantwortung für Resultate herauswinden, aber man muss Rücksicht nehmen auf die noch ausstehenden offenen Fragen. Beispiel: Wie sehen Wunschpläne bei Erwerbstätigen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Branchen aus? Unter welchen Bedingungen werden Wunschpläne geändert? Inwiefern findet eine Anfreundung mit Nicht-Wunschplänen statt? Führt die Realisierung von Wunschplänen zu größerer Zufriedenheit oder Leistung? Fragen, für die sich die wissenschaftlichen Forschungsförderinstitutionen leider noch kaum interessieren.

Ursachen des Zeittraditionalismus

Die Zentralfrage lautet aber: Warum sehen ideale Wochenzeitpläne junger Menschen so konservativ aus? Leicht antwortet man mit „Gewöhnung“: Studierende haben die Schule noch nicht lange hinter sich und sind folglich an deren Rhythmus gewöhnt. Gegenargument: auch ältere Studierende, die sich ja schon an den zeitlich chaotischen Betrieb der Universität gewöhnt haben könnten, haben ähnliche Idealpläne wie AnfängerInnen. Stichhaltiger wirkt da schon das Argument „Synchronisationserfordernis“: Um andere Leute zu treffen, Freunde, Bekannte und Verwandte, um Öffnungstermine von Ämtern, öffentlichen Einrichtungen etc. wahrnehmen zu können, muss man sich hinsichtlich seiner eigenen Pflichtzeiten an andere anpassen. Und dabei kommen dann doch eher konservativer Idealpläne heraus. Gegenargument: auch bei dem o.g. Experiment, in dem die Befragten keine Rücksicht auf ihre

Terminzwänge nehmen sollten, entstanden konservative Zeitpläne. Eine weitere naheliegend anzunehmende Ursache stammt aus der Biologie und Physiologie: der menschlichen physis wohnen Rhythmen inne – es gibt leistungsstarke und leistungsschwache Tageszeiten, einen ohne negative Nebenwirkungen kaum änderbaren Schlaf- Wachrhythmus, ja auch Jahresrhythmen, die wohl mit der täglichen Lichtmenge kovariieren. Wunschpläne können also anthropogene Konstanten widerspiegeln.

Im Forschungsprojekt „Temporale Muster“ spielte noch eine andere Erklärung eine Rolle: die Logik oder Psychologie der Tätigkeiten, die eine bestimmte Reihenfolge erfordern. Gefragt wurden die Studierenden z.B. in welcher Reihenfolge sie die drei Tätigkeiten- „Freund/in besuchen“, „Referat vorbereiten“, „im Haushalt arbeiten“ ausführen wollten. Die Reihenfolge „Referat – Haushalt – Freundin“ wird von allen sechs Reihenfolgemöglichkeiten am besten bewertet – am schlechtesten die Reihenfolge „FreundIn – Haushalt – Referat“. Wer sich in Handlungsplanung hineindenkt, kann dies Resultat bestens verstehen: die Regel „erst die Arbeit, dann das Spiel“ ist nicht nur Ergebnis von Gesellschaft, Erfahrung und Gewöhnung, sondern unmittelbar ein Reflex auf innere Befindlichkeiten bei der Handlungsplanung. Krasses Beispiel: Wenn Sie um 11 Uhr ihre Abschlussprüfung haben, können Sie den Sekt nicht schon um 10 Uhr trinken, er folgt mit universalistischer PsychoLogik natürlich erst nach der Prüfung.

spw

¹ MitarbeiterInnen des Projekts waren Tanja Schatz, Arnd Ridder, Kai Christian Koch, Renate Freericks, Holger Brillen, Melanie Gecius, Daniel Gronloh, Berhard Ruhl, Bettina Schaffrath-Franke und Kurt Sombert, Kooperationspartner waren Hartmut Lütke (Marburg), Manfred Garhammer (Bamberg). Anfang 2000 erscheint eine abschließende Publikation im Leske und Budrich Verlag: Dollase, R., Hammerich, K., Tokarski, W. (Hrsg.) (2000) Temporale Muster. Die ideale Reihenfolge der Tätigkeiten. Opladen: Leske und Budrich, Belege für die im Artikel erwähnten empirischen Resultate finden sich in dieser Publikation und in einer Dissertation von Tanja Schatz „Temporale Musterpräferenzen“ Berlin: Logos, 1999

Die Befunde zu den idealen Zeitplänen haben wir das „Flexibilisierungsparadoxon“ genannt: unter Bedingungen der völligen Wahlfreiheit legen Befragte ihre Arbeitszeiten so, wie es bisher üblich war.

„Zeiten der Stadt“

Ein Forschungs- und Modellprojekt des Hamburger Senatsamtes für die Gleichstellung

von Sabine Issa*

Zeitstrukturen wirken sich nicht nur auf Wirtschaft, Arbeit und Ökologie aus, sondern beeinflussen auch die privaten Lebensverhältnisse. Vor allem Frauen sind täglich mit dem Balanceakt konfrontiert, Zeiten ihrer beruflichen Tätigkeit mit den Öffnungszeiten von Kindergarten, Behörden, Läden und Banken sinnvoll zu kombinieren. Oft genug verzweifeln sie nicht zuletzt daran, dass in ihrer Stadt Zeitstrukturen kaum oder überhaupt nicht auf einander abgestimmt sind.

Seit Herbst 1995 hat sich deshalb das Hamburger Senatsamt für Gleichstellung die Harmonisierung kommunaler Zeitstrukturen zum Ziel gesetzt: „Zeiten der Stadt“ lautet ein ehrgeiziges Forschungs- und Modellprojekt, welches im folgenden beschrieben wird.

Die durchaus feministisch gefärbte Debatte um die Erfassung und Veränderung kommunaler Zeitströme entstand Mitte der 80er Jahre in Italien, als in Modena und Bologna Frauen diese Städte regierten. Sowohl diese Bürgermeiste-

rinnen als auch engagierte Gewerkschafterinnen hatten erkannt, dass die Zeiten der Stadt – vor allem die Öffnungszeiten im öffentlichen und privaten Dienstleistungsbereich – nicht nur von veralteten „normalen“ Arbeits- und Freizeiten

* Sabine Issa, Senatsamt f. Gleichstellung, Freie Hansestadt Hamburg

ausgingen, sondern noch immer auf der traditionellen gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau basierten. Nach diesem Zeitmodell ist der erwerbstätige Mann mindestens 8 Stunden von zu Hause fort, während sich seine Frau genau in dieser Zeit um Kinder und Haushalt kümmert. Dies bedeutet, dass sie auch alle mit Hausarbeit und Familie zusammenhängenden Aufgaben außerhalb des Hauses zu erledigen hat: Einkaufen, Arztbesuche, Bring- und Holdienste für die Kinder – sei es zum Kindergarten, zur Schule oder zum Musik- oder Sportunterricht – oder Behördengänge hat sie während der Normalarbeitszeit, in die auch die meisten Öffnungszeiten von Dienstleistungseinrichtungen fallen, zu erledigen.

Natürlich wurde und wird diese Rollenverteilung auch heute noch oft gelebt. Andererseits hat die Erwerbsbeteiligung von Frauen und insbesondere von Müttern in den vergangenen Jahrzehnten sowohl in Italien als auch in Deutschland und anderen europäischen Ländern kontinuierlich zugenommen. Das Ziel dieser engagierten Italienerinnen war es deshalb, die städtischen Zeitstrukturen den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner anzupassen. Um sich näher über die daraus entstandenen Zeitprojekte zu informieren, lud der Hamburger Senat 1992 Kommunalpolitikerinnen und Urbanisten aus Italien ein. Seit Herbst 1995 führt das Senatsamt für die Gleichstellung nun selbst ein Forschungs- und Modellprojekt mit dem Titel „Zeiten der Stadt“ durch.

„Zeiten der Stadt“ in einem repräsentativen Hamburger Stadtteil

Die Stadt Hamburg wählte den Bereich des Ortsamtes Barmbek-Uhlenhorst aus, weil dessen fünf Stadtteile recht gut die Einkommens- und Sozialstruktur Hamburgs abbilden. Auf diese Weise können sowohl die Zeitbedürfnisse und Zeitangebote in einem Stadtteil wie Dulsberg, der im Rahmen des Hamburger Armutsbekämpfungsprogramms als Pilotgebiet ausgewiesen wurde, erfaßt werden, als auch in einem eher wohlhabenden Stadtteil wie Uhlenhorst sowie in Stadtteilen wie Barmbek-Nord, Barmbek-Süd und Hohenfelde, die von der Bevölkerungsstruktur zwischen diesen beiden „Polen“ liegen.

Außerdem ist Barmbek-Uhlenhorst für ein Forschungs- und Modellprojekt deshalb so gut geeignet, weil es kein reines Wohngebiet ist, sondern alle Dienstleistungen des kurz-, mittel- und langfristigen Bedarfs anbietet und über die beiden großen zusammenhängenden Einkaufsgebiete in der Hamburger Straße und der Fuhsbütteler Straße verfügt.

Das Forschungs- und Modellprojekt verfolgt verschiedene Ziele:

Zunächst soll Frauen und ihren Familien eine bessere Nutzung von Dienstleistungen und somit eine optimale Vereinbarkeit der unterschiedlichen Lebensbereiche, wie Erwerbs- und Familienarbeit und Freizeitgestaltung ermöglicht werden. Dies bedeutet, dass das Projekt zur Verbesserung der Lebensqualität jener Bevölkerungsgruppe beiträgt, die die größten Schwierigkeiten bei der Koordinierung von Zeiten hat und deshalb die „zeitärmste“ ist. Natürlich kommen diese Verbesserungen auch allen anderen Bevölkerungsgruppen zu Gute.

Außerdem will das Projekt mit seinem geschlechtsspezifischen Ansatz erreichen, dass der öffentliche Diskussi-

onsprozeß zur Zeitproblematik vorangetrieben wird, so dass Zeitröte und Zeitkonflikte als gesellschaftspolitisches Problem erkannt und nicht länger als individuelles, in besonderem Maße erwerbstätige Mütter betreffendes angesehen werden.

Das Senatsamt für die Gleichstellung hat deshalb die Gruppe der erwerbstätigen Mütter in den Mittelpunkt des Projekts „Zeiten der Stadt“ gestellt. Außerdem wurden erwerbstätige Frauen mit Kinderwunsch und Mütter, die wieder in den Beruf zurückkehren wollen, in die Untersuchung einbezogen.

Das Besondere an „Zeiten der Stadt“ ist, dass es als Aktionsforschungsprojekt durchgeführt wird. Auf Untersuchungsergebnisse folgen gleich Taten, es werden also neue Zeiten oder zeitentlastende Angebote entwickelt, die einem Praxistest unterzogen werden. Diese können im weiteren Verlauf des Projekts noch korrigiert und, wenn sie sich bewähren, verstetigt werden. Bei „Zeiten der Stadt“ sind – anders als bei herkömmlichen Forschungsvorhaben – diejenigen, die untersucht werden, nicht nur „Forschungsobjekte“, sondern aktiv am Prozeß beteiligt. Schließlich werden alle für dieses Vorhaben relevanten gesellschaftlichen Institutionen, wie Gewerkschaften, Kammern, Verbände, Kirche und Fachbehörden, in den Diskussionsprozeß einbezogen, da der Erfolg eines solchen Projektes nicht nur von der Akzeptanz, sondern der aktiven Beteiligung dieser Gruppen abhängt. So war und ist die Beteiligung der Gewerkschaften z.B. deshalb so wichtig, weil neue Zeitangebote im Dienstleistungsbereich sozialverträglich gestaltet werden müssen, damit sie bei den Beschäftigten nicht zu neuen Zeitröten führen

Erste Phase: Vergleich von Zeitwünschen und Zeitwirklichkeit

Zunächst wurden die bereits genannten Frauen in schriftlichen und mündlichen Interviews und in einem Workshop zu ihren Zeitröten und Zeitwünschen befragt, gleichzeitig wurden alle Dienstleistungsunternehmen im Untersuchungsgebiet (Ämter, Einzelhandel und einzelhandelsnahe Dienstleistungsanbieter, wie Friseurläden oder Banken, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Arztpraxen, Freizeiteinrichtungen sowie der Verkehrsverbund) mit ihren Zeitangeboten erfaßt. Darüber hinaus wurden zahlreiche Expertengespräche geführt, so zum Beispiel bei Kinderbetreuungseinrichtungen, im Einzelhandel, mit Freizeiteinrichtungen usw.

Die Befragungsergebnisse zeigten, dass in den Bereichen Kinderbetreuung, Ämter, Arzt- und Zahnarztpraxen sowie beim Einzelhandel und den Banken und Sparkassen neue Angebote an Öffnungszeiten bzw. zusätzliche zeitentlastende Dienstleistungsangebote als notwendig erachtet wurden.

Beim Einzelhandel war die Besonderheit, dass das alte Ladenschlußgesetz noch existierte, als die Befragung durchgeführt wurde. Sie ergab, dass eine große Nachfrage nach Öffnungszeiten bis ca. 19:00 Uhr und eine etwas geringere bis 20:00 Uhr bestand. An Sonnabenden gab es den Wunsch, in den frühen Nachmittagsstunden einkaufen zu können. Durch das neue Ladenschlußgesetz werden diese Zeiten nun vielfach angeboten. Bei den Banken und Sparkassen war das Öffnungszeitenproblem nicht so gravierend, da viele Zweigstellen mittlerweile über Kundenserviceräume mit Geldautomaten und teilweise mit Überweisungsterminals verfügen. Durchgehende Schalteröffnungszeiten bis 17:00 bzw. 18:00 Uhr, wie sie jetzt in der Filiale der Hamburger Sparkasse im Einkaufszentrum Hamburger Straße ange-

Es wurde erkannt, dass die Zeiten der Stadt von veralteten „normalen“ Arbeits- und Freizeiten ausgingen und auf der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau basierten.

boten werden, wurden dennoch von rund der Hälfte der befragten Frauen begrüßt, um Angelegenheiten klären zu können, die sich am Terminal nicht erledigen lassen.

Die Befragung ergab für den Bereich Ämter, dass die Öffnungszeiten kaum bekannt sind. Ein Grund für den geringen Bekanntheitsgrad liegt in der Tatsache, dass Behördengänge für den Großteil der befragten Frauen relativ selten, d.h. ein- bis dreimal pro Jahr, notwendig sind und sich die Öffnungszeiten daher nur wenig einprägen. Hinzu kommt, dass die Dienststellen des Ortsamtes auf verschiedene Gebäude verteilt sind und z.T. unterschiedliche Öffnungszeiten angeboten wurden. Das Ortsamt Barmbek-Uhlenhorst bietet deshalb seit dem 1. Juli 1997 veränderte Zeiten an, und zudem wurde eine einheitliche Regelung der Öffnungstage mit Kernsprechzeiten getroffen, an denen man ohne Anmeldung kommen kann. Die bereits vorher bestehenden Früh- und Spätsprechstunden wurden beibehalten. Darüber hinaus besteht nun grundsätzlich die Möglichkeit, auch außerhalb der Kernsprechzeiten individuelle Terminvereinbarungen zu treffen, und zwar an allen Tagen von Montag bis Freitag. Damit die Besucherinnen und Besucher hierüber informiert sind, wurde ein Dienststellenwegweiser entwickelt, der auf einer Karte zeigt, wo welche Dienststellen liegen und wie sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sind. Das Faltsblatt enthält außerdem eine übersichtliche Darstellung der Öffnungszeiten und die Telefonnummern für die Vereinbarung individueller Termine.

Um Wartezeiten zu verkürzen, Vorab-Informationen geben zu können und den Besucherinnen und Besuchern das Aufsuchen verschiedener Büros für nur ein Anliegen zu ersparen (z.B. Kasse für Gebührenmarken, Ausgabe von Pässen) wurde im Ortsamt ein zentraler Service-Counter eingerichtet, der diese Dienstleistungen zusammenfaßt.

Die Untersuchung im Bereich der Arzt- und Zahnarztpraxen ergab, dass die Sprechstundenzeiten oft parallel zu den Arbeits- und Kinderbetreuungszeiten berufstätiger Mütter liegen. Um Arzttermine unabhängig von der Arbeit und ohne Kinder oder zusammen mit Kindern wahrnehmen zu können, wurden Früh- und Spätsprechstunden sowie Sprechstunden am Samstagvormittag gewünscht.

Hier ist es gelungen, 13 Arzt- und Zahnarztpraxen, in denen 30 Ärztinnen und Ärzte tätig sind, für den Modellversuch zu gewinnen. Diese haben seit Sommer 1997 ihre Öffnungszeiten berufstätigen- und frauenfreundlich verändert. Die Praxen, die am Modellprojekt teilnehmen, können bei der Kassenärztlichen Vereinigung bzw. bei der Zahnärztekammer erfragt werden. Außerdem war es den Arztpraxen, nicht aber den Zahnarztpraxen erlaubt, ihre neuen Sprechzeiten durch ein Zeitungsinserat bekannt zu machen. Dieses Modellprojekt wurde inzwischen evaluiert. Um die Erfahrungen der Modellpraxen auch anderen Ärztinnen und Ärzten zugänglich zu machen, wurde mit der Kassenärztlichen Vereinigung und der Zahnärztekammer Kontakt aufgenommen und ihnen die Evaluierungsergebnisse zur Verfügung gestellt.

Größtes Problem: die Kinderbetreuung

Die Befragung berufstätiger Mütter ergab für den Bereich der Kinderbetreuung, dass hier nicht nur zusätzliche Zeiten, sondern vor allem zusätzliche Dienstleistungsangebote gewünscht wurden, mit deren Hilfe der Zeitstress gemildert werden kann.

Für Betreuungsangebote an Samstagvormittagen wurde modellhaft ein Projekt mit Vätern initiiert, die zunächst unter Anleitung und jetzt selbstorganisiert die Kinderbetreuung übernehmen.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Eine besonders große Nachfrage berufstätiger Mütter wurde im Hinblick auf eine Versorgung von Schulkindern mit Mittagessen festgestellt, und zwar besonders dann, wenn diese aus dem Hortalter heraus sind. Bei einer Kontaktaufnahme mit allen SchulleiterInnen bestätigten mehr als zwei Drittel diese Elternwünsche und waren bereit, in ihrer Schule eine Bedarfserhebung durchzuführen. Diese ergaben je nach Schultyp und Schulgröße einen Nachfrage von 25 bis 100 Mittagessen pro Tag. Von den interessierten Schulen konnten bisher folgende Projekte umgesetzt werden: In fünf Schulen wurden Mittagstische aufgebaut, in einer weiteren Grundschule besteht eine Kooperation mit einem benachbarten Kindergarten.

Neben dem Mittagstisch wurden insbesondere Betreuungsangebote in Notsituationen, wie z.B. bei Krankheit des Kindes oder der Mutter, sowie flexible Betreuungsangebote, z.B. stunden- oder tageweise, gewünscht. Hierfür konnte der Verein Jung und Alt in Zuwendung e.V. in Hohenfelde zu einer Teilnahme am Modellprojekt gewonnen werden. Das Interesse dieses Vereins liegt in der Förderung des Dialogs und der gegenseitigen Hilfeleistung zwischen den Generationen. Der Verein hat seine Öffnungszeiten, in denen Kinderbetreuung in Notfällen vermittelt wird, ausgeweitet. Das Mütterzentrum Hohenfelde will nach dem Bezug von neuen Räumen flexible Betreuungszeiten nach Absprache mit den Müttern anbieten und zwar in der Zeit von 7:00 bis 19:00 Uhr. Neben diesem Betreuungsangebot gibt es an bestimmten Tagen auch einen Mittagstisch für Eltern und Kinder.

Gibt es innerhalb der Bundesrepublik Kooperationen?

Das Hamburger Projekt wurde im Kooperationsverbund mit den Städten Hannover und Bremen, die sich ebenfalls mit städtischer Zeitpolitik befassen, als weltweites Projekt der EXPO 2000 registriert. Außerdem ist es als beispielhaftes Projekt in den europäischen Studiengang „EUREXCTER-Zeiten und Qualität der Stadt“ eingebunden. Dieser Studiengang, der sich an Praktikerinnen und Praktiker vor allem aus der öffentlichen Verwaltung richtet, ist ein Gemeinschaftsprojekt des Spitzenverbandes der europäischen öffentlichen Arbeitgeber und des Europäischen Gewerkschaftsbundes und wird aus Mitteln des Europäischen Sozi-

Das Besondere an „Zeiten der Stadt“ ist, dass es als Aktionsforschungsprojekt durchgeführt wird: Auf Untersuchungsergebnisse folgen gleich Taten!

al- und des Europäischen Regionalfonds grundfinanziert. Zunächst waren Universitäten in den Städten Hamburg, Mailand und Paris und beteiligt. Seit Sommer 1998 werden außerdem Studienmöglichkeiten in Irland und Spanien angeboten.

Und last but not least wurde „Zeiten der Stadt“ auch als Projekt in die Kommunale Agenda 21 Hamburg aufgenommen.

Das Gesamtprojekt wird Mitte 2000 ausgewertet und umfangreich dokumentiert. Es wird hoffentlich nicht nur in

den Kooperationsstädten Hannover und Bremen Nachahmung finden.

spw

Literatur:

Belloni, C.M.: Die Verwendung der täglichen Zeit in italienischen Städten, in: Frauen in Europa. B.f.R. u. Landeskunde (Hg.), Bonn 1995, S. 61 – 73.
 ÖTV (Hg.): Le donne cambiano i tempi. Die Zeiten der Stadt. Dokumentation einer Bildungsreise, Hamburg 1995.
 Zahrt, Angelika: Zeitvergessenheit und Zeitbesessenheit der Ökonomie – und ihre ökologischen Folgen, in: Held, M. u. Geißler, K.(Hg.): Ökologie der Zeit, Stuttgart 1993, S. 111 – 120.

Öffnen allein genügt nicht

Zur neuerlichen Debatte über den Ladenschluss

von Konrad Gilges*

Es ist wieder einmal so weit. Mit großer Hingabe wird seit Monaten über die Zukunft des Ladenschlusses diskutiert. Dabei ist es zum Beispiel in Berlin zu beinahe irrwitzigen Situationen gekommen, denn jedes Wochenende wird ein neuer Vorwand, ein Brunnen-Fest oder ähnliches, organisiert, um Öffnungen an Samstag oder Sonntag zu rechtfertigen. Inzwischen sprechen sich auch Teile der Grünen (so auf dem Landesparteitag der Berliner Grünen Mitte Dezember) und der SPD für eine großzügigere Freigabe der Öffnungszeiten aus.

Die Inhalte der aktuellen Debatte entsprechen dabei denen aus dem Jahre 1996, als zuletzt das Ladenschlussgesetz geändert wurde, bis ins Detail. Die SPD-Bundestagsfraktion hat damals die Änderung für falsch gehalten. Die von uns angemeldeten Zweifel hinsichtlich Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung haben sich bestätigt. Das belegen die 1996 versprochenen Gutachten zu den Auswirkungen der Änderung, die jetzt vorliegen, eindrucksvoll. (Vgl. spw 6/99, S. 24-26, Anm. d. Red.)

Seit jeher ist es der Grundgedanke des Ladenschlusses, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor unbilliger Ausbeutung zu schützen und zu verhindern, dass sie zur Verfügungsmasse der Arbeitgeber und Besitzenden werden.

Die Diskussionen der letzten Monate zeigen aber zugleich, dass es großen Bedarf an einer breiten Debatte darüber gibt, wie wir zukünftig leben und arbeiten wollen. Wir sollten daher die aktuelle Auseinandersetzung über das Ladenschlussgesetz als ergebnisoffenen Prozess hinsichtlich der Notwendigkeit einer Neuregelung sehen und den Dialog mit allen gesellschaftlichen Interessengruppen suchen.

Drei Aspekte sind in der aktuellen Debatte meines Erachtens von besonderer Bedeutung:

- der ArbeitnehmerInnenschutz,
- die sozialen und kulturellen Aspekte (welche konkreten Auswirkungen hätte eine Änderung, z.B. „Läden auf, Behörden zu“?) und

Foto: Christian Kiel (Berlin)



- die Verbraucher-, Arbeitnehmer- und die Unternehmensinteressen.

Ladenschluss ist ArbeitnehmerInnenschutz

Betrachten wir den ersten der drei Punkte, so stellt sich unweigerlich die Frage: wissen die Befürworter der Freigabe eigentlich, was sie tun? Anscheinend nicht, denn kaum jemand weiß um den Hintergrund des Ladenschlussgesetzes. So wird wieder einmal der Eindruck erweckt, als könnte man es allein vor einem wirtschaftlichen Hintergrund sehen und bewerten. Das ist ebenso einäugig wie falsch. Denn von seiner Idee und Geschichte her handelt es sich um ein ArbeitnehmerInnenschutzgesetz. Seit jeher ist es der Grundgedanke des Ladenschlusses, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor unbilliger Ausbeutung zu schützen und zu verhindern, dass sie zur Verfügungsmasse der Arbeitgeber und Besitzenden werden. Das belegen die Protokolle der Reichstagsdebatten aus dem Jahre 1900, als erstmals der werktägliche Ladenschluss gesetzlich geregelt wurde. Schon damals sollte das Gesetz Arbeitszeiten verhindern, die die Familien der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zerstört hätten. Um diesen Grundgedanken ging es auch bei allen Neuregelungen und Diskussionen in den 50er und 60er Jahren.

Die entscheidende Frage für uns lautet daher auch heute: müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschützt werden? Und unsere Antwort ist eindeutig ja. Es spricht für soziale Arroganz, dass die Gruppe der Betroffenen aus den Überlegungen, die Öffnungszeiten zu liberalisieren, vollkommen ausgeblendet sind. Man muss sich nur die Beschäftigten einmal genauer ansehen, um die es hier geht. Es handelt sich zur überwiegenden Mehrheit um Frauen. Wie aber sollen Alleinerziehende ihre Kinder versorgen, wenn die Läden bis weit in den Abend geöffnet haben, aber die Betreuungseinrichtungen um 16.00 oder 17.00 Uhr schließen (vgl. den zweiten der oben genannten

* Konrad Gilges, Köln, ist SPD-Bundestagsabgeordneter und Berichterstatter im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung für das Ladenschlussgesetz.

drei Punkte)? Und auch die Familien werden unter einer weiteren Flexibilisierung zu leiden haben. Diese Nachteile müssen wir auch mit den Einkommen in diesem Bereich in Verbindung bringen. Denn die Löhne sind ausgesprochen niedrig. Wer mit 2000 DM im Monat nach Hause geht, hat schon Glück gehabt.

So zeigt sich einmal mehr die soziale Kälte der angeblich so modernen Liberalisierer. Und es zeigen sich unterschiedliche Vorstellungen von gesellschaftlicher Kultur. Wir sagen, dass die Gesellschaft nicht ausschließlich wirtschaftlichen Zwängen und dem Gewinnstreben unterworfen werden darf. Darin sind wir uns einig mit den Kirchen und den Gewerkschaften. Für uns heiligt nicht die Gewinnerwartung fast jedes Mittel!

Fakten und Gutachten

Damit komme ich zum dritten Punkt. Es ist nicht redlich, die Aufhebung des Ladenschlusses mit erwarteten höheren Gewinnen und neuen Arbeitsplätzen zu begründen. Schon 1989 und 1996 lagen diese Argumente voll daneben. Es wurde erklärt, dass durch längere Ladenöffnungszeiten mehr Kaufkraft mobilisiert würde. Ifo sprach 1995/96 von einem „zusätzlichen Marktpotential“ in einer Größenordnung von 20 Milliarden DM – tatsächlich ist der Umsatz seit 1994 real um 1,7 Prozent gesunken. Besonders grotesk war diese Argumentation auch, weil die Regierung, die den Ladenschluss geändert hat, es gleichzeitig zu verantworten hatte, dass die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über viele Jahre hinweg gesunken ist – zum Leidwesen des Einzelhandels. Öffnen allein genügt also nicht.

Wie falsch die Argumentation war und ist, belegen die Anfang Oktober 1999 veröffentlichten Gutachten der Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs) und des ifo-Institutes München. Letzteres spielt übrigens in dieser Debatte eine überaus fragwürdige Rolle, denn obwohl alle Prognosen des Institutes sich als falsch erwiesen haben, tritt es völlig unbeeindruckt von den selbst zu Tage geförderten Fakten unverdrossen für die Freigabe der Öffnungszeiten ein. Die Gutachten beweisen, dass auch das zweite Argument, nämlich dass durch längere Ladenöffnungszeiten Arbeits-

plätze geschaffen würden, völlig falsch ist. Das genaue Gegenteil ist eingetreten. Im Untersuchungszeitraum sind Zehntausende Arbeitsplätze (sechs Prozent) im Einzelhandel abgebaut worden. Und: Vollzeitarbeitsplätze nehmen mehr und mehr ab, bereits ein Viertel arbeitet bereits in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen.

Hinzu kommen andere Fragen, auf die die Anhänger der Freigabe der Öffnungszeiten Antworten geben müssen:

- Wird es zu noch mehr Konzentration von Großunternehmen kommen?
- Verlagern sich mehr Betriebe aus den Stadtzentren ins Umland?
- Findet eine Konzentration in den Stadtzentren statt?
- Leidet das Angebot in kleineren Stadtteilen?

Entsprechende Trends sind bereits absehbar. Denn von der Gesetzesänderung 1996 haben einzig und allein Großunternehmen profitiert, die große Verkaufsflächen mit geringer Personalbesetzung aufweisen. Diese Entwicklung stellt eine ernste Gefahr für unserer Städte, aber auch für unsere gesellschaftliche Kultur dar, wenn Einkaufen eines Tages nur noch auf der grünen Wiese stattfindet und die noch lebendigen innerstädtischen Einkaufsgebiete verödet sind. Der Verdrängungswettbewerb gegen die kleineren und mittleren Fachgeschäfte ist bereits in vollem Gange.

Die Bundesregierung hat eine vernünftige Vorgehensweise vorgeschlagen, die wir unterstützen. Denn wir sehen im Moment keinen akuten Handlungsbedarf. Wir werden zunächst im Detail die vorgelegten Gutachten prüfen und dann das Gespräch mit allen Betroffenen – aus dem Handel, den Gewerkschaften, den Kirchen oder den Familienverbänden – suchen. Danach werden wir prüfen, inwieweit eine Änderung des Ladenschlussgesetzes mit dem weiteren Bestand sozialer Schutzgesetze in Einklang zu bringen ist. Wir sind grundsätzlich der Überzeugung, dass Sozialgesetzgebung auf diese Schutzfunktion, auf ihre Akzeptanz und dann auch auf ihren ökonomischen Nutzen hin geprüft werden muss.

spw

Es spricht für soziale Arroganz, dass die Gruppe der Betroffenen aus den Überlegungen, die Öffnungszeiten zu liberalisieren, vollkommen ausgeblendet sind.

*„...gebraucht die Zeit, sie geht von hinnen, doch Ordnung lehrt euch Zeit gewinnen!“
(J.W.Goethe, Faust)*

Wie sehr wir uns auch beeilen, wir werden die vergangene Zeit nicht einholen. Wir können die Zeit managen, um effizienter zu arbeiten, mehr Aufgaben zu übernehmen oder mehr Freizeit zu haben. Doch die Entscheidung, ob wir mit den Ergebnissen der Zeiteinteilung unseres Tagwerkes zufrieden sind, hängt neben den Zeitmanagementstrategien wesentlich von unserer Grundhaltung gegenüber der Zeit ab. Ob Zeit für uns ein kostbares und allzu knappes Gut, oder ausreichend vorhanden ist, hat einen wesentlichen Einfluss auf unsere Lebensqualität. Und diese bestimmt sich nicht allein durch die quantitative Bewältigung anstehender Aufgaben.

Unsere Uhren bestimmen uns die Zeit...

Haben Sie schon einmal die Uhren in Ihrer Wohnung gezählt?

Arm an Zeit und reich an Uhren

Grenzen des Zeitmanagements

von Mario Sander*

Es gibt fast keinen Raum mehr, der ohne Uhr ist; schon gar kein technisches Gerät ist ohne dieses Wunderwerk, zu dem die Alten „Chronometer“ sagten, ausgestattet. Dazu trägt jede und jeder noch eine am Handgelenk. Die innere und die äußere Uhr sicher aufeinander

* Mario Sander, Managementtrainer und Organisationsberater, Geschäftsführer der Sander-Consulting

Foto: Christian Kiel (Berlin)



abzustimmen, gelingt uns nur bei strenger Gewohnheit, so dass die Verlässlichkeit unseres Zeitgefühls trotz der Vielzahl unserer Chronometer beschränkt bleibt. Wer auf das ersehnte Treffen mit dem oder der Liebsten wartet oder im Wartezimmer der Arztpraxis seinem Befund entgegen sieht, bei dem versagt oft das Zeitgefühl. Wir erleben

Erst durch eine Uhr wird Zeit zur objektiven Größe stilisiert und völlig verkannt, dass unser Handeln, wie auch unser emotionales Erleben anderen Rhythmen folgt.

Zeit situationsabhängig und ausgesprochen subjektiv und in den beschriebenen Situationen als unerträglich lang. Hingegen sich das Erleben im Wartezimmer sofort verändert, wenn man ein spannendes Buch dabei hat oder einen

alten Bekannten trifft. Erst durch eine Uhr wird Zeit zur objektiven Größe stilisiert und völlig verkannt, dass unser Handeln, wie auch unser emotionales Erleben anderen Rhythmen folgt.

Die hieraus erwachsenen Widerstände gegen die Vergänglichkeit, die Uhren symbolisieren, sind vielfältig: Ein märchenhafter Befreiungsschlag menschlichen Handelns von der Zeit ist der Versuch, sich dem ewigen Jungbrunnen zu verschreiben. Menschen lassen sich zu Lebzeiten einfrieren, um nach 100 Dornröschen-Jahren wieder zum Leben erweckt zu werden. Leider führen

diese Versuche eher dazu, sich der Zeit als „Macht der Vergänglichkeit“ zu unterwerfen. Im Gegenzug gab es seit der Erfindung der Turmuhr unzählige Versuche, die Zeit als Waffe einzusetzen. In den meisten Fällen hat die Zeit – mit ihrer positiven Eigenschaft der Unbestechlichkeit – über Zorn, Liebeskummer, Trennungsschmerz und den Verlust der goldenen Kugel am Brunnen sowohl leise als auch triumphierend gesiegt. „Denn selbst eine stehengebliebene Uhr zeigt noch zweimal am Tag die Zeit an“, sagt Alfred Polgar, „es komme nur darauf an, wann man hinschaut.“

Das Dilemma unserer Zeit-Strategien

Um effizient zu arbeiten, müssen wir unsere Zeit strukturieren. Karlheinz Geißler hat dazu „vier Zeitstrategien“ benannt. Sie beschreiben je eine Umgangsform mit der vorhandenen Zeit und stellen gleichzeitig Überzeugungen dar, die sich im Umgang mit Zeit und Menschen widerspiegeln.

1. Nachdem unsere Datenübertragung die schnellste Form der *Beschleunigung* erreicht hat, die der Lichtgeschwindigkeit, können wir nichts mehr beschleunigen. Mit der Beschleunigung, sagt Geißler, sind wir zum ersten Mal an ein wirkliches Ende gekommen. Als praktisches Beispiel sei hier die Entwicklung der Beschleunigung im Verhältnis zur Zeitersparnis auf der Bahnlinie Hamburg-Berlin genannt: Der „Fliegende Holländer“ hatte 1930 eine Fahrzeit von 194 Minuten (3,14 Stunden) bei einer durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit von 91 km/h. Genau 55 Jahre später, also 1995 betrug die Fahrzeit nur noch 2,59 Stunden. Das entspricht einer Beschleunigung von 91 km/h auf 99 km/h und einer Zeitersparnis von 15 Minuten.

Im Jahre 1999 reduzierte sich die Fahrzeit auf 2,22 Stunden bei einem Tempo von 125 km/h. Mit einem ungeheuren Energie-, Kosten- und Ressourcenaufwand bräuchte der Transrapid nur noch eine Stunde. Das entspricht einer Beschleunigung um 175 km/h mit einer vergleichsweise niedrigen Zeitersparnis von nur 82 Minuten (1,22 Stunden) Der Realisierungsaufwand würde laut Deutscher Bahn AG über mehrere Jahre 5 Mio. DM pro Tag kosten und somit den Potsdamer Platz als Deutschland größtes und teuerstes Bauvorhaben noch in den Schatten stellen.

Fazit: Die Zeitersparnis wächst nicht proportional zur Beschleunigung und ist mit einem sehr hohen Aufwand (materiellen wie immateriellen) verbunden!

2. Die *Vertaktung* bedeutet, den eigenen *Arbeitsrhythmus dem der Maschine anzupassen*, schneller in den Ergebnissen zu werden und sich gegen menschelnde Ausfälle abzusichern. So überlegte die Firmenleitung eines aufsteigenden mittelständischen Unternehmens, Roboter zu kaufen und die Frauen zu entlassen, weil Roboter zuverlässiger, schneller und störungsfreier am Fließband arbeiten als die alteingesessenen und erfahrenen Frauen.

3. Die *Zeitkontrolle* ist hinsichtlich des Einflusses von Uhren schon angeschnitten worden. Eine andere Form der Zeitkontrolle ist die Stechuhr. Sie schafft Objektivität über die Anwesenheitszeit, erfasst Arbeitsunterbrechungen sowie die Gesamtarbeitszeit für den Monat und das Jahr. Interessanterweise ist die Kritik an dieser Arbeitszeiterfassung sehr schnell nach deren Einführung aufgeflammt. Kern der Diskussion bestand darin, zu behaupten, dass Anwesenheit nicht gleich Produktivität bedeutet und somit das Kriterium der „genutzten Zeit“ nicht ausreichend berücksichtigt ist.

4. Die *Entrhythmisierung* – also Störungen im Rhythmus unserer Lebensgewohnheiten kennen wir im Alltag als „Jet-lag,“ das uns tagelang mit einem durcheinandergekommenen Biorhythmus konfrontiert. Andere Beispiel sind Schichtdienste, die Nachtarbeit abverlangen, aber auch die alljährliche Eingewöhnung der Sommer- und Winterzeit, die nicht nur den Tieren in der Landwirtschaft Probleme bereitet. Viele Strömungen aus der Esoterik wirken der Entrhythmisierung bewusst entgegen. So werden bspw. unter Beachtung der Naturgesetze, die sich in Phänomenen wie Ebbe und Flut niederschlagen, auch Zimmerpflanzen gegossen, Haare geschnitten und Arztbesuche gelegt. Den hier geltend machenden Einfluss hat, laut Fachwelt, der Mond.

Diese vier Zeitstrategien sind Ausdruck und Ursache für die Entkopplung der äußeren von der inneren Uhr des Menschen. Wir leben in einer Zeit, in der alles schnell gehen muss. Es stellt sich die Frage, wie wir in unserer wohlhabenden und an Überfluss berstenden Gesellschaft so süchtig nach Effizienz und Perfektionismus und dabei so ungeheuer arm an Zeit werden konnten.

Gehören Effizienz und Zeitarmut zusammen?

Der ewige Run auf die Geschwindigkeit, immer schneller zu werden, immer effektiver zu arbeiten und sich dabei immer weniger zu bewegen, ist hinlänglich bekannt. Auch die Regenerationszeiten sind nicht nur verkürzt, sondern beschleunigt. Dauerte früher die Kur für den gestressten Parteifunktionär noch sechs Wochen, so reichen heute laut Krankenkasse zweieinhalb Wochen völlig aus! Einen Zuegewinn an Lebensqualität können wir bei steigender Effektivität nicht automatisch verzeichnen. Heinrich Böll hat dies in einer eindrücklichen (hier nacherzählten) Geschichte beschrieben:

Ein Mann liegt in der Sonne, erholt sich vom Fischen und hat nicht allzu viel im Netz. Gerade soviel, dass seine Familie davon eine Mahlzeit bekommt und der Katze genug zum Überleben bleibt. Die Netze sind geflickt und das Boot ist gereinigt. Ein Schläfchen ist angesagt. Da kommt ein deutscher Urlauber dahergelaufen.

„Sie sind sicher der Fischer. Wissen sie, ich glaube Sie könnten ein wunderbares Leben haben.“ Sie müssten jetzt weiter fischen, auch wenn sie vermutlich wenig fangen. Dann sollten sie am Nachmittag und am Abend noch einmal rausfahren. Bald können sie sich einige Knechte anheuern, die ihnen helfen. Sie werden viele Fische fangen und verkaufen können. Von dem Geld kaufen Sie sich neue Boote und können sich ein tolles Haus am See bauen.“ „Aber warum sollte ich das machen“, fragte der Fischer. Unserem Westeuropäer tritt angesichts dieser Frage der Schweiß auf die Stirn. „Ja, dann könnten Sie auf der Terrasse Ihres neuen Hauses in der Sonne liegen und auf den See gucken!“ Daraufhin der Fischer: „Lieber Freund, das tue ich doch jetzt schon!“

Wir haben immer weniger Zeit und damit einhergehend immer weniger Kontakt zu anderen Menschen, geschweige denn Zeit zum Faulenzen, Nachdenken und Regenerieren. In meinen Zeitmanagementseminaren wird ein „regelmäßiger Termin mit sich selbst“ als ausgesprochen schwierig befunden. Zwar denken wir im Zeitalter der Moderne, über Raum und Zeit verfügen zu können, doch scheitern wir oft an der Schwelle der Langsamkeit. Das Licht auf den Straßen, in den Geschäften bleibt über Nacht an, Maschinen laufen ohne Pause ebenso wie Kraftwerke und Krankenhäuser. Offensichtlich gehören Effizienz und Zeitarmut zusammen. Wenn wir immer alles schneller und

noch besser erledigen wollen, dann frisst die Umsetzung unsere Zeitreserven auf. Bei den knappen Auszeiten, wie Wochenenden und Urlaub, ist der Wechsel vom taktierten Alltag eine akute Belastung des Körpers und der Psyche, so dass auch in diesen Zeiten vorsorglich Beschäftigung gebucht wird. Ein Grund, weshalb sich die Freizeitindustrie zum boomenden Geschäft mit dem Zeitpart der Regeneration entwickelt hat. Sie soll uns vor dem Nichtstun schützen, denn nichts zu tun impliziert offensichtlich Wert- und Sinnlosigkeit.

Zeitdiebe haben sich als Freunde getarnt

Wenn wir davon ausgehen, dass Arbeit und Pause wie in der Musik in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen, stoßen wir im Alltag immer wieder auf Zeitdiebe. Als Zeitdiebe bezeichnen wir jene Tätigkeiten und Menschen, die viel vom kostbaren Gut verbrauchen, ohne uns einen Gegenwert zu vermitteln. Allen voran steht das Fernsehen, gefolgt vom Computer und seinen Tücken, dann kommt das Auto und der Stau und dann später, viel später kommen wir in den Bereich, indem sich Menschen gegenseitig durch endlose Sitzungen und Diskussionen um Nichtigkeiten die Zeit stehlen.

Michael Ende, in dessen Erfolgsroman „Momo“ die Zeitdiebe als „graue Männer“ personifiziert sind, schreibt:

„Aber die Zeit ist Leben und das Leben wohnt im Herzen und je mehr Menschen daran sparten, desto weniger hatten sie.“ Unsere Bereitschaft, Herr und Frau Wichtig zu spielen, treibt bisweilen tödliche Blüten. Nehmen wir den engagierten und erfolgreichen Kommunalpolitiker Herrn Dr. Schnell. Vor zwei Jahren hatte

er den richtigen Riecher. Eine kurze, aber prägnante Rede und ein guter Draht zum Volk ermöglichten ihm, in kürzester Zeit ein beeindruckendes Wahlergebnis zu erzielen. Eine angenehme Arbeitskultur mit einer ungeheuren Schnelligkeit machten ihn bekannt, beliebt und erfolgreich. Urlaub hat er in vier Jahren nicht gemacht. Die letzten Termine am Tag liegen eine Stunde vor Mitternacht und morgens steht ist er vor dem Aufstehen unterwegs in Sachen Partei. Alte Freunde haben ihn lange nicht mehr gesehen, die langjährige Freundin hat sich getrennt. Er verlangt sich in hoher Selbstdisziplin immer mehr ab. Sein Time-Planer gibt ihm Struktur und seine Sekretärin und Assistentinnen arbeiten ohne Ende. Dann auf einmal bleibt die Zeit für ihn stehen. Er erwacht im Krankenwagen. Zu diesem Zeitpunkt hat er seinen körperlichen Tiefpunkt schon überlebt – der psychische hält noch Wochen an. In dieser Zeit muss er schmerzlich lernen, wie schnell er ersetzbar ist und dass, wenn auch alles anders und vielleicht sogar schlechter läuft, die Zeit unbeirrt weitergeht. Er hat den Wettlauf verloren.

Dennoch war sein Pensum innerhalb eines Tages nicht zu schaffen. Er bräuchte mindestens noch vier Stunden zusätzlich und weniger als vier Stunden Schlaf haben ihm das Aus beschert. – Übrigens hat die durchschnittliche Schlafdauer in den letzten 100 Jahren um 20% abgenommen. –

Die Weisheit vom besseren Umgang mit der Zeit

Damit es nun nicht allen ergeht wie Kommunalpolitiker Schnell, wenden sich gerade politisch tätige Menschen

Es stellt sich die Frage, wie wir in unserer wohlhabenden und an Überfluss berstenden Gesellschaft so süchtig nach Effizienz und Perfektionismus und dabei so ungeheuer arm an Zeit werden konnten.

(I) Dringend – Wichtig Sofort tun	(II) Nicht dringend – wichtig Regenerationsquadrant Später
(III) Dringend – nicht wichtig Delegieren	(IV) Nicht dringend – nicht wichtig Papierkorb

den Geheimnissen des Zeitmanagements zu. Was schlagen die weisen Zeitmanager vor, wie mit Effektivitätswahn, Zeitdieben und Strategien der Zeit umzugehen ist? Viele trojanische Pferde sind in die Zeitarena als Zeitretter getragen worden: Checklisten, Zeitplanbücher, PC-Programme und Palm-Pilots helfen Ordnung zu halten und verschaffen uns Überblick, damit wir uns von den vielfältigen Aufgaben nicht erschlagen lassen müssen. Telefone, Faxe, e-mails und voice-mails lassen die Kommunikation im Informationszeitalter ins Zentrum des Handelns treten. Dank der technischen Bedingtheit ist diese Zeitnutzung in aller Regel eine Zeitersparnis im Sinne der Beschleunigung.

Pareto-Prinzip, Alpen-Methode, Eisenhower-Quadrat, Delegationsprinzip und biologische Uhr sind die Zutaten. Wer sie einübt und anwenden kann, dem wird versprochen,

mindestens eine Stunde am Tag zu sparen. Das funktioniert tatsächlich. Allerdings gibt es eine Voraussetzung, die erfüllt sein muss: Man muss einen persönlichen Zeitgewinn wollen und man muss geplant haben, was man mit der gewonnenen Zeit anfangen will.

Zum Scheitern verurteilt sind

Zum Scheitern verurteilt sind alle Zeitmanagementstechniken, wenn sie ausschließlich zu Beschleunigung oder zur effizienteren Vertaktung genutzt werden sollen.

alle Zeitmanagementstechniken, wenn sie ausschließlich zu Beschleunigung oder zur effizienteren Vertaktung genutzt werden sollen. Denn: Was werden Sie mit der freien Stunde anfangen? Sie werden noch mehr arbeiten und wie beim Hungern gibt es den Jojo-Effekt. Sehr schnell reicht diese Zeit für die vorhandenen oder übernommenen Arbeiten nicht mehr aus und sie müssen wieder eine Stunde mehr Zeit haben – doch unser Zeitvorrat ist nicht unbegrenzt, und so wird der Zeitmangel bei Mehrarbeit noch schneller eintreten.

Das Wichtige zuerst!

Es gibt eine Managementhilfe aus dem klassischen Zeitmanagement, auf die Steven Covey in seinem Buch: „Sieben Wege der Effektivität“ hinweist. Grundlage bildet das sogenannte Eisenhowerquadrat mit seinen vier Feldern in den Achsen „Wichtig“ und „Dringend“.

- Im ersten Quadranten sind alle Aufgaben gleichermaßen wichtig und dringend, haben also höchste Priorität. Das hat eine erhebliche Dauerstressbelastung zur Folge. Dazu gehören Krisenmanagement, Reparaturverhalten und Fremdbestimmung. Dr. Schnell ist ein typischer „Quadrant I -Arbeiter“.
- Aufgaben des zweiten Quadranten werden aufgrund ihrer Nicht-Dringlichkeit auf die lange Bank geschoben: „Wenn ich einmal Zeit und Muße habe, nehme ich mir Zeit für das Wichtige...“. Um dem Burnout vorzubeugen, gehören Reflexion über Bestehendes, Entwicklung neuer Möglichkeiten und Perspektiven ebenso dazu, wie die Pflege von langfristigen Beziehungen und

Kontakten. Der Erhalt der körperlichen und geistigen Fitness im Sinne der eigenen Produktionskapazität hat hier ebenso ihren Platz.

- Im dritten Quadranten steht die Dringlichkeit im Vordergrund. Es geht um kurzfristige Aktivitäten, zu denen Telefonanrufe, Ablenkungen und Unterbrechungen, mancherlei Post, beliebige Konferenzen und Sitzungen gehören.
- Im vierten Quadranten gibt es weder Wichtiges noch Dringendes. Deshalb trägt dieser oftmals das Zeichen des Papierkorbs. Zeitverschwender und –räuber, wie PC Abstürze durch Spielinstallationen, spontane Diskussionen, endlose Telefonate haben hier ihren Platz.

Effektives Management bedeutet, das Wichtige voranzustellen

Dies findet sich als häufigster Faktor bei langfristig erfolgreichen Menschen. Einige Grundvoraussetzungen seien genannt: Es ist unbedingt notwendig, nicht nur die Unterscheidung zwischen dringend und wichtig zu treffen, sondern auch zu entscheiden, was ist unwichtig! Die Konsequenz muss dann heißen, zu unwichtigen Punkten auch klar „nein“ sagen zu können.

Eine Entscheidungshilfe kann die Vorstellung sein, dass das Wichtige aktiv von innen heraus als Bedürfnis und Engagement entsteht – sie wissen, was Ihnen gut tut und tun es aufgrund der gegebenen Dringlichkeiten doch nicht – und jene dringenden Aspekte zerran von außen, reaktiv an der Substanz.

Es ist an dieser Stelle erforderlich, alte Denkschemata zu verlassen, um in Möglichkeiten und nicht in Problemen zu denken. Natürlich ist das Zeitgut insgesamt knapp – woher sollen Sie die Zeit nehmen, um für die Aktivitäten im II. Quadranten Zeit zu finden? Sie können diese Zeit nur aus den Quadranten III und IV holen. Dazu brauchen Sie ein engagiertes lautstarkes und überzeugendes „JA“ für die Ihnen im Leben wichtigen Dinge.

Für die praktische Umsetzung wird es erforderlich sein, den roten Faden von der persönlichen Vision, den verschiedenen Rollen, Zielen, über Prioritäten bis zu den Wünschen sichtbar zu machen für die eigene Orientierung.

Ein anderer Aspekt zur beständigen Arbeit am Wichtigen ist die gleichwertige Betrachtung der verschiedenen Rollen, insbesondere beruflich und privat. Sie sichert eine Ausgewogenheit, die eine solide Grundlage für die Beanspruchung aus Quadrant I darstellen.

Zeitsouveränität und Zeitwohlstand als Lebenskultur

Entschleunigung ist das Zauberwort der Zeitgeister. Sie ist nicht ausschließlich als Verlangsamung zu sehen, sondern als (bekannte) Flexibilität, als Sicherheit und als Stabilität. Entschleunigung kann durch ein klares Bekenntnis zur Fehlerfreundlichkeit den Stress erheblich vermindern und somit zu einer ausgeprägten Zeitsouveränität führen. So gehören beispielsweise individuelle Pausenregelungen, Freistunden für kulturelle Aktivitäten während des Arbeitstages, Jahresarbeitszeitmodelle, Vertrauensarbeitszeit – ohne Stechuhr und andere Kontrolle – zu den erfolgreichen Entschleunigern und nachweisbaren Effektivitätsförderern in Unternehmen. So ist Zeitmanagement nur dann sinnvoll, wenn wir die Zeitersparnis nutzen, um uns im Regenerationsquadranten zu bewegen, abschalten vom Alltagsstress, auftanken und somit eine neue Qualität im Umgang mit unserem Kostbaren Gut „Zeit“ erleben.

spw

Die SPD steht vor einem konzeptionellen Problem. Die Siegesformel der Bundestagswahl 1998 – Innovation und Gerechtigkeit – wirkt heute hohl. Versprochen war 1998 eine Politik, die die Kräfte der Gesellschaft mobilisiert und zugleich besser integriert. Innovation und Gerechtigkeit. Im Klartext sollte dies zweierlei heißen. Erstens Aktivierung der eigenverantwortlichen Leistung, in der Wirtschaft wie auch im sozialen Engagement. Zweitens sollten die sozialen Ungleichheiten wieder abnehmen. „Am Abbau der Arbeitslosigkeit wollen wir bei der nächsten Wahl gemessen werden“, verkündete der neue Kanzler, Gerhard Schröder.

Im Wahlkampf von 1998 waren auch die sozialen Gruppen neu entdeckt worden, die diese Modernisierung tragen sollten: die Berufsgruppen der „neuen Mitte“. Das SPD-Wahlprogramm nannte sie: „hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, vorausschauende und engagierte Manager und Unternehmer, innovative und flexible Mittelständler, Handwerker und Freiberufler, mutige Existenzgründer, hervorragend ausgebildete InformatikerInnen, ÄrztInnen und IngenieurInnen, erfindungsreiche Techniker und Wissenschaftler.“

Für Schröder waren diese „gesellschaftlichen Leistungsträgerinnen und Leistungsträger“ die neuen und produktiven Kräfte der Gesellschaft, die Helmut Kohls CDU nicht mobilisieren, nicht bündeln und nicht ins neue Jahrtausend führen konnte. Ihnen bot er einen „neuen Gesellschaftsvertrag“ an, „ein großes Bündnis der Modernisierer aller gesellschaftlichen Gruppen.“ – Wirklich *aller* Gruppen?

Zunächst schien er auf diesem Weg. Am 27. September 1998 erzielten SPD und Grüne zusammen 47,6%, fast einen „Erdrutsch-Sieg“. Das waren fast 4 Prozent mehr als mit Scharping 1994, knapp 9 Prozent mehr als mit Lafontaine 1990. Die SPD alleine kam mit 40,9 wieder etwas näher an die 45,8% heran, die Willy Brandt 1973 erzielt hatte. Zusammen mit den Grünen lag sie sogar 1,8% höher. Es lohnt durchaus, einen Vergleich der neuen Mobilisierung von 1998 mit früheren Konzepten großer sozialer Bündnisse anzustellen.

I. Integrationsmodelle

In der Geschichte der Bundesrepublik haben verschiedene gesellschaftspoli-

tische Integrationsmodelle, die stufenförmig aufeinander aufbauten, einander abgewechselt. Daraus hat sich ein spezifischer „Pfad“ des westdeutschen regulierten Kapitalismus und der westdeutschen regulierten Klassengesellschaft entwickelt, der sich von den „Pfadern“ der übrigen hochentwickelten Gesellschaften unterscheidet. Der westdeutsche Pfad kann mit einigem Recht als „Arbeitnehmergesellschaft“ bezeichnet werden: durch eine nicht gleiche, aber doch bedeutsame Teilhabe der Arbeitnehmer an der Gesellschaft. Dies war mit einer Veränderung der Klassenstrukturen verbunden.

- Von 1950 bis 1990 schrumpfte der konservativ-ständische *alte Mittelstand* der kleinen Landwirte, Kaufleute und Handwerker von etwa 25% auf weniger als 5% der Bevölkerung.
- Zugleich wuchs der *neue Mittelstand* der Angestellten von 20% auf fast 60%, zu einer großen Arbeitnehmergruppe, die den alten ständischen Dünkel nach und nach aufgab und sich an die industrielle Arbeiterschaft annäherte.
- Für die *Arbeiter* schwanden die alten Merkmale der sog. „Proletariat“, d.h. die unsichere Beschäftigung, die soziale Rechtlosigkeit und die eher geringe Fachqualifikation. Durch erkämpfte Rechte, hohes Fachkönnen und relative soziale Sicherheit erlangten sie ihrerseits Standards der sozialen „Mitte“.

Die Voraussagen einer Verbürgerlichung oder blinden Konsumhörigkeit der Arbeiter erfüllten sich dadurch nicht. Vielmehr verloren die erodierenden bürgerlichen und kleinbürgerlichen Gruppen ihre Bedeutung als Leitmilieus. Dadurch verlor auch die CDU/CSU in den sechziger Jahren zum ersten Mal ihre kulturelle und politische Hegemonie an die SPD.

Der westdeutsche Pfad unterscheidet sich in wichtigen Zügen von dem Pfad der *DDR-Gesellschaft*, insbesondere von deren Modernisierungshemmnissen, die in der Übernahme des altindustriellen Stahlmodells von der Sowjetunion und in der staatsbürokratischen Blockierung der Produktivkräfte begründet lagen. Andererseits gibt es hier trotz allem etwas Gemeinsames: die DDR war, wie Wolfgang Engler es nennt, eine „arbeiterische“ Gesellschaft. In beiden Gesellschaften war, wenn auch unter verschiedenen politischen Regulierungsformen, die Arbeiterklasse in die Mitte aufgerückt, deren sichere soziale Standards zuvor dem alten Mittel-

Gibt es eine ‚neue Mitte‘?

Die gesellschaftliche Basis für eine sozialdemokratische Reformpolitik¹

von Michael Vester*

stand (den kleinen Eigentümern) und dem neuen Mittelstand (den „besseren“ Angestellten) vorbehalten gewesen waren.

Willy Brandt hat den historischen SPD-Sieg von 1972 als Erfolg eines großen Integrationskonzepts, der „Arbeitnehmergesellschaft“, und zugleich auch der Mobilisierung der Bildungsschichten erklärt. Das Modell der Arbeitnehmergesellschaft symbolisierte die Verminderung sozialer Ausgrenzung, Rechtlosigkeit und Not und eine höhere Teilhabe (fast) aller am Zuwachs der Einkommen, an Mitbestimmungsrechten, am Bildungssystem und an der Sicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter. Die Mobilisierung der Bildungsschichten symbolisierte eine tolerantere, kulturell vielfältigere Politik, die in der Außenpolitik Verständigung suchte und die nach innen mehr Teilhabe der Frauen, der Ausländer und sozialer Minderheiten sowie mehr Mitwirkung aller Bürger versprach – also das, was heute „Bürgergesellschaft“ oder „Zivilgesellschaft“ genannt wird.

Brandts Nachfolger, Helmut Schmidt, erwarb hohes Ansehen dafür, dass er vor allem den ersten Teil dieses Programms unter dem Namen „Modell Deutschland“ bis 1982 einigermaßen durch die seit 1973 die Vollbeschäftigung und den Staatshaushalt einschränkende Wirtschaftskrise steuerte. Die modernen Bildungsschichten dagegen konnte die SPD nur teilweise binden. Aus den Protesten gegen Atomkraft, Raketenrüstung und manche Arroganz der Mächtigen entstand der Rückenwind für die neue Partei der Grünen.

Schmidts Nachfolger, Helmut Kohl, gewann seine Mehrheit 1982

Sträflich ignoriert hat die neue Koalition, dass sie die untersten sozialen Milieus, denen sie den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit versprochen hatte, von Anfang an kaum mobilisieren konnte.

* Michael Vester, Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hannover.

zwar nur durch den Seitenwechsel der FDP. Aber die großen Wählerpotentiale der Union konnte Kohl dauerhaft nur halten, solange er trotz mancher Abstriche die Substanz des „rheinischen Kapitalismus“ nicht antastete. Gemeint ist das Modell sozialer Integration, das nach dem Zweiten Weltkrieg zum Erfolgsrezept konservativer Volksparteien geworden war, vor allem in den am Rhein gelegenen Kernländern der Europäischen Gemeinschaft. Alle grundlegenden sozialen Arrangements zwischen Arbeitnehmern, Unternehmern und Staat waren bereits unter Adenauer vor allem von der Metall- und Bergarbeiterchaft erstreikt und ausgehandelt worden: die Mitbestimmung, die Betriebsräte, die Vierzig-Stundenwoche und die Lohnfortzahlung für Kranke.

Jahrzehntlang hatte diese konservative Spielart der „Arbeitnehmergesellschaft“ die Abwanderung der konservativeren Arbeitnehmer von der Union zur SPD gebremst. 1998 aber verlor die Union so viele dieser Wähler, dass sie keine Mehrheitskoalition mehr bilden konnte. Der von Kohl ins Abseits gestellte CDU-Moderisierer Heiner Geißler hat Recht, wenn er diese herbe Niederlage damit erklärt, dass die Union den rheinischen Kapitalismus immer mehr durch neoliberale Experimente abgebaut hat – nicht zuletzt durch den Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall im Herbst 1996.

Die Parole der „neuen Mitte“ ist zwar eher zufällig, als Werbekonzept des Wahlkampfes von 1998, entstanden. Doch reagierte sie durchaus auch auf tiefgreifende Veränderungen der sozialen Klassenstrukturen und Milieus, die erst nach den Regierungsperioden von Brandt und Schmidt zum Tragen kamen. Verbunden wurden sie mit Begriffen wie „Dienstleistungsgesellschaft“, „Wissensgesellschaft“, „Individualisierung“ und „Postmaterialismus“. Ein Diskurs, eine Verständigung darüber, was diese Begriffe bedeuten, fand jedoch selbst im Wahljahr nicht statt. Dies hat zu einem wesentlichen Missverständnis darüber geführt, wer die „neue Mitte“ ist und wie mit ihr umzugehen ist, mit der Folge, dass sie nach dem großen Wahlsieg gründlich und nachhaltig verprellt wurde.

II. Wahlergebnisse

Die SPD gewann die „neue Mitte“ am 27. September 1998 tatsächlich. Sie zog vor allem frühere CDU/CSU-Wäh-

ler, Grün-Wähler und Nichtwähler zu sich herüber. Der Stimmenzuwachs der SPD (von 36,4% auf 40,9%) kam vor allem aus der modernen Arbeitnehmermitte; die SPD verbesserte sich bei den Arbeitern auf 48% (bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern sogar auf 61%), bei den Angestellten auf 42% (CDU/CSU 31%). Warum ist der neuen rot-grünen Koalition inzwischen die so gewonnene Mehrheit zerronnen? – Zur Klärung dieser Frage müssen wir die sozialen Milieus der Gesellschaft und ihren Wandel näher betrachten.

Sträflich ignoriert hat die neue Koalition, dass sie die untersten sozialen Milieus, denen sie den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit versprochen hatte, von Anfang an kaum mobilisieren konnte. Dies ist umso erstaunlicher, als die Milieus der soziale Unterprivilegierten, die durch geringe Ausbildung und unsichere Erwerbschancen benachteiligt sind, immerhin 12% der Bevölkerung ausmachen. Da die Arbeitsplätze geringer Qualifizierter immer mehr in die Billiglohn-Länder abwandern, stellen sie das Gros der Dauerarbeitslosen und der unsicher Beschäftigten. Eine Wahlkampagne zugunsten der Erfolgreichen, d.h. der Leistungsträger der „neuen Mitte“, und die Brandmarkung der Arbeitslosen als Leistungsunwillige und Missbraucher des sozialen Netzes empfinden sie als Hohn.

Auch wenn viele der Unterprivilegierten aus früherer Tradition noch die großen Volksparteien wählten, nahm der Anteil der Nichtwähler und der rechten Protestwähler bei ihnen zu. Die SPD konnte hier zwar frühere CDU-Wähler gewinnen, aber kaum den überdurchschnittlich hohen Anteil der resignierten Nichtwähler mindern. Die Wahlbeteiligung lag in vielen großstädtischen Problemvierteln 7 Punkte unter dem Durchschnitt. Die Rechtsextremen blieben in Bundesdurchschnitt zwar unter der 5%-Hürde. Aber sie erreichten doch 4%, bei den Arbeitslosen sogar 7% und bei den Männern unter 24 Jahren 11%.

Die Hessenwahl ging den Rot-Grünen dann nicht nur wegen der Schwäche der Grünen verloren, sondern auch deswegen, weil die SPD in den unterprivilegierten Ortsteilen und Milieus kaum mobilisieren konnte. Die Demobilisierung dieser Milieus zeigte sich noch stärker bei der Europawahl im Juni 1999, als die SPD 8 ihrer 20 Millionen Bundestagswähler verlor. Schließlich erlitt sie auch verheerende Verluste in Brandenburg (-

14,8%), im Saarland (-5,0%), in Thüringen (-11,1%) und in den Kommunen Nordrhein-Westfalens (-8,4%).

Diese hohen Verluste, meist noch an die Nichtwähler, lassen sich nun nicht mehr allein mit den Unterprivilegierten erklären. Die „neue Mitte“ selber war verprellt. – Wie ist das zu erklären?

III. Eine neue Massenpsychologie

Die Reaktion der SPD-Führung wirkte zunächst hilflos. Viele Politiker und Journalisten griffen zu massenpsychologischen Erklärungen. In ihrer Perspektive dominiert die Sorge um knappe Haushaltsmittel. Daraus wurde, vereinfacht gesagt, geschlossen, dass die Wähler nur aufs Geld aus seien. Vor allem den vermutlichen „Stammwählern“ der SPD wurden rein materialistische oder genussorientierte Motive unterstellt: man wolle nur das Geld bzw. eine lebenslange Betreuung des Staates und scheue es, selber etwas zu leisten oder Verantwortung zu tragen.

Viele blickten jetzt auf das Erfolgsrezept von Tony Blairs New Labour. Dessen Vordenker, Peter Mandelson und Anthony Giddens, rieten der SPD, sich von der „schrumpfenden Basis der traditionellen Arbeiterschicht“ zu lösen, die nur materielle Umverteilung wolle, um sich auf der komfortablen Vergangenheit auszuruhen. Stattdessen müsse man auf die neuen Dienstleistungsschichten und ihre „postmaterialistischen Werte“ – „jenseits von links und rechts“ setzen: auf Ökologie, Gleichstellung der Frauen, Multikulturalität, Pluralität der Lebensstile usw..

Im ‚Stern‘ definiert Giddens den neuen Träger der Politik noch deutlicher als Mitte zwischen den Extremen. Es geht um die Belohnung der vollbeschäftigten Leistungsträger. Sie grenzt er nach zwei Richtungen ab. Nach unten gegen die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, die aufgrund der zu hohen sozialstaatlichen Leistungen kein Motiv zum Arbeiten haben und daher die Arbeitslosigkeit hauptsächlich verursachen. Nach oben gegen die Reichen, die nur von ihrem Erbe leben: eine Umverteilung durch Erbschaftssteuer sei durchaus angebracht.

Giddens' Dreistufen-Modell enthält nicht nur eine starke Abwertung der anderen Gruppen, die, nach der alten puritanischen Arbeitsmoral, als faul, sittenlos und selbstsüchtig dargestellt werden. (Eine Rechtfertigung für das sozialdarwinistische „no pity

Auch die Dienstleistenden sind Arbeitnehmer, oft auch in unsicheren Lagen. Daher gibt es auch ein gemeinsames Interessenbewusstsein gegenüber dem Staat und den Unternehmen.

for the poor“.) Es enthält außerdem eine besondere Idealisierung der eigenen Gruppe. Sie, die Besserverdienenden, werden von der Forderung nach Umverteilung ausgenommen.

Die Diagnose mündet in einen neuen puritanischen Tugend-Diskurs. Der Staat müsse die Bürger zum Sparen und zur Verantwortung „aktivieren“ und alle Möglichkeiten des „Missbrauchs“ und der Verschwendung der sozialen Leistungen abbauen.

IV. Ein Sozialmodell nach Thatcher

Die gesamte Argumentation ist, wie auch das Schröder-Blair Papier, auf das englische Sozialmodell nach Thatcher abgestimmt. Die Labour Party vor Blair klebte tatsächlich noch am traditionellen Arbeitermilieu, das dort auch noch gut 20% umfasst (viermal soviel wie bei uns). Blair hat neue Milieus erreicht, aber ihnen auf gewisse Weise die alten geopfert.

Nach Thatcher fand er eine breite Lohnspreizung vor: unterhalb der gesicherten Arbeitnehmermitte war ein großes Spektrum „prekärer“, also ungesicherter, Arbeits- und Armutsverhältnisse entstanden. Aus dieser Not wurde nun eine Tugend gemacht: eine gewisse *Schadensbegrenzung* durch sehr niedrige Hilfssätze, die als Ansporn wirkten, sich in Niedriglohnbereichen Jobs zu suchen.

Auch viele frühere leitende Angestellte und mittlere Unternehmer im fraglos etwas unmodernen englischen Kapitalismus lagen nach Thatchers Rosskur auf der Straße und wanderten als „neue Unternehmer“ in moderne Branchen – oder auch in die neuen Billiglohnzonen. Sie werden nun als Jobgeber hofiert. Ein Wiedererstarken der Gewerkschaften gilt in diesem Modell eher als störend. Im Schröder-Blair-Papier fehlt daher auch das korporatistische Aushandlungsmodell zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, das auf dem Kontinent für sozialen Frieden – und eben auch für hohe Produktivität – sorgte.

V. Die Milieus der Arbeitnehmersgesellschaft

Die neuen massenpsychologischen Theorien beruhen zum größten Teil auf Rückschlüssen, die – wie früher im orthodoxen Marxismus – aus den wirtschaftlichen Veränderungen abgeleitet sind. Direkte Untersuchungen der sozialen Lagen und Mentalitäten (die bei diesen Theorien fehlen) stützen eine ganz andere These.

Richtig ist zwar, dass der Anteil der Dienstleistungen enorm zugenommen hat. Die Angestellten sind heute mit fast 60% gegenüber den industriellen Arbeitern (37%) in der Mehrheit. Aber dies ist nur eine *horizontale Verschiebung* zwischen den Wirtschaftszweigen. Die vertikale Ungleichheit ist dadurch nicht verschwunden. Auch die Dienstleistenden sind Arbeitnehmer, oft auch in unsicheren Lagen. Daher gibt es auch ein gemeinsames Interessenbewusstsein gegenüber dem Staat und den Unternehmen.

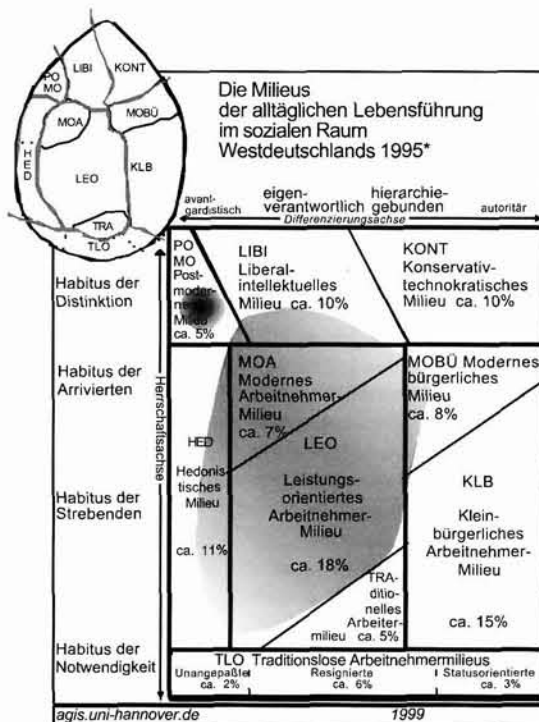
Die *Arbeitnehmermilieus* bilden mit 76% die große Mehrheit der Bevölkerung. Nach ihrer Mentalität teilen sie sich in verschiedene Einzelmilieus. Diese Unterteilungen richten sich aber nicht danach, ob sie Dienstleistende sind, sondern eher nach ihrem Qualifikationsniveau, das wiederum wesentlich von der kulturellen Tradition des jeweiligen Milieus abhängt. Die Milieus sind in gewissem Sinne die *Nachfahren* der früheren Stände, Klassen und Schichten. Konkret drückt sich dies in den drei großen, in sich weiter unterteilten Milieu- und Mentalitätstraditionen etwa folgendermaßen aus.

- Zur *facharbeiterischen Traditionslinie* (ca. 30%) gehören Arbeiter und Angestellte, die eigenverantwortliche und qualifizierte Facharbeit leisten und dafür aber auch nicht als Untertanen im Betrieb behandelt werden wollen.
- Zur *kleinbürgerliche Traditionslinie* (ca. 23%) gehören Arbeiter und Angestellte, für die Pflichterfüllung und die Einordnung in Hierarchien wichtig sind. Aber dafür erwarten sie im Gegenzug auch Fürsorge und soziale Verantwortung von den Unternehmern und Vorgesetzten.

Beide Milieutraditionen, die immerhin die gute Hälfte der Bevölkerung bilden, verstehen also die Arbeitnehmersgesellschaft als einen Pakt auf Gegenseitigkeit. Die facharbeiterische Linie erwartet Leistung gegen Leistung, die kleinbürgerliche Loyalität gegen Loyalität. Von der beschworenen verantwortungslosen Hängematten-Mentalität kann keine Rede sein.

Auch mit den beiden übrigen Arbeitnehmersmilieus ist es nicht so einfach. Sie sind tatsächlich nicht so definitiv in die Arbeitswelt integriert. Aber dies hat weniger „massenpsychologische“ als strukturelle Gründe.

- Zum einen gibt es die stark *erlebnisorientierten Jugendmilieus* (ca. 11%), die aus den Kindern der ge-



nannten großen Traditionslinien bestehen. Sie befinden sich in der jugendtypischen Phase der Rebellion gegen die Leistungs- und Pflichtethik der Eltern. Dies zeigt sich vor allem in der Freizeit, während sie ansonsten doch zur Schule, zur Hochschule und zu ihren Jobs gehen und übrigens die arbeitnehmerischen Werte teilen.

- Zum anderen gibt es die *Traditionslinie der Unterprivilegierten* (ca. 12%), die aufgrund geringerer Qualifikation teils auf Gelegenheitsjobs, teils auch auf Routinejobs in Industrie und Dienstleistungen verwiesen sind. Diese Jobs eignen sich nicht zu hoher Identifikation und Mitverantwortung, sondern sind Mittel zum Zweck des Geldverdienens. Aber die Jobs sind hart und die Verdienste bescheiden, so dass die Rede vom Konsum-Materialismus an der Realität vorbeigeht.

Am entschiedensten aber hat sich die „neue Mitte“ in den Arbeitnehmersmilieus der facharbeiterischen Traditionslinie herausgebildet, wo die angeblich modernisierungsfeindlichen Stammwähler der SPD zu Hause sind.

VI. Vom sicheren zum prekären Wohlstand

Die sozialen Lagen der Arbeitnehmersmilieus sind seit den siebziger Jahren schrittweise unsicherer geworden.

Am stärksten trifft dies die 12% Unterprivilegierten. Es trifft aber nicht zu, dass sie nur wegen der hohen Sozialleistungen nicht arbeiten gehen. Die Dauerarbeitslosigkeit, die sich in diesen Milieus konzentriert, liegt vielmehr an der Abwanderung der geringer qualifizierten Industriebjobs in Billiglohnländer. Die Arbeitslosen- oder Sozialhilfe (1997 im Schnitt ca.

den achtziger Jahren besonders von vorübergehender Arbeitslosigkeit und stagnierenden Einkommen betroffen sind, besteht seit langem große Enttäuschung über alle Parteien. Die Hälfte der „Leistungsorientierten Arbeitnehmer“ gehört zu den Kerngruppen der sog. „politischen Verdrossenheit“. Der Ärger wird in der Regel nicht auf Ausländer oder sozial Schwache gelenkt, sondern begründet tiefe Zweifel daran, dass in der Gesellschaft Leistung sich noch lohnt und die Mächtigen nicht bevorzugt werden.

- Diese Meinung hat auch die jüngste Generation, obwohl sie aufgrund sehr hoher Qualifikationen eher selten arbeitslos ist. Ihre Angehörigen bilden das „Moderne Arbeitnehmermilieu“, mit derzeit gut 7 Prozent. Als Gruppe der weltoffenen praktischen Intelligenz sind sie besonders in innovativen Branchen und mit neuen Technologien sowie in Sozial- und Verwaltungsdienstleistungen tätig, häufig mit Fachhochschulabschluss. Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und soziale Mitverantwortung sind zentrale Werte. Dazu gehört die Offenheit für lebenslanges Lernen und unkonventionelle Lebens- und Politikformen. Dieses Milieu setzt postmaterielle Werte und individuelle Freiheiten hoch an – und verbindet dies gleichzeitig mit einer hohen Sensibilität für gerechte Verteilung materieller Güter und für soziale Solidarität. – Besonders dieses Milieu ist von großer Bedeutung, weil es immer noch rasch wächst und weil zu ihm die wichtigsten Meinungs-Multiplikatoren im Alltag gehören.

Insgesamt vertritt also die „neue Mitte“ der Arbeitnehmer weder einseitig die alte „materialistische“ Verteilungsmentalität noch die neue „postmaterialistische“ Individualisierung. Sie vertritt eine *Synthese* beider innerhalb des Modells der *Arbeitnehmergesellschaft*: den Ausgleich zwischen oben und unten in der Gesellschaft und gleichzeitig Ermunterung der Eigenverantwortung. Sie will, arbeitend und Steuern zahlend, etwas leisten, verlangt aber auch Gegenleistungen. Gegen Abstriche ist sie nicht – aber nur wenn sie gerecht begründet sind.

VIII. Modernisierung durch Aktivierung sozialer Teilhabe

Ihre Maxime, „Leistung gegen Teilhabe“, beißt sich mit der neuen Massenpsychologie, die sie als uneinsichtige Kinder, die nur am materiellen Haben

interessiert sind, bevormundet. Wenn gegenüber den Wählern immer wieder betont wird, man habe ihnen doch schon – ganz zu Beginn der Regierungszeit – eine materielle Umverteilung gegeben, die sie nur leider jetzt vergessen hätten, so wird der wahre Grund der Abwendung verkannt. Es geht den meisten Milieus nicht nur um materielle Vorteile, sondern um Anerkennung und das Aushandeln auf Augenhöhe.

Wie ist es möglich, dass der neue Kanzler die neue Mitte so wenig kannte? Sein Auftreten war lange durch die Symbole, das Auftrumpfen und die Sprunghaftigkeit des Aufsteigers gekennzeichnet, der seine eigene einfache Herkunft jetzt von oben betrachtet. Es gibt durchaus Milieus, die sich in diesem Stil, der ja nicht nur eine Äußerlichkeit ist, wiedererkennen. Es sind die *neuen Aufsteiger*, die eine Teilgruppe, höchstens ein Drittel, des sog. „Postmodernen Milieus“ (ca. 7%) bilden. Zu ihm gehören die neuen *Gewinner der globalen Modernisierung* in avantgardistischen Kultur- und Medienberufen und Unternehmen der neuen Technologien und symbolischen Dienstleistungen. Sie verstehen sich als ästhetische und kommunikative Avantgarde und wollen ihr Bedürfnis nach edlem Konsum, Erlebnis und Erfolg ohne einschränkende Verpflichtung verwirklichen. Der Kanzler muss geglaubt haben, sich hier mit einer wirklichen, von den anderen Milieus anerkannten Trendsettergruppe verbunden zu haben.

Hier hat er geirrt. Gerade die Ablehnung sozialer Verpflichtungen provoziert nicht nur die Milieus der Arbeitnehmer, sondern auch einen großen Teil der gehobenen konservativen Milieus wie auch der progressiven Bildungsmilieus. Auch sie verstehen nicht die *argumentlose* Politik („Es gibt keine Alternative!“), die bei der Bombardierung ziviler Ziele im Kosovo-Krieg viele Intellektuelle und bei der Sparpolitik viele Arbeitnehmer dauerhaft verprellte. Man wollte wenigstens einer Begründung gewürdigt und nicht einfach als Komplize von Milosevic oder Verschwenker von Steuermitteln tituliert werden.

Der neue Autoritarismus, verbunden mit der argumentlosen Abwertung konkurrierender Ansichten, ist noch nicht überwunden. Das Chaos verschiedener Stimmen, das bis zum Sommertheater 1999 den Verfall des Vertrauens in die Sozialdemokratie –

und auch der Grünen – begleitete, kann nicht durch eine neue – und ebenso argumentlose – „Geschlossenheit“ ersetzt werden. Wie Umfragen zeigen, missbilligen es „die Wähler“ nicht, wenn in Parteien kontrovers diskutiert wird – solange eine allgemeine Richtung, auf die einigermaßen Verlass ist, deutlich bleibt.

Es geht im Klartext darum, wie weit neoliberale Positionen, die Innovationen und Deregulierungen ohne soziale Gerechtigkeit wollen, das mögliche Spektrum der Sozialdemokratie repräsentieren können. Bleibt die Bildung – auch bei mehr individueller Eigenverantwortung – ein öffentliches Gut? Wird ein immer größerer Billiglohn-Sektor mit unsicheren Arbeitsverhältnissen entstehen? Wie werden die großen Kapitalvermögen an der Steuer- und Abgabenlast beteiligt? Wird ein Kasino- und Turbokapitalismus mit hohen spekulativen Risiken und ruinöser Dumping-Konkurrenz weiter begünstigt? Oder nur nachträglich saniert – wie Philipp Holzmann – anstatt, wie immerhin in den gelobten USA, eine minimale Aufsicht zu erwägen? Wird es, zur Minderung der Arbeitslosigkeit und der Prekarität, keine aktive Nachfragepolitik geben? – Und vor allem: Wird sich dieser demobilisierende Stil nachhaltig ändern?

Eine Modernisierung nach undisputierbaren objektiven Sachgesetzmäßigkeiten – sei es der Technik, des Marktes oder der Politik – kann keine gesellschaftlichen Kräfte mobilisieren oder gar bündeln. Wirksam ist nicht nur die erste Tendenz der Modernisierung, die Veränderung der Ökonomie durch die technologisch-wissenschaftliche Revolution und die globale Konkurrenz auf den Märkten. Wichtig sind auch die beiden anderen Entwicklungen:

- Auf der Ebene der *Kompetenz-Revolution*: Gerade die zunehmende Fach- und Entscheidungskompetenz auf allen Ebenen der Gesellschaft macht deutlich, wie archaisch autoritäre Entscheidungshierarchien und wie notwendig Rechte der Mitbestimmung und der Gegenmächte sind. Hier besteht aber auch ein Modernisierungsbedarf: die Entbürokratisierung der Institutionen (der Gewerkschaften, der Verbände, der Betriebe usw.) nicht durch einen mysteriösen „Markt“, sondern durch individuelle Mitentscheidung, durch Aushandeln, durch Dialog. Wenn die Gewerkschaften, die Kirchen, die Verbände, die Parteien, die Verwaltung

Gerade die Ablehnung sozialer Verpflichtungen provoziert nicht nur die Milieus der Arbeitnehmer, sondern auch einen großen Teil der gehobenen konservativen Milieus wie auch der progressiven Bildungsmilieus.

gen usw. zu wenig Mitarbeit in den modernen jungen Milieus finden, dann liegt es daran, dass diesen immer noch zu *selten aktive Rollen und Perspektiven angeboten werden*. Ökonomischer Gewinn und ökonomische Risiken schaffen keinen dauerhaften sozialen Zusammenhalt und keine dauerhafte Moral.

- Auf der Ebene der *Emanzipation der Lebensstile*: Bei dem dauernden Gerede über den Zerfall sozialer Zusammenhänge wird übersehen, wie intensiv gerade im Kleinen und in den Alltagsmilieus sozialer Zusammenhalt aufgebaut wird. *Alle* Institutionen sind mit der Krise, Engagement zu mobilisieren, konfrontiert. Aber *nicht alle* sind noch in dieser Krise. Viele haben diese Krise durch andere Partizipationsmodelle, verbunden mit einem Generationen- und Elitewechsel, überwunden.

IX. Konkurrernde Eliten in der „neuen Mitte“

Nicht nur die modernen Arbeitnehmersmilieus, sondern auch große Milieus der Bildungseliten und der Eliten der öffentlichen Dienstleistungen sehen sich durch die Hegemoniepolitik der postmodernen Aufsteigersmilieus herausgefordert oder entmotiviert. Es handelt sich dabei insbesondere um die beiden Teilgruppen des „Liberal-Intellektuellen Milieus“ im oberen Viertel des sozialen Raums. Gemeinsam ist beiden ein hohes Ethos der Leistung, der Eigenverantwortung und der Chancengleichheit und eine realistische Reformbereitschaft, durch die sie sich gegen konservative Beharrung und zu postmodernem Avantgardismus abgrenzen. Es ist bemerkenswert, wie wenig die Politik der „neuen Mitte“ diese Milieus angesprochen hat. Dabei konzentrieren sich hier nach wie vor gesellschaftliche Schlüsselfunktionen und innovative Potentiale – allerdings verbunden mit einer großen Mehrheit für das Modell der Arbeitnehmersgesellschaft (83%):

- Die „*progressive Bildungselite*“ (ca. 5%) umfasst den größten Teil der wissenschaftlichen Intelligenz. Tätig ist sie insbesondere in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, in den Sozial- und Geisteswissenschaften, im Buchhandel und im Verlagswesen, in der Werbung und in den Medien – und nicht zuletzt, mit höherem Anteil an Frauen, in pädagogischen, psychologischen und therapeutischen Berufen. Ihr hohes Arbeits- und Leistungsethos ist mit

dem Sinn für Selbstverwirklichung und Selbstdarstellung verbunden, aber auch mit dem progressiv-elitären Bedürfnis, neue und ungewöhnliche Wege zu gehen und moderne Trends zu setzen.

Das Milieu rekrutiert sich überdurchschnittlich aus der gebildeten Oberschicht von *Freiberuflern*, *Selbständigen* und höheren Beamten, aber auch neuen Aufsteigern der Bildungsberufe. Es zeigt ein hohes geselliges und politisches Engagement, in dem es um kulturellen und politischen Gedankenaustausch, Mitgestaltung und Einflussnahme geht.

Für die Mehrheit des Milieus ist die Leistungsorientierung zwar elitär, aber mit einem kritischen Engagement für politische Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit verbunden. Neoliberale Sympathien vertreten nur Minderheiten.

- Die „*mittlere Verwaltungselite*“ (ca. 4%) konzentriert sich in Berufen der mittleren und höheren Verwaltung, oft im Zusammenhang mit neuesten Datentechnologien, im öffentlichen Dienst, im kaufmännischen Bereich und im Verlagswesen, bei Frauen auch besonders in beratenden, medizinisch-technischen und pädagogischen Tätigkeiten.

Sie sind meist Aufsteiger aus Milieus der qualifizierten Facharbeit. Daher ist ihr Interesse an der hohen Kultur und an geselligem und politischem Austausch mit anderen Bildungsmilieus eher begrenzt. Entsprechend suchen sie einen ungezwungenen Lebensstil, in Abgrenzung gegen die konventionellen Stile der konservativen Milieus (rechts oben im sozialen Raum) wie auch gegen die zu erlebnisbetonten Lebensstile der „progressiven“ Milieus (weiter links im oberen sozialen Raum).

Gegenüber der großen Politik – und auch der Selbstidealisierung und -inszenierung von Politikern – herrscht eine skeptische bis zynische Distanz, während gleichzeitig wenig Vorbehalte gegen Ausländer, sozial Schwächere, unkonventionelle Lebensformen bestehen. Diesem sozialen Ethos entspricht aber ein eher durchschnittliches aktives Engagement.

Politiker und Politikerinnen der Grünen und der SPD verweisen gelegentlich darauf, dass diese Milieus, in denen Eigenverantwortung und solidarische Einstellungen miteinander verbunden sind, relativ klein sind und auch mehrheitlich nicht den „eigentlichen“

postmodernen Trends folgen. Jedoch ist mindestens die „progressive Bildungselite“, ebenso wie das oben beschriebene „Moderne Arbeitnehmermilieu“, ein *Milieu von Multiplikatoren*.

Auch wenn diese beiden Milieus zusammen nur 12% bilden, gehören sie im Alltag der Milieus zu den wichtigsten „opinion leaders“, zu den Leuten, die weit häufiger als andere Verantwortung und Ehrenämter übernehmen, die sich das Vertrauen von anderen erwerben und die oft um Rat und Information gebeten werden. Die eigentliche Meinungsbildung der Gesellschaft findet hier statt, in den Netzen des Alltags – und nicht direkt durch die Medien. Als Multiplikatoren erreichen sie ein Mehrfaches ihrer eigenen Zahl.

Diese beiden von der bisherigen Politik der „neuen Mitte“ beiseitegeschobenen Milieus unterstützen, nach unserer repräsentativen Befragung, zu 83% bzw. zu 88% das Modell der „Arbeitnehmersgesellschaft“. Innovation und Eigenverantwortung können sie sich nur in ihrem Rahmen vorstellen. Es ist anzunehmen, dass die großen Wahlenthaltungen zuungunsten der Grünen und der SPD sich in unzähligen intensiven Diskussionen herausgebildet haben, an denen diese beiden Milieus mehr als jedes andere beteiligt waren.

Wer auf massenpsychologische Mechanismen, Führerfiguren und mediale Meinungssuggestion setzt, ignoriert, dass die Modernisierung der Mentalitäten vor allem ein Mündigwerden gegenüber jeder Art von Bevormundung bedeutet. Der Autoritarismus im postmodernen Gewande kam zu spät – und wurde von den Wählerinnen und Wählern, wie es im Jargon hieß, „abgestraft“. **spw**

¹ Beitrag von Michael Vester auf der Konferenz „Modernisierung der Sozialdemokratie“, veranstaltet am 28.11.1999 in Berlin von der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen und den JungsozialistInnen in der SPD. Der Beitrag stützt sich auf aktuelle Arbeiten einer Forschungsgruppe der Universität Hannover, zu der besonders Daniel Gardemin, Helmut Bremer, Gisela Wiebke und Christel Teiwes-Kügler beigetragen haben. Ausführlichere Darstellungen erscheinen u.a. demnächst im Suhrkamp Verlag in der Neuauflage des Buches „Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel“ von Michael Vester, Peter von Oertzen, Heiko Geiling, Thomas Hermann und Dagmar Müller.

Wer auf massenpsychologische Mechanismen, Führerfiguren und mediale Meinungssuggestion setzt, ignoriert, dass die Modernisierung der Mentalitäten vor allem ein Mündigwerden gegenüber jeder Art von Bevormundung bedeutet.

Ralf Krämer hat zu seinem Austritt aus der SPD eine ausführliche politische Begründung verfasst und zur Diskussion vorgelegt. Die Redaktion hielt es für angemessen, diesen Text mit einigen Kürzungen in der spw abzudrucken (Langfassung beim Autor erhältlich). Anschließend bringen wir einen Beitrag von Stefan Schostok, der noch mal einige wichtige Gesichtspunkte anführt, weiterhin als Linke in der SPD politisch aktiv zu sein, wie es die überwiegende Mehrheit des spw-Zusammenhangs für richtig hält.

Die spw-Redaktion



Die Zukunft der SozialistInnen liegt links – von der SPD

von Ralf Krämer*

Nach mehr als 23 Jahren Mitgliedschaft in der SPD und politischer Aktivität in der Sozialdemokratie bin ich zu der Auffassung gelangt, dass das weitere Festhalten an der parteipolitischen Orientierung auf die SPD für SozialistInnen keine überzeugende Perspektive mehr bietet. Wenn dabei hier und im Folgenden von „SozialistInnen“ die Rede ist, verstehe ich darunter nicht einfach mehr oder minder linke SozialdemokratInnen, sondern Leute, die eine Perspektive einer Überwindung der gesellschaftlichen Herrschaft des Kapitals verfolgen (vgl. Editorial 1994). Frühere Begründungen für die „Sozialdemokratie-Orientierung“, die ich selbst mit vertreten habe, haben sich m.E. durch die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse und der Rolle der SPD darin historisch erledigt. Diese Überzeugung hat sich bei mir im Verlauf der letzten Jahre entwickelt und immer weiter verfestigt und wurde durch die Entwicklungen im Jahr 1999 endgültig bestätigt. (...)

In Bezug auf die parteipolitische Ebene halte ich es für die zentrale Aufgabe von SozialistInnen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten, eine massenwirksame linke, sozialistische Alternative zur SPD aufzubauen. Eine solche linke Konkurrenz könnte für relevante Teile der Bevölkerung auch in Westdeutschland als wählbar erscheinen, relevanten sozialen Grup-

pen und Interessen, die früher in der SPD ihre Vertretung sahen oder die sich neu und bisher ohne parteipolitischen Bezugspunkt für ihre progressiven Ansprüche entwickeln, eine neue Artikulationsmöglichkeit bieten, und als Bezugspunkt für Linke in Gewerkschaften und demokratischen Bewegungen fungieren. (...)

Die „Sozialdemokratie-Orientierung“ und ihre Voraussetzungen

In den „Herforder Thesen“ begründete die Strömung um die spw 1980 ihre politisch-organisatorische Perspektive als marxistische SozialdemokratInnen in Anlehnung an Wolfgang Abendroth damit, dass die SPD „die Partei in der Bundesrepublik ist, die am stärksten sozial und politisch in der Arbeiterklasse verankert ist“; insb. die gewerkschaftlich und politisch engagierten Lohnabhängigen orientierten sich auf die SPD (47. These). Da diese Klasse nach wie vor das potenzielle Subjekt sozialistischer Umgestaltung der Gesellschaft sei (23. These), sei die zentrale und „prinzipiell lösbare Kampfaufgabe“, eine starke Linke in der SPD aufzubauen und diese zu einer mehrheitlich konsequent sozialistischen Partei umzuwandeln (49. These). Dabei wurde die Bedeutung außerparlamentarischer Bewegungen und insb. der Gewerkschaften für einen solchen Prozess gesehen und für eine Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Kräften außerhalb der SPD plädiert.

In den „53 Thesen“ des „Projekt Moderner Sozialismus“ von 1989 ist von der – unrealistischen – Perspektive einer konsequent sozialistischen SPD nicht mehr die Rede. Stärker als vorher wird auf die historischen Erfolge des realen sozialdemokratischen Reformismus Bezug genommen und die Perspektive einer neuen Etappe dieses Reformismus entwickelt, in deren Verlauf „zugleich die objektiven wie subjektiven Bedingungen und Potenzen für weitergehende Umgestaltungen zu entwickeln“ sind (Thesen 16, 35 und 36). Als zentrale Aufgabe wird die Formierung und politische Fundierung eines Fortschrittsblocks bzw. „Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur“ als soziales Subjekt dieses Projekts beschrieben, zwar auf einer gewerkschaftlich orientierten klassenpolitischen Basis, dennoch als Erweiterung gegenüber der traditionellen Bezugnahme auf die ArbeiterInnenklasse (These 49). Die Erfolgsmöglichkeiten auch dafür entschieden sich aber „innerhalb der Sozialdemokratie, der SPD mit ihrer sozialen Verankerung und ihren gesellschaftlichen und internationalen Beziehungen. Hier finden sich die strategisch

Frühere Begründungen für die „Sozialdemokratie-Orientierung“, die ich selbst mit vertreten habe, haben sich m.E. durch die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse und der Rolle der SPD darin historisch erledigt.

* Ralf Krämer, Dortmund, Sozialwissenschaftler, seit 1993 Redaktionssekretär der spw, 1976-1999 Mitglied der SPD, 1988-1993 Landesvorsitzender der Jusos in NRW, 1992-1996 Mitglied des SPD-Landesvorstands.

bedeutsamsten Bezugspunkte für eine langfristig angelegte sozialistische Politik.“ (Ebd.)

Die implizite Voraussetzung dieser Argumentationen war die Annahme einer historischen Phase, in der perspektivisch der Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft anzustehen schien. Die längerfristige Gesamttendenz der Entwicklung schien durch den Ausbau „sozialistischer Elemente“ im Kapitalismus gekennzeichnet zu sein, die als Ausgangspunkt weitergehender Perspektiven dienen könnten, und an deren Durchsetzung die SPD einen entscheidenden Anteil hatte. Bei aller Opposition in Einzelpunkten und Kritik an ihrer mangelnden Konsequenz und Reichweite war zumindest eine gewisse Zustimmung zur realen Politik der SPD bzw. ihrer gesellschaftspolitischen Grundausrichtung gegeben oder erschien zumindest in absehbarer Zeit als wieder durchsetzbar. Die sozialistische Linke agierte real als der linke, immer weiter treibende Teil der reformistischen Sozialdemokratie. Die Hoffnung auf weitergehende sozialistische Verän-

derungen blieb zwar unerfüllt, aber getröstet wurden die Linken durch den gewissen Zugang zu Machtpositionen und zumindest partielle realpolitische Fortschritte, an denen sie mitwirkten – und durch die individuellen Karriereemöglichkeiten in der SPD und karrierefördernden Wirkungen der SPD-Mitgliedschaft in anderen Bereichen.

Die andere reale Voraussetzung war das Fehlen einer sinnvolleren parteipolitischen Alternative, in deren Rahmen SozialistInnen ihre Politik hätten entwickeln und gesellschaftlich wirksam einbringen können.

In den Austrittsdebatten und -bewegungen, die im Zuge zugespitzter innerparteilicher Auseinandersetzungen immer wieder auftraten (Berufsverbote, Atomenergie, Raketenrüstung, Sozialabbau, Asylrecht ...), konnte neben den og. theoretischen Begründungen immer auch auf diese weiterhin gegebenen realen Voraussetzungen verwiesen werden. Diese waren auch die implizite Bedingung für die eher pragmatische Begründung, dass Mitarbeit in der SPD für das Engagement von SozialistInnen in den verschiedensten Bereichen förderlich sein könne, auch wenn man diese – oder irgend eine andere – Partei keineswegs als entscheidende Organisation für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft betrachte (so Oertzen 1993 in Replik auf Brosch-Guesnet).

Diese Voraussetzungen sind m.E. nicht mehr gegeben. Die Mitgliedschaft in der und Orientierung auf die SPD stellen m.E. mittlerweile ein Hindernis und eine Desorientierung dar in dem notwendigen Bemühen um die Formierung sozialer und politischer Kräfte für eine andere, linke Politik.

Die Politik der SPD-Grüne-Koalition: ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück

Nachdem die neugewählte SPD-Grüne-Regierung zunächst diverse sozialpolitische Wahlversprechen, die wesentlichen Anteil an ihrem Wahlerfolg gehabt hatten, und die positiv zu bewertende erste Stufe der Steuerreform umsetzte, brachen unter Einwirkung des Drucks der Wirtschaft und wichtiger Massenmedien die inneren Widersprüche im Regierungslager immer deutlicher hervor. Der Rücktritt Lafontaines war nicht die Ursache, aber ein Signal, dass sich die offen kapitalorientierten Kräfte um Schröder, Hombach, Clement u.a. durchsetz-

ten. Die aktive Rolle Deutschlands im NATO-Krieg gegen Jugoslawien einerseits und das „Zukunftsprogramm 2000“ genannte Sozialabbau- und Sparprogramm markieren in zwei Kernfragen, dass Rot-Grün als sozialökologisches und auch friedenspolitisches Reformprojekt am Ende ist, bevor es richtig begonnen hatte. Den ersten positiven Schritten hätten weitere in die selbe Richtung folgen müssen, statt sie als Begründung zu nehmen, nun wieder in die Gegenrichtung zu marschieren. In zentralen Fragen wird nicht nur in der Grundrichtung an die Politik der alten Koalition angeknüpft, auch die entsprechende rechte Argumentation und Propaganda wird mit einigen neuen Akzenten fortgesetzt (vgl. u.a. Krämer 1999). Damit leisten SPD und Grüne einen aktiven Beitrag zur politischen Desorientierung und Rechtsentwicklung des gesellschaftlichen Bewusstseins.

Statt als potenzielles Feld der Herausbildung und Artikulation einer fortschrittlichen sozialen Bündniskonstellation und der Durchsetzung einer von Linken angepeilten neuen, sozialökologischen Etappe des Reformismus zu fungieren, orientiert sich die SPD unter Führung des modernen Sozialliberalismus auf ein Bündnis der „neuen Mitte“ mit innovativen Kapitalfraktionen. Die auch in der „neuen Mitte“ weit verbreiteten solidarischen und auf soziale Gerechtigkeit gerichteten Einstellungen werden nicht für eine linke Politik aufgegriffen, sondern angeblichen Sachzwängen untergeordnet (vgl. Vester). Gewerkschaften und andere potenziell fortschrittliche soziale und politische Kräfte werden dabei über partielle Einbindung und wegen des Fehlens einer positiven Regierungsalternative neutralisiert, große Teile der sozialen Basis in die politische Resignation getrieben. Nicht sozialökologische Reform, sondern der Versuch sozial-integrativer Modernisierung des Wettbewerbsstaates steht im Mittelpunkt. Politische Prinzipien sind dabei, „keine Politik gegen die Wirtschaft“ zu betreiben und die Unterordnung unter die von den USA dominierte NATO zur „Staatsraison“ zu erklären (jeweils Schröder).

Weil dies nun von politischen Kräften vorgetragen und betrieben wird, die mit der Parole des Politikwechsels und der sozialen Gerechtigkeit angetreten waren, führt dies zu tiefgreifender Desorientierung, Frustration und Abwendung weiter Teile der Bevölkerung von SPD und Grü-

SPD und Grüne in der Bundesregierung leisten einen aktiven Beitrag zur politischen Desorientierung und Rechtsentwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins.

antimilitarismus information

Die letzte ami des alten Jahrtausends !

ami

12/99

- ♣ Asyl: vom Grundrecht zum Gnadenakt
- ♣ Bundeswehr-Verschwendung
- ♣ Europas Panzerindustrie
- ♣ Waffenexporte ohne Moral
- ♣ PR-Gag Ost-Timor
- ♣ Umgehung des Minenverbots
- ♣ US-Kongreß gegen Atomteststopvertrag
- ♣ Prozesse gegen KriegsgegnerInnen
- ♣ Kassler Friedensratschlag uvm.

monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 9 Normal-/ 3 Themenhefte DM 50.-; Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.- (+Porto). **Probeheft gratis**
Bezug: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
<http://userpage.fu-berlin.de/~ami>
 Telefon/Fax: ++30-25 79 73 42

nen. Aus linker Sicht hat dies den positiven Aspekt, dass es zeigt, dass sich die Leute auch von SPD und Grünen nicht Krieg und Sozialabbau als notwendig, friedlich, modern und gerecht verkaufen lassen. Das Problem besteht darin, dass sich diese prinzipiell von links ansprechbaren Einstellungen jedenfalls in Westdeutschland nicht in der Wahl einer linken Alternative niederschlagen, sondern in politischer Resignation und massiv sinkender Wahlbeteiligung.

Notwendig ist jedenfalls nicht ein Ende oder die Deeskalation der innerparteilichen Debatte, bessere Vermittlung oder kosmetisch-symbolische Detailkorrektur, sondern ein „Politikwechsel“ gegenüber dem aktuellen Kurs der SPD-geführten Regierung. Dies würde eine grundlegende Umorientierung oder die Ablösung und Unterordnung der die Partei dominierenden sozialliberalen Gruppen erfordern und erscheint daher unrealistisch. (...)

Neo-Sozialdemokratie und Neue Mitte

Ich betrachte diese Entwicklung als Ergebnis eines schon seit geraumer Zeit ablaufenden Veränderungsprozesses der Sozialdemokratie, die sich seit dem Zusammenbruch der DDR und des realsozialistischen Staatensystems immer mehr nach rechts entwickelt. Bereits nach der verlorenen Bundestagswahl 1994 analysierte ich die Politik der SPD als „sozialpatriotische Wirtschaftsförderungspartei“ (Krämer 1994). Durch den Parteivorsitzenden Lafontaine wurde dies nur eine Zeitlang verdeckt und verzögert. Neu ist lediglich, dass bisher in der Landes- und kommunalen Politik mit gewissem Recht noch darauf verwiesen werden konnte, dass – insb. bei einer konservativ-liberalen Bundesregierung – nur eng begrenzte politische und finanzielle Spielräume für eine andere Politik vorhanden seien. Auf Bundesebene, wo die wesentlichen finanz- und sozialpolitischen und natürlich die außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden, trägt diese Ausrede nicht. In Wirklichkeit gibt es nicht „keine Alternative“, sondern es fehlt am politischen Willen zur Durchsetzung der möglichen Alternativen und der damit verbundenen Konflikte mit mächtigen Gruppen in der Gesellschaft und im internationalen Rahmen.

Zwar haben sich in den letzten Jahren mit der Debatte um den neuen „Dritten Weg“ neue Akzente und

konzeptionelle Orientierungen entwickelt, die über eine bloß defensive Haltung gegenüber der neoliberalen Standort- und Globalisierungsdebatte hinausgehen, Stichworte „aktivierender Staat“, „inszenierter Korporatismus“, „linke Angebotspolitik“ (vgl. etwa die Beiträge im Schwerpunkt der spw 2/99 und Krämer 1998). Diese veränderte Funktionsbestimmung des Staates und der Sozialdemokratie reflektiert zum einen veränderte ökonomische und gesellschaftliche Bedingungen im Übergang zu „postfordistischen“ Strukturen, aber ebenso zugunsten des Kapitals und der Rechten veränderte gesellschaftspolitische Kräfteverhältnisse. Das neo-sozialdemokratische Konzept des „Dritten Weges“ versucht einen neuen Klassenkompromiss zu beschreiben, der aber massiv zugunsten des Kapitals verschoben ist. Die sozial schwächeren, marginalisierten und von Marginalisierung bedrohten Schichten der Lohnabhängigen stellen in diesem Konzept keine soziale Basis mehr dar, deren Interessen gefördert und die für ein Fortschrittsbündnis gewonnen werden soll, sondern lediglich noch Objekte der Integration und Ruhigstellung.

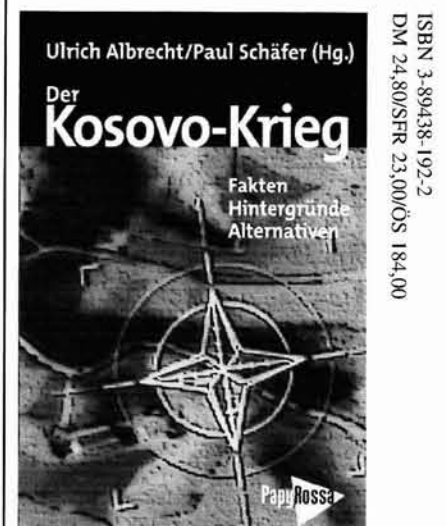
Dies reflektiert auch Verschiebungen in der sozialen Struktur der Mitgliedschaft und insb. der Funktions- und MandatsträgerInnen der SPD, die zunehmend von sozialen Aufsteigern und anderen Saturierten geprägt ist, deren gesellschaftliches Bewusstsein von ihrem relativ privilegierten gesellschaftlichen Sein und Umfeld geprägt wird, in dem Diskurse linker Gesellschaftskritik und -veränderung kaum noch eine Rolle spielen. Und soweit noch aus sozialdemokratischen Wertorientierungen gespeiste innerparteiliche Kritik und Forderungen an die Politik der SPD artikuliert werden, werden diese durch die fortschreitende Entmachtung der Parteiorganisation zugunsten einer auf die Massenmedien orientierten Politik der Führungszirkel von Partei und Fraktionen zur Wirkungslosigkeit verurteilt.

Diese Neo-Sozialdemokratie oder Neuer Sozialliberalismus stellt m.E. eine Abkehr vom traditionellen Reformismus der Sozialdemokratie dar und erst recht eine Abkehr von den im Berliner Programm skizzierten Ansätzen eines erweiterten Reformismus des sozial-ökologischen Umbaus. Ich betrachte das nicht als eine neue Entwicklungsetappe der Sozialdemokratie, wie sie bisher in der Tradition der Arbeiterbewegung und mit einem



ISBN 3-89438-194-9
DM 29,80/SFR 27,50/ÖS 221,00

Kaiserreich, Weimar, NS-Diktatur, BRD: Die Leichen im Keller des DFB



ISBN 3-89438-192-2
DM 24,80/SFR 23,00/ÖS 184,00

Elmar Altvater, Horst Grabert, Ralph Hartmann, Norman Paech, Gerhard Zwerenz u.a.



ISBN 3-89438-183-3
DM 29,80/SFR 27,50/ÖS 221,00

Die Wurzeln von Judenhaß und Antisemitismus in der deutschen Geschichte

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202 – 50937 Köln
Tel. 0221/448545/Fax 0221/444305
e-mail: papyrossa@koeln-online.de
Internet: www.papyrossa.de

Insbesondere halte ich es für eine Illusion, durch bessere Argumente und Konzepte, die Linke in die Debatte einbringen, politische Richtungsänderungen herbeiführen zu können. Politik ist nicht herrschaftsfreier Diskurs.

Projekt reformistischer Gesellschaftsgestaltung begriffen werden konnte, sondern als Metamorphose dieser zu einer Formation der politischen Mitte, die für sozialistische Kräfte mit der Perspektive der demokratischen Einschränkung und Überwindung der gesellschaftlichen Herrschaft des Kapitals keine Anschlussmöglichkeiten mehr bietet. Statt an der Weiterentwicklung der bisher im Rahmen des Kapitalismus erreichten „sozialistischer Elemente“ zu arbeiten, spielt die heutige Sozialdemokratie zunehmend eine aktive Rolle bei deren Demontage.

Die subalterne SPD-Linke

Ich sehe auf absehbare Zeit keine realistische Perspektive, diese Entwicklung umzukehren – jedenfalls nicht durch Anstrengungen innerhalb der SPD. Die offizielle SPD-Linke, insbesondere die Parlamentarische Linke, befindet sich in einer systematisch subalternen Position und fungiert unter den gegebenen Bedingungen als Mechanismus der Integration kritischer Potenziale statt ihrer Organisation und Mobilisierung für die Durchsetzung eines Kurswechsels.

Dabei geht es nicht um individuelle Schuldzuweisungen, sondern um strukturelle Probleme. Es ist anscheinend unter den gegebenen Bedingungen schlicht nicht möglich, dass Linke in der SPD einen effektiven Kampf gegen gegnerische Positionen und Personen, die die Politik der eigenen Partei dominieren, organisieren und führen (vgl. auch Krämer 1996). (...)

Der Zwang, die Politik der Partei zumindest grundsätzlich mitzutragen, insb. wenn sie die Regierung stellt, führt dazu, dass die meisten Linken in der SPD für die öffentliche Artikulation und Mobilisierung linker Positionen ausfallen. Statt als Linke die SPD zu verändern, verändert der Anpassungsdruck an das vermeintliche Interesse der Gesamtpartei – als ob diese ein Selbstzweck wäre – die ehemals Linken in der SPD. Nur wenige widerstehen dem auf Dauer, sei es aus Opportunismus oder aus mangelnder politisch-inhaltlicher Substanz und fehlender Einbindung in linke Diskurse und Diskussionszusammenhänge, ohne die es nicht geht. Und die das durchhalten, haben kaum eine Chance, in Führungspositionen zu gelangen und dort ihre linken Positionen zur Geltung zu bringen. Nur Jusos haben da bisher eine linke Nische – mal sehen, wie lange noch. Die meisten Linken lassen sich weichspülen und wirken letztlich mit an der innerparteilichen und öffentlichen Durchsetzung und Vertretung der sich nach rechts entwickelnden Politik.

Dieses Defensivverhalten wird daran deutlich, dass seit Jahren immer wieder die Kompromisse des jeweils letzten Parteitages, die damals weit hinter den Forderungen der Linken zurückblieben, in den kommenden Auseinandersetzungen als Messlatte der Linken angelegt werden, was nicht verhindern kann, dass sich die Führung nicht darum schert. (...)

Die Behauptung, trotz alledem könne man durch konstruktive Mitarbeit „mitgestalten“, trifft normalerweise nur auf politisch sehr bescheidene Detailfragen und Einzelfälle zu, nicht auf die Kernfragen und Richtungsentscheidungen, die von engen Führungscliquen getroffen werden. Insbesondere halte ich es für eine Illusion, durch bessere Argumente und Konzepte, die Linke in die Debatte einbringen, politische Richtungsänderungen herbeiführen zu können. Politik ist nicht herrschaftsfreier Diskurs, und die Kriterien der Führungen, was

„besser“ ist, sind nicht die der Linken. Es gibt keine Chancengleichheit für die politischen Vorstöße von links und rechts, weil rechts stehen die gesellschaftlich Mächtigen. Schon Marx und Engels wussten, dass die Kritik nur dann eine wirksame Waffe wird, wenn sie die Massen ergreift. Prinzipiell kann man mit diesem Argument, „mitgestalten“ und „Schlimmeres verhindern“, jedes Mitmachen mit jeder noch so rechten Politik rechtfertigen, denn selbstverständlich könnte es auch noch schlimmer kommen. Nicht reflektiert wird dabei, welche negativen Folgen mit dieser Haltung verbunden sind, wenn man über die Binnensicht von Partei und Fraktion und die dort gepflegte Taktikerei hinaus die politische Öffentlichkeit und die gesellschaftliche Basis für linke Politik in den Blick nimmt.

SozialistInnen in der Sozialdemokratie: ein historisches Auslaufmodell

Ich betrachte diese Entwicklungen auch als Bestandteil eines historischen und internationalen Prozesses der Umgruppierung und Neuformierung sozialer und politischer Kräfte. Es würde den Rahmen sprengen, hier ausführlich auf die Debatte um Postfordismus und Informationsgesellschaft, Globalisierung und Neoliberalismus usw. einzugehen. Es erscheint mir jedenfalls als merkwürdig, dass im Zusammenhang dabei zwar oft das Neue betont wird – gegenüber den im fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus in Westeuropa entwickelten Strukturen, nach dem Zusammenbruch des „Realsozialismus“, in Hinblick auf den Wandel der gesellschaftlichen Milieus und der Rolle der Sozialdemokratie, auch im Verhältnis zu den Gewerkschaften usw. – das traditionelle Engagement von SozialistInnen in der Sozialdemokratie aber weitgehend unhinterfragt fortgeschrieben wird. (...)

In den meisten Ländern Westeuropas hat sich mittlerweile ein Parteiensystem entwickelt, in dem links von der Sozialdemokratie linke Parteien mit mehr oder minder sozialistischer Orientierung ein Potenzial von um die 10% der Stimmern haben. Diese Parteien haben national unterschiedliche Ursprünge aus kommunistischen, unabhängigen sozialistischen, radikaldemokratischen und links-grünen Gruppierungen. In der Bundesrepublik Deutschland gab es unter den besonderen Bedingungen der Teilung keine relevante Linkspartei neben der SPD.



**HERFORDER
THESEN**
Zur Arbeit von Marxisten
in der SPD.

Wesentlich überarbeitete,
erweiterte Ausgabe
herausgegeben vom Bezirksvorstand
der Jungsozialisten
in der SPD Ostwestfalen-Lippe.

SONDERHEFT 2

Die SPD selbst erfasste große Teile des linken Potenzials und nahm innerhalb der europäischen Sozialdemokratie eine Zeitlang eine relativ linke Position ein, eine Zeitlang haben auch die Grünen Teile dieses Potenzials erfasst. Mittlerweile besetzt die PDS zunehmend diesen Platz, mit aus ihrer Geschichte und einseitigen regionalen Verankerung in Ostdeutschland begründeten spezifischen Problemen.

Meine These ist nun, dass sich die zu Beginn genannten seit 1917 der Spaltung in Sozialdemokraten und Kommunisten zugrundeliegenden Spaltungslinien durch den Untergang der realsozialistischen Staaten und die noch laufende Neuorientierung der relevanten kommunistischen und sozialistischen Parteien Westeuropas historisch erledigt haben. Das gilt auch für die PDS in Deutschland. Damit bricht aber keine neue „Einheit der Arbeiterbewegung“ unter dem weiten Mantel der Sozialdemokratie an, sondern auf der anderen Seite haben andere Spaltungslinien mit noch längerer Tradition eine gewachsene Bedeutung gewonnen, nämlich 1.: Unterordnung unter die Herrschaft des Kapitals oder Politik sozialistischer Gesellschaftsreform mit der Perspektive der Überwindung der Kapitalherrschaft sowie 2. in Verbindung damit: Unterordnung unter imperialistische Außen- und Militärpolitik oder eine internationalistische und antimilitaristische Politik. Unter der Dominanz dieser Spaltungslinien standen die LinkssozialistInnen historisch außerhalb der SPD. Dabei bin ich wie gesagt der Auffassung, dass die Unterordnung der „Neuen Sozialdemokratie“ unter die Kapitalherrschaft ein historisch neues Niveau erreicht hat, das keine Vereinbarkeit und Anknüpfungspunkte für sozialistische Positionen mehr aufweist. Ich betrachte deshalb das Engagement von SozialistInnen in der Sozialdemokratie als historisches Auslaufmodell und gehe davon aus, dass sich in den kommenden Jahrzehnten die allermeisten derjenigen, die sich als SozialistInnen im og. Sinne verstehen, auf die genannten Parteien links von der Sozialdemokratie orientieren werden (soweit sie sich überhaupt auf Parteien orientieren).

Organisationsperspektiven von SozialistInnen im 21. Jahrhundert

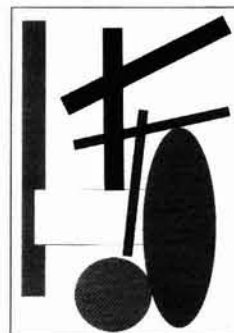
Selbstverständlich ist auch die Debatte darüber zu führen, ob heutzutage

„SozialistIn“ als besonderes politisches Selbstverständnis und Orientierung noch Sinn macht und worin dieser besteht, und welches die sinnvollsten politischen Konzeptionen, Strategien und Taktiken von SozialistInnen in den kommenden Jahrzehnten sind. Um den Rahmen dieses Textes nicht zu sprengen, setze ich die Sinnhaftigkeit dieser Orientierung voraus und verzichte auch auf weitergehende inhaltliche Ausführungen, sondern beschränke mich auf die organisationspolitische Fragestellung. (...)

Im Unterschied zu einigen anderen halte ich dabei aber die Frage der politischen Partei(en) der (sozialistischen) Linken für sehr wichtig und denke auch nicht, dass man sich da herumdrücken sollte. Das steht nicht im Gegensatz zu der Notwendigkeit, gesellschaftliche Netzwerke und Bewegung für linke, zukunftsfähige Politik zu entwickeln und die politische Verständigung unter verschiedenen Kräften der Linken voranzubringen. Unter den gegebenen Bedingungen der parlamentarischen Parteiendemokratie und der Mediengesellschaft sind die Parteien nicht nur zentral für die staatlich-politische Geltendmachung und Umsetzung sozialistischer Politik, sie verfügen – wenn sie relevant, also in den Parlamenten vertreten sind – auch über unverzichtbare Möglichkeiten der öffentlichen Darstellung sowie organisatorische und finanzielle Ressourcen, auch für die Unterstützung außerparlamentarischer Initiativen und Bewegungen. Sie und ihre öffentlich bekannten VertreterInnen sind auch wichtige Bezugs- und Orientierungspunkte für politisch wirksames linkes Massenbewusstsein, das andererseits in der Unterstützung und Wahl linker Parteien eine zentrale Artikulationsform findet.

Denkbare Projekte der Neugründung einer linken Sammlungspartei halte ich für unrealistisch. Sollte ein solches Projekt in Konkurrenz zur PDS betrieben werden, könnte es sogar zu dem worst-case-Ergebnis führen, dass in Westdeutschland und evt. auch auf Bundesebene gar keine linke Alternative zu SPD und Grünen mehr in den Parlamenten vertreten ist. Realistischerweise kann eine linke Alternative nur auf Basis oder gemeinsam mit der PDS entwickelt werden, wobei es bei allen damit verbundenen Problemen am wahrscheinlichsten ist, dass die PDS selbst entsprechend weiterentwickelt wer-

**Projekt
Moderner
Sozialismus**



spw

**53
Thesen**

**Reihe
Moderner
Sozialismus
Heft 1**

Hrsg. 3/11: Niebeck, Fiete, Salt, Bgrt, Ziemer

den muss. Das reale Problem mit der PDS sind dabei weniger sektiererische Kräfte und Politiken in Westdeutschland. Die sind zwar nervig, aber das wird im Zuge der Stärkung und Entmarginalisierung der Partei eine immer geringere Rolle spielen – und der Eintritt ehemaliger linker SozialdemokratInnen in die PDS könnte das erheblich beschleunigen. Das Problem für die sozialistischen Linken besteht vielmehr darin, dass sich hinter aller linken Rhetorik in der PDS in Ostdeutschland eine ähnliche Rechtsentwicklung vollziehen könnte, wie wir sie aus der SPD kennen. Meine Zuversicht, dass sich dies in der PDS nicht durchsetzen wird, beruht nicht auf irgendeinem Vertrauen auf die Prinzipienfestigkeit ihrer Mitgliedschaft oder Funktionäre, sondern darauf, dass die PDS im eigenen Interesse eine politische Position im gesamtdeutschen Parteiensystem einnehmen muss, die sie eindeutig als sozialistische Partei links von der SPD profiliert. Ich denke, dass eine solche Partei in Gesamtdeutschland in den nächsten Jahren ein Potenzial von an die 10% hat und auch in Westdeutschland die realistische Chance, sich über die 5%-Hürde zu bewegen (vgl. Infratest dimap). Längerfristig können die Potenziale noch deutlich höher sein.

Realistischerweise kann eine linke Alternative nur auf Basis oder gemeinsam mit der PDS entwickelt werden, wobei es bei allen damit verbundenen Problemen am wahrscheinlichsten ist, dass die PDS selbst entsprechend weiterentwickelt werden muss.

Selbstverständlich bleibt auch in Zukunft die SPD wichtig als notwendiger Partner für die Durchsetzung fortschrittlicher Reformpolitik. Aber entscheidend für ihre weitere Entwicklung scheint mir zu sein, dass sie Druck von links bekommt, und zwar im Zusammenwirken von außerparlamentarischem Druck und dem Anwachsen einer Konkurrenzpartei links von ihr. Das ist die einzige Sprache, die die SPD versteht. Selbstverständlich wird auch das Wirken linker Kräfte innerhalb der SPD weiter nötig sein, aber die wird es immer geben, solange die SPD die relativ linkere der großen Parteien ist und ihrer Tradition nicht völlig abgeschworen hat, und sie werden stärker werden im Zuge stärkeren Drucks von links. Aus meiner Sicht gibt es für SozialistInnen wichtigere Aufgaben, als sich in der SPD zu bemühen und dabei zu erheblichen Anteilen aufzureiben oder anzupassen. (...)

Ich sehe für mich jedenfalls keine Perspektive in der SPD. Ich entwickle und vertrete meine Positionen unab-

hängig von ihrer Mehrheitsfähigkeit oder auch nur Akzeptanz in der SPD und stelle fest, dass die SPD sich so weit nach rechts entwickelt hat, dass das nicht mehr zusammenpasst. Wenn in den öffentlich zwischen den Parteien ausgetragenen Auseinandersetzungen regelmäßig die Positionen und Argumente der PDS-VertreterInnen der eigenen Auffassung bei weitem am nächsten kommen, die der in der SPD dominierenden Kräfte aber meist nur als gegnerisch betrachtet werden können, muss das irgendwann organisationspolitische Konsequenzen haben. Zumal ich es auf absehbare Zeit jedenfalls auf Bundesebene für unvertretbar halte, für die Wahl der SPD einzutreten, sondern es für richtig und notwendig halte, PDS zu wählen, und dies auch offen und öffentlich zu vertreten. Solches Verhalten dürfte mit der weiteren Mitgliedschaft in der SPD nicht vereinbar sein. **spw**

Literaturangaben

Brosch-Guesnet: Oliver Brosch-Guesnet: Der Name des Schiffes. Anmerkungen zum

politischen Selbstverständnis der „MarxistInnen in der SPD“, in: *spw* 5/93
 Editorial. Erklärung der Herausgeber und Herausgeberinnen der *spw*, in: *spw* 1/94
 Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, hrsg. vom Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe, Berlin 1980
 Infratest dimap: DeutschlandTRENDE Oktober 1999
 Krämer 1999: Ralf Krämer: „Es gibt keine Alternative.“ – Dummes Geschwätz!, in: *spw* 5/99
 Krämer 1998: Ralf Krämer: Drei Ziele – kein Weg: Neo-Sozialdemokratie, in: *spw* 3/98
 Krämer 1996: Ralf Krämer: Die SPD-Linke nach dem Mannheimer Parteitag, in: *spw* 2/96
 Krämer 1994: Ralf Krämer: Kanzlerwechsel verfehlt, in: *spw* 6/94
 Oertzen 1993: Peter von Oertzen: Das Kreuz mit der Identität der „Linken“, in: *spw* 6/93
 Oertzen 1998: Peter von Oertzen (Interview): Die Rolle der SPD ist erschöpft, in: *Sozialismus* 6/98
 Projekt Moderner Sozialismus – 53 Thesen, hrsg. von Susi Möbbeck, Fiete Saß, Birgit Zoerner, Berlin/Dortmund 1989
 Vester: Michael Vester: Gibt es eine ‚neue Mitte‘?, Die gesellschaftliche Basis für eine sozialdemokratische Reformpolitik, in: *spw* 1/2000

Anmerkungen zur *spw* und den Linken in der SPD

von Stefan Schostok*

Neben vielen richtigen Einschätzungen ist die Situation der SPD aber fragiler und veränderbarer, als es von Krämer beschrieben wird.

Ralf Krämer hat eine wichtige Diskussion zur Perspektive von linker Politik in der Gesellschaft und den Parteien angestoßen. Die *spw* muss diese Diskussion dringend annehmen, da sie m.E. auf Grund ihrer Geschichte und vieler Personen mit ihrer Sozialdemokratie- (aber nicht nur) Orientierung die wichtigste Zeitschrift für linke, sozialistische oder marxistische SozialdemokratInnen ist.

Die meisten drastischen Thesen von Krämer zur Entwicklung der Sozialdemokratie sind unstrittig, seine Schlussfolgerung aber – auch von ihm unbestritten – eine persönliche, die von vielen mit diesem Projekt verbundenen Personen nicht geteilt wird.

Die Thesen von Ralf Krämer zur parteipolitischen Orientierung von SozialistInnen auf die Sozialdemokratie definieren ausführlich das bekannte Dilemma, in dem sich viele linke SozialdemokratInnen befinden. Dieses Dilemma ist in der SPD ein spezifisches, aber bei den Bündnis90/DieGrünen und der PDS in anderen Spielarten durchaus auch anzutreffen. Eine Widerspruchsfreiheit im politischen Handeln und individuellen Denken lässt sich z.Z. bei keiner linken Partei in Deutschland organisieren.

Krämer beschreibt den Werdegang der Sozialdemokratie-Orientierung des Zeitschriften-Projektes der *spw* und seiner politischen Strömung in der SPD und bei den Jusos über die Herforder Thesen von 1980 und die 53 Thesen von 1989. Aber auch in der Folgezeit gab es in der *spw* eine engagierte Auseinandersetzung und immer

wieder neue Schritte, dieses Verhältnis zu überdenken und eine konstruktive und ausstrahlungsfähige Handlungsperspektive für LinkssozialistInnen in der Sozialdemokratie zu formulieren (siehe das *spw*-Editorial 1/94).

Crossover als Projekt der Linken

Die jüngste Initiative der *spw* ist das gemeinsame „Crossover“-Projekt mit den Zeitschriften „Andere Zeiten“, der Linken bei den Bündnis90/Grünen und „Utopie kreativ“ im Umfeld der PDS. Ursprüngliche Zielsetzung war mit dem ersten Kongress im August 1994 die Vorbereitung und Verständigung von Linken in der SPD und den Bündnis90/Grünen auf eine damals mögliche (aber nicht eingetretene) rot-grüne Perspektive im Bund. Fortgesetzt und erweitert wurde dieses Projekt zu „Crossover“ mit dem Ziel des Aufbrechens der Räume und der bestehenden Spaltung zwischen den „linken“ Parteien und dem Eröffnen des parteipolitisch-parlamentarischen und des zivilgesellschaftlichen Raums für neue Interventionen der Linken. Das „Spannende“ an diesem Projekt waren (oder sind) bisher in der Linken vorhandene „Span-

* Stefan Schostok, Isernhagen, Ref. für Öffentlichkeitsarbeit im Nds. Umweltministerium, seit 1983 Mitglied der SPD, 1991-1994 Vorsitzender der Jusos Bezirk Hannover, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der SPD Bezirk Hannover.

nungs- und Konfliktfelder“ quer zu einzelnen inhaltlichen Reformfeldern:

„Es wurden die Fragen formuliert, wie es möglich ist,

- aus den vorhandenen unterschiedlichen Orientierungen wie dem „Produktivismus“ und der eher „lebensweltlichen“ eine übergreifende Vorstellung für die künftig anzustrebende Wirtschaftspolitik in Ost und West zu schaffen, oder

- aus den unterschiedlichen Ansätzen von Dezentralisierung/Selbstverwaltung oder zentralstaatlichen Instrumenten eine übergreifende Vorstellung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Demokratisierung zu gewinnen, oder

- zwischen 'universalistischer' Weltoffenheit und 'neorealistischer' Betonung nationaler Regulierungsfähigkeit im Zeichen wirtschaftsräumlicher Machtblöcke zu einer dezidiert europäischen Perspektive zu kommen...“

Mit Crossover hat man sich ein Arbeitsprogramm gegeben, bisherige Spannungsfelder konstruktiv für eine gemeinsame reformpolitische Perspektive umzumünzen. Ich halte dieses Projekt, neben der auch nach wie vor von Krämer für sinnvoll gehaltenen Aktivität innerhalb der „linken Parteien“, für das interessanteste und perspektivreichste. Die Engführung politischer Aktivität von SozialistInnen innerhalb von Parteien ist ja auch schon lange nicht mehr die bestimmende Realität. spw, viele ihrer HerausgeberInnen, aber auch andere der verbliebenen Zeitschriftenprojekte haben wesentlichen Anteil an Vernetzungen von Kritischen WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen und anderen Initiativen. Das wesentliche Problem ist die noch sehr dünne Struktur und Arbeitsfähigkeit des Crossover-Projektes. Um aber auch hier nicht die Probleme zu verschweigen: Neben Ressourcenproblemen existiert auch noch kein gemeinsames Sprachrohr oder eine verbindliche beteiligungsorientierte Arbeitsstruktur dieses Projektes.

Kein Ende der Linken in der SPD

So richtig Krämer die bekannte Seelenlage von SozialistInnen in der SPD beschreibt, so sehr vor dem Hintergrund der Rechtsentwicklung (spätestens seit den Pe-

tersberger Beschlüssen der SPD 1992) in vielen Politikfeldern ein Austritt individuell nachvollziehbar erscheint: Die Rolle einer Partei oder von Parteien für die Perspektive von SozialistInnen in Europa und der Bundesrepublik scheint mir stark überbewertet. Das Gesamtproblem fehlender gesellschaftlicher Machtpositionen von Linksparteien, den Gewerkschaften oder den demokratischen Bewegungen lässt sich meines Erachtens nicht durch die Hinwendung zur denkbar konsequentesten Linkspartei oder die Aufgabe „der karrierefördernden Wirkungen der SPD-Mitgliedschaft“ lösen. Die gegenwärtig zu beobachtende Erosion von sozialökologischen Reformansätzen in der parteipolitischen Diskussion und die fehlende Handlungsfähigkeit von Linken am Rande des Regierungshandelns, lässt auch noch nicht den Schluss auf das Ende von Linken in der SPD zu.

Neben vielen richtigen Einschätzungen zur nicht reversiblen Programm- und Strategieentwicklung der Sozialdemokratie ist die Situation der SPD aber fragiler und veränderbarer, als es von Krämer beschrieben wird. Die Kritik und der mögliche Riss, der mit der Vorlage des Blair-Schröder-Papiers in der sozialdemokratischen Debatte zu beobachten und zu vernehmen war, ging weit über die innerparteiliche Diskussion hinaus und erfasste grosse Teile des kulturellen und wissenschaftlichen Umfelds der Sozialdemokratie.

Die Reorganisation und der Aufbau einer sozialdemokratischen Linken ist in Zeiten des „Regierungshandelns“ und der Propagierung der Alternativlosigkeit von (Spar-/Kürzungs- und anderen) Vorhaben um so schwerer, aber die Anwesenheit und die Verständigung mit einer parlamentarischen und parteipolitischen SPD-Linken bleibt sinnvoll und erforderlich, um eine eigene Plattform für die Verbindung zu gesellschaftskritischen Kräften in Wissenschaft, Gewerkschaften, Kultur und Bewegungen (und auch eben anderen Linken in den Parteien) zu haben. spw

Literatur

Andere Zeiten / spw / Utopie kreativ: Konferenz der Zeitschriften. Crossover – Für einen radikalreformerischen Neuanfang. 3./4.2.1996, spw 2/96
 Stefan Schostok: „Crossover: Eine Konferenz mit Zukunft“, in: spw 6/95

Für
18
 ganz
 schön
 clever...“

... sind unsere
 beiden neuesten Bücher,
 wieder in bewährter
 AKP-Qualität zum sagenhaft
 niedrigen Preis von
 jeweils 18,- DM.

Reiner Schiller-Dickhut
 Klaus-Peter Hermann (Hg.)

**KOMMUNALE
 UNTERNEHMEN**
 auf
 der
 Flucht
 nach
 vorn



Bielefeld 1999
 136 Seiten, 18,- DM
 ISBN 3-9803641-2-7

Reiner Schiller-
 Rita & Hermann (Hg.)

**INSZENIERTER
 FORTSCHRITT**
 die Enscherrregion
 und ihre
 Bauausstellung



Bielefeld 1999
 136 Seiten, 18,- DM
 ISBN 3-9803641-3-5

Hier bestellen:

Alternative Kommunalpolitik
 Luisenstraße 40, 33602 Bielefeld
 Tel. 05 21/17 75 17, Fax 05 21/17 75 68
 e-mail: AKP-Redaktion@t-online.de
 www.gruene.de/akp-redaktion

Marx und der „Realsozialismus“

Anmerkungen zu einem Buch von Uli Schöler*

von Peter von Oertzen*

Der ruhmlose Untergang des sog. „real existierenden Sozialismus“ hat unvermeidlicherweise die Frage aufgeworfen, ob, inwiefern und in welchem Grade die Marxsche Theorie selbst die Ursache für dieses säkulare Ereignis gewesen ist. Auch jemand, der – wie ich selbst – das sowjetrussische Gesellschaftssystem (und die ihm gleichen oder ähnlichen Systeme) nie für sozialistisch oder gar kommunistisch gehalten und den „Sowjetmarxismus“ (Marcuse) als eine gravierende Verfälschung des originären Marxismus betrachtet hat, muss einräumen, dass nichtsdestoweniger jene Frage unumgänglich ist. In der Geschichte ist der Schein einer Sache oftmals wichtiger und wirksamer als ihr wirkliches Wesen. Und so ist denn weithin Marx selbst zusammen mit dem verblichenen „Realsozialismus“ für tot erklärt worden.

Hierüber besteht allerdings seit mehr als einem Jahrzehnt ein lebhafter Streit, in dem die Standpunkte vom eigensinnigen oftmals unkritischen Festhalten am „Marxismus“ bis zu dümmlichen Parolen à la „Marx ist tot; Jesus lebt“ reichen; und dazwischen findet sich eine Fülle von „Aufarbeitungen“, hinter denen sich oftmals nur die nackte Kapitulation ehemaliger „Linker“ vor dem kapitalistischen Zeitgeist verbirgt. Eine gründliche wissenschaftliche, d.h. in jeder Richtung kritische Reflexion auf das Verhältnis von Marx zur sozialistischen Idee und zum gescheiterten „Realsozialismus“ fehlte – zumindest in deutscher Sprache – jedoch bisher. Eine solche Reflexion hat Uli Schöler mit seinem Buch nun unternommen. Um das Ergebnis dieser Betrachtung vorwegzunehmen: Was auch immer

im einzelnen gegen Schölers Analysen eingewandt werden kann, der Versuch als Ganzes ist gelungen. Wer sich in Zukunft mit dem Themenkomplex: Marx – Sozialismus – „Realsozialismus“ auseinandersetzen will, kommt an Schölers Studie nicht vorbei. In diesem Sinne sei das Buch Schölers zur Lektüre dringend empfohlen.

Das heißt natürlich nicht, dass alle Ergebnisse der Untersuchung Zustimmung verdienen; und wie in einem rezensierenden Aufsatz der Natur der Sache nach unvermeidlich, wird die Kritik im folgenden eine größere Rolle spielen als die Zustimmung. Einige allgemeine Bemerkungen vorweg:

- Die Formulierung der leitenden Fragestellung ist erfreulich deutlich: Welche Bestandteile der sozialistisch-sozialdemokratischen Tradition bedürfen im Lichte der historischen Erfahrung einer „kritischen Revision“? (17/8)

- Die Gliederung des riesigen Stoffes in sieben jeweils in sich zusammenhängende Kapitel ist klar und überzeugend – und das Inhaltsverzeichnis vorbildlich konkret und detailliert, sodass die LeserInnen diejenigen Probleme, die sie besonders interessieren, ohne Schwierigkeiten herausgreifen können.

- Die vorliegende deutschsprachige Literatur (insbesondere die Diskussion seit Ende 80er Jahre) scheint mir weitgehend herangezogen und verarbeitet worden zu sein. Auf Ausnahmen wird zurückzukommen sein.

Marx und die „Praxis“ des „Realsozialismus“

Die „Praxis“ des „Realsozialismus“ wird am Beispiel der sowjet-russischen Entwicklung von 1917 bis zur Auflösung der UdSSR 1991 dargestellt. Die historische Schilderung kann auf etwas mehr als 50 Seiten verständlicherweise keine tieferreichende Erklärung für Verfall und Untergang der Sowjetunion liefern. Die Analyse der Strukturschwächen des „staatsbürokratischen System“ (75 – 78) ist überzeugend. Unbeantwortet – weil gar nicht gestellt – bleibt freilich die Frage, die ja nicht uninteressant ist, ob der Weg von Lenin zum „Stalinismus“ zwangsläufig gewesen ist. Da Schöler vor allem an der spezifischen (Marxschen) ideellen Verantwortung für diesen Prozess interessiert ist, blendet er die Bedeutung der konkreten historischen Umstände weitgehend aus. Dabei ist ihm die höchst aufschlussreiche Studie von

Michal Reimann „Die Geburt des Stalinismus“ (Frankfurt/M. 1979, bes. 193 – 206) entgangen, was sehr bedauerlich ist; denn Reimann interpretiert die „Stalinisierung“ der UdSSR im Zuge der forcierten Industrialisierung und der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft ab 1928 als eine Entwicklung, die nicht so sehr durch ideologische Vorgaben als vielmehr durch pragmatische politische Motive bedingt war, als eine Wendung, die mit den originären Marxschen Ideen, aber auch mit dem Diskussionsstand der Bolschewiki zwischen 1905 und 1930 (als unter ihnen noch diskutiert wurde) nicht mehr viel zu tun hatte.

Eine gerade für einen deutschen Autor entscheidende Lücke in der historischen Aufarbeitung des „Realsozialismus“ ist mir selbst freilich auch erst jetzt aufgefallen: Aus welchem Grunde wird eigentlich nicht ernsthaft nach der Verantwortung von Marx für das Scheitern des „Staatssozialismus“ in der DDR gefragt?

Eine denkbare Erklärung wäre, dass alle Versuche, das autoritär-zentralistische ökonomische, soziale und politische System der DDR „von innen“ zu reformieren, sich auf Marx und andere kritische Marxisten berufen haben und das auch mit guten sachlichen Gründen tun konnten. Ein überzeugendes Beispiel dafür ist das Schicksal des bedeutenden marxistischen Ökonomen und Soziologen Fritz Behrens². Eine Untersuchung, die zu dem Ergebnis käme, dass der DDR-„Sozialismus“ gescheitert ist, nicht weil er sich auf Marx bezogen hat, sondern weil er wesentliche ökonomische und politische Erkenntnisse der Marxschen Theorie vernachlässigt, verkannt oder sogar entstellt hat (eine These zu der ich persönlich neige), wäre vermutlich nicht im Sinne eines entschieden marxismuskritischen Ansatzes. Im Übrigen müsste überlegt werden, ob nur das im authentischen Sinne „marxistisch“ ist, was schon bei Marx und Engels geschrieben steht. Oder gehört zum Erbe des Marxschen Denkens nicht auch das, was herauskommt, wenn jemand von Marx ausgeht und in seinem Geiste die jeweilige historische Situation analysiert? Man denke an die Thesen von Rosa Luxemburg zur „sozialistischen Demokratie“ in ihrer Schrift zur Russischen Revolution oder an die höchst produktiven Ideen der Räte- und Sozialisierungsbewegung 1918/19, die sich sehr wohl an Marx orientiert hat, ohne bei ihm abzuschreiben.³

Wer sich in Zukunft mit dem Themenkomplex: Marx – Sozialismus – „Realsozialismus“ auseinandersetzen will, kommt an Schölers Studie nicht vorbei.

* Peter von Oertzen, Hannover, Prof. für Politische Wissenschaft a.D., Mitherausgeber der spw.

Alle produktiven Köpfe des „Marxismus“ nach Marx und Engels sind so verfahren – von Luxemburg, Gramsci, Korsch und Lukacs bis zur „Neuen Linken“. Ja sogar in der Tradition der im engeren Sinne „kommunistischen“ Strömung – bis zur Unterdrückung jeglicher Diskussion – war das nicht anders: Von Preobraschenskij, Rakowski, Bucharin bis zu Trotzki und bis zu der berühmt geworden „Novosibirsker Studie“ von 1984. Ganz zu schweigen von den diversen „linken“ oder „rechten“ Abweichungen vom „offiziellen“ Kommunismus.

Funktionsverlust des Begriffs „Marxismus“?

Freilich muss eingeräumt werden, dass Schöler diesen Einwand antizipiert und versucht hat, ihm in einer „methodischen Vorüberüberlegung über den Funktionsverlust des Begriffs ‚Marxismus‘“ zu begegnen. Dieser Versuch scheint mir allerdings rundherum misslungen zu sein (81 – 89).

- „Die Brüchigkeit aller Versuche, den Begriff des ‚Marxismus‘ durch ... ‚Pluralisierung‘ zu retten“ habe sich nach 1989 „mehr denn je“ gezeigt. „Viele derjenigen, die noch am ehesten hätten beanspruchen können, glaubwürdig für einen ... freien Sozialismus oder ‚Marxismus‘ einzutreten, haben sich im Gefolge der Ereignisse nach 1989 von diesen Projekten oder ‚Ismen‘ abgewandt.“ (84). Mich kann Schöler damit nicht gemeint haben und die Zeitschrift SPW wohl auch nicht. Und im übrigen könnte ich ihm allein für Deutschland Hunderte von durchaus respektablen Namen nennen, für die diese Feststellung ebenfalls nicht zutrifft. Auf jeden Fall sind solche scheinakreten oder scheinempirischen Argumente schon rein methodisch höchst fragwürdig.

- Es gebe „nahezu keine Frage von aktuell-politischer oder allgemein-theoretischer Bedeutung mehr“, „die nicht unter Bezugnahme auf Marx oder den ‚Marxismus‘ mit jeweils diametral entgegengesetzten Antworten versehen“ würde (84). Auch diese Feststellung scheint mir empirisch einfach falsch und ist im übrigen methodisch betrachtet ebenfalls ohne jeden Wert. Und die unfreundlichen Randbemerkungen über „sich neu entwickelnde Unduldsamkeit“ (unter Marxisten versteht sich – unter Kritikern des Marxismus gibt es sowas natürlich nicht) machen die „Logik“ dieser Argumentation nicht überzeugender. Natürlich ist unbestreitbar, dass bei den von Schöler erwähnten zentralen

praktischen und theoretischen Problemkreisen auch unter „Linken“, die sich auf Marx beziehen (andere sind in diesem Kontext nicht relevant), erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Zu prüfen wäre jedoch, ob sie Momente eines noch offenen Diskussionsprozesses sind, der zu einer Annäherung führen könnte. Und im Übrigen: Wenn es zwischen Marxisten keine Diskussionen über Meinungsverschiedenheit gäbe, wäre es Schöler sicher auch nicht recht.

- „Heute noch ernsthaft von einer relevanten politischen Bewegung zu sprechen, die unter der Leitorientierung eines marxistischen Gesellschaftsverständnisses aktiv und erkennbar wirksam wäre, erscheint ... eher lächerlich.“ (86) Dieses abschätzige – und doch wohl auch ein wenig unduldsame – Urteil scheint mir ziemlich unhistorisch und töricht zu sein. (Oder sollte Schöler nicht wissen, wie klein viele bedeutsame Bewegungen in der Geschichte einmal angefangen haben.) Außerdem ist es gerade wegen der aktuellen Schwäche der sozialistischen Linken intensiv an ihrer theoretischen und praktischen Rekonstruktion arbeiten. Nicht alle, die in „finsternen Zeiten“ (Brecht) ihren Überzeugungen treu bleiben, sind dogmatische Volltrottel. Übrigens ist dieses Aburteil auch empirisch höchst anfechtbar. Die linkssozialistischen Formationen in den meisten kapitalistischen Staaten sind zwar minoritär, aber weder theoretisch noch praktisch unbeachtlich. Und es ist alles andere als „lächerlich“, Hoffnungen auf die brasilianische Arbeiter- und Bauernbewegung oder die parallelen Strömungen in Mexiko zu setzen.

- „Die eigentliche Aktualität des Marxschen Denkens“ liege in seiner „Methode“. Dieses Urteil wird auch dadurch nicht richtig, dass ein so respektabler Zeuge wie Otto Bauer dafür aufgerufen wird. (88/89) Eine gründliche Lektüre etwa der berühmten „Einleitung“ zur „Kritik der Politischen Ökonomie“ würde einige Einsichten in den dialektischen Zusammenhang von Gegenstand und Methode im historischen Materialismus vermitteln.

Gibt es einen „inhaltlichen Kern“ des „Marxismus“?

Die hier (wie ich einräume: sehr verkürzt) vorgeführte Argumentation enthält – in nuce, aber deutlich sichtbar – eine Vergegenwärtigung der Marxschen Theorie, die ich nicht be-

friedigend finden kann. Vereinfacht besagt sie: Wer Marx eine in sich konsistente theoretische Sicht unterstellt, dogmatisiert ihn, wer ihn undogmatisch-kritisch betrachtet, dem zerfällt der hypothetische Zusammenhang des Marxschen Denkens notwendigerweise in Teileinsichten, die im Einzelnen durchaus wertvoll und fruchtbar sein können. Einen inhaltlichen „Kern“ des „Marxismus“, der nicht dogmatisch wäre, kann es jedoch nicht geben.

Ich halte diese Ansicht für falsch. Natürlich ist diese Aussage genauso subjektiv wie die Auffassung Schölers. Und eine „authentische Interpretation“ dessen, was „Marxismus“ „eigentlich“ ist, kann es nicht geben, wie Schöler mit Recht feststellt (so z.B. 83) Nur ein offener Diskussionsprozess könnte uns der Antwort näher bringen auf die Frage, ob es einen solchen Kern des Marxschen Denkens – jenseits der bloßen „Methode“ – nicht doch gibt und worin er besteht bzw. bestehen könnte.

Auf eine solche Diskussion lässt Schöler sich aber nicht ein. Er kritisiert zu Recht alle traditionalistischen „Marxismen“ als dogmatisch; aber die nicht dogmatischen, die historisierenden offenen Marxismen, die dessen ungeachtet auf einem inhaltlich bestimmten Kern des Marxschen Denkens bestehen, ignoriert er. Das gilt sowohl für die theoretischen Arbeiten Ernest Mandels, als auch für meine eigenen viel bescheideneren Versuche⁴. Hingegen bezieht sich Schöler immer wieder auf einen „Marxismus“, der nun in der Tat kritikwürdig ist, und er sieht auch Marx und Engels selbst im Lichte einer vorgängigen Interpretation, die ich geneigt bin, als eine Simplifizierung und Reifizierung (Verdinglichung) des Marxschen Denkens und seiner Kategorien zu betrachten.

Das Irritierende an Schölers Darlegungen ist freilich, dass er die Fülle und den Reichtum des Marxschen Denkens sehr gut kennt und auch offen sagt, „dass die – bei genauerem Hinsehen – differenzierteren Analysen von Marx und Engels ihre eigenen hin und wieder zu linearen Prognosen dementieren“. (192, auch 197) Aber häufig – wenn auch keineswegs immer – konzentriert Schöler seine Interpretation nicht auf diese – sozusagen – „Tiefenschicht“ der Marxschen Theorie und deutet die eindeutig zeitgebundenen, simplifizierenden oder rein agitatorischen Parteien seines Werkes in ihrem Licht. Stattdessen betrachtet er nicht selten diese Brüche

Gehört zum Erbe des Marxschen Denkens nicht auch das, was herauskommt, wenn jemand von Marx ausgehend und in seinem Geiste die jeweilige historische Situation analysiert?



lediglich als Ausdruck von Widersprüchlichkeit im Marxschen Denken, welche die Annahme einer „schlüssigen, gar in sich geschlossene Lehre“ (286) ausschließe; wenn er nicht sogar da und dort den Eindruck erweckt, als seien für ihn diese kritikwürdigen Partien überhaupt der Kern des Marx-Engelschen Werkes.

„Sozialer Antagonismus“ und „revolutionäres Subjekt“

Diese Kritik im Einzelnen zu belegen, würde einen ausführlichen Aufsatz, wo nicht ein eigenes Buch erfordern. Ich konzentriere mich daher auf einige wenige Beispiele:

- Schöler sieht den „sozialen Antagonismus von Kapital und Arbeit“ im Zentrum des Marxschen Denkens (286). Das ist einerseits richtig (und im übrigen Ausdruck des klassischen Traditionsmarxismus von Kautsky bis zur „Stamokap“-Theorie), andererseits aber nur die halbe Wahrheit. Schöler kennt und zitiert die berühmte Passage aus dem 3. Band des „Kapital“ (93): „Die wahre Schranke für die kapitalistische Produktion ist das Kapital selbst usf.“ (MEW 25, 260) Aber er blendet den (geschichts- und gesellschafts-)theoretischen Hintergrund völlig aus. Dass der Prozess der Kapitalverwertung ein Selbstzweck ist, ist mehr als nur ein ökonomisches Problem, es ist Ausdruck eines „Hauptmoments in der bisherigen geschichtlichen Entwicklung“ (Deutsche Ideologie), nämlich der Entfremdung

des Menschen von den durch ihn selbst hervorgebrachten gesellschaftlichen Verhältnissen. Wenn die Arbeiterbewegung also das „Kapital“ bekämpft, ist das nicht nur „Interessenvertretung“ (286) (das ist es natürlich auch), sondern vor allem der Kampf gegen die gesellschaftliche Entfremdung und das Streben danach, die gesellschaftlichen Verhältnisse unter menschliche Kontrolle zu bringen, d.h. jene Verhältnisse umzuwerfen, die in der gesamten bisherigen Geschichte Ausbeutung, Unterdrückung und Unmündigkeit bedingt haben. Interessenpolitik ist ein Teil dieses Kampfes, aber eben nur ein Teil⁵.

An verschiedenen Stellen kritisiert Schöler mit guten Gründen die bei Marx und Engels (und erst recht im Traditionsmarxismus) unbestreitbare Konzentration auf das Industrieproletariat als den eigentlichen Träger der sozialistischen Bewegung (108 – 113, 185 – 194, 276 – 281). Leider diskutiert er nicht gründlich genug jene Kritik am „Marxismus“, die von Marxens Theorie der Revolution als dem Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ihren Ausgang nimmt (270 – 276). Dass die entscheidenden Produktivkräfte innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise nicht allein im Industrieproletariat zu suchen sind, wusste auch Marx, der immerhin sogar die Manager der kapitalistischen Betriebe dazu rechnete (MEW 23, 350 f., MEW 25, 396 f.), ganz abgesehen von der Emphase, mit der er die Rolle der Wissenschaft bei der Entwicklung der Produktivkräfte hervorhob (Karl Marx, Grundrisse, Berlin 1953, 592 ff.). Und Träger der Wissenschaft ist nun einmal nicht das Industrieproletariat. Im übrigen gibt es heute – mit Ausnahme einiger heillosen Sektierer – keine seriöse marxistische Strömung mehr, die nicht eine differenziertere Vorstellung von der „Arbeiterklasse“ hätte, als Marx und Engels sie im 19. Jh. hatten (und haben konnten)⁶. Jedenfalls ist Schölers Alternative: „Das revolutionäre Subjekt: verelendete Masse oder entwickelte Individuen“ (108 – 113) unzutreffend.

Die richtige Antwort lautet: „Das revolutionäre Subjekt“ ist der im historischen Prozess sich selber organisierende arbeitsteilige „gesellschaftliche Gesamtarbeiter“. Schöler erkennt zwar die in diesem Konzept vorgenommene „begriffliche Erweiterung“ der traditionellen Kategorie „Arbeiterklasse“ durchaus an, findet aber seine „Skepsis“ hinsichtlich der praktisch-

politischen Anwendbarkeit eher bestätigt. Zum Beleg verweist er mit einem Zitat Altvaters auf die unleugbaren Tendenzen der Flexibilisierung und Individualisierung der Arbeitsverhältnisse in der Gegenwart (273).

Abstrakte Kategorien und wirklich geschehende Geschichte

Es ist schon höchst bemerkenswert, wie Schöler – ungeachtet aller Kritik daran – auf die traditionsmarxistische Kategorienbildung fixiert ist. Wenn der kapitalistische Produktionsprozess nicht – quasi automatisch oder naturgesetzlich – das fertige revolutionäre Subjekt hervorbringt, dann könne ein solches Subjekt nicht entstehen. In der wirklichen geschehenden Geschichte war die Herausbildung der proletarischen Klassenbewegung freilich eine gänzlich andere. Auf der Basis einer sich allmählich entfaltenden objektiven ökonomisch-sozialen Klassensituation entstanden die konkreten Klassenbewegungen und ihr Bewusstsein als Ergebnis eines historischen Lernprozesses und vielfältiger moralischer und intellektueller, politischer und organisatorischer Anstrengung. Die schließliche – übrigens niemals vollständige – „Interessenharmonisierung“ (273) der unterschiedlichen Traditionen, Strömungen und Schichten der Lohnabhängigen war immer Resultat eines langen, kampfreichen, widersprüchlichen historischen Prozesses. Vielleicht sollte Schöler sich einmal ausdrücklich mit der historischen Theorie des „Making of the ... Working Class“ von E.P. Thompson beschäftigen. Ich halte dessen Auffassungen übrigens authentisch marxistisch.

- Die Bitte, mehr den konkreten gesellschaftlich-geschichtlichen Prozess als abstrakte Kategorien ins Auge zu fassen, gilt übrigens auch für die von Schöler gepflegte (aber falsche) Alternative von „marxistischem“ und „Grundwertesozialismus“. (286-291) Sogar die allem Marxismus sicherlich ganz fern stehende offizielle Philosophie der Gegenwart hat den traditionellen – im Neukantianismus oder in der Wertphilosophie vertretenen – Antagonismus von Sollen und Sein, von Wert und Handlung längst aufgegeben. Beide Gesichtspunkte bezeichnen unter verschiedenen Hinsichten verschiedene Aspekte der menschlichen Existenz, die dennoch als eine einheitliche, ihre verschiedenen Momente dialektisch vermittelnde verstanden werden muss. Dass je-

des menschliche Verhalten von Ideen – darunter natürlich auch sittlichen – geleitet wird, wussten auch Marx und Engels; und dass das Wirksamwerden von Ideen oder Werten mit dem historischen Prozess der Entfaltung des gesellschaftlichen Bewusstseins (so wie beim Einzelnen mit dem Prozess der Sozialisation) verbunden ist, stellt m.E. nach heute geistiges Allgemeinut jeder seriösen Sozialpsychologie dar – auch einer marxistisch-materialistischen.

Ungeachtet dieser grundsätzlichen Kritik an Schölers theoretischem Ansatz enthält – wie schon zu Beginn bemerkt – seine Studie eine Fülle wichtiger und überzeugender Analysen. Und die meisten seiner Einwendungen, die Marx und Engels selber vielleicht weniger betreffen als Schöler meint, behalten gegenüber dem historisch-politisch ja höchst wirksamen „Traditionsmarxismus“ ohne Zweifel ihr Recht. Die vielfältige Kritik an den staatssozialistischen Tendenzen (auch bei Marx und Engels selbst) ist überzeugend, ebenso wie die Auseinandersetzung mit den deterministischen und monokausalen Momenten in Analyse und Prognose der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Entwicklung. In Bezug auf die gegenwärtige Situation der kapitalistischen Ökonomie (Verwissenschaftlichung, Globalisierung usw.) sind Marxens Aussagen freilich geradezu prophetisch, was Schöler allerdings auch unumwunden anerkennt.

Aktuelle Herausforderungen und Marxsche Kapitalismusanalyse

Das Theorem von der „Diktatur des Proletariats“ wird sorgfältig und verständnisvoll untersucht (114 – 117), ebenso wie die Rolle, die der Gedanke der Genossenschaft bei Marx und Engels spielt (127 – 130, 155 – 159). Die Überlegungen zur ökologischen Problematik und zur Geschlechterfrage gehören zum Anregendsten und Wertvollsten des Schölerschen Buches; sie führen über Marx hinaus, ohne ihm freilich, wie mir scheint, prinzipiell zu widersprechen. Gleiches gilt für die Diskussion des Problems der Arbeitsteilung (105 – 108, 159 – 163), wengleich ich selber die zentrale gesellschafts- und geschichtstheoretische Bedeutung der Arbeitsteilung bei Marx und Engels stärker betont haben würde. Die Arbeitsteilung ist für sie z.B. der systemische Grund der Klassenbildung; und die „knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit,

damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit“ (Kritik des Gothaer Programms) die eigentliche strukturelle Schranke vor der Verwirklichung des Kommunismus, die daher überwunden werden muss.

Von besonderem Interesse scheint mir die Auseinandersetzung mit dem Problem des Marktes zu sein (100 – 105, 150 – 153, 179 – 185). Gestützt auf die sozialgeschichtlichen Untersuchungen Fernand Braudels gelangt Schöler zu einer begründeten Differenzierung von marktförmiger Wirtschaft und entwickelter kapitalistischer Konkurrenz, die für das Theorem einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ ganz neue Perspektiven eröffnet. Eine informative Musterung neuerer sozialistischer Theorien (199 – 252) ergänzt die bisher gewonnen Erkenntnisse, wobei die ausführliche und positive Würdigung Elmar Altvaters hervorgehoben werden muss.

In einem sehr eindrucksvollen materialreichen und stringent argumentierenden „Ausblick“ auf die „fünf großen Herausforderungen unserer Zeit“ (Globalisierung, ökologische Gefährdungen, Dienstleistungen und Informationsgesellschaft, Geschlechterverhältnis, internationale Schere zwischen arm und reich) entwickelt Schöler zum Abschluss ein eigenes Konzept „sozialistischen Denkens“, das der intensiven Lektüre und Diskussion wert ist. (294 – 332) Besonders hervorgehoben zu werden verdient der Hinweis auf die Möglichkeiten eines Vereinten Europa, sich den destruktiven Tendenzen der Globalisierung zu widersetzen und den auf nationaler Ebene verlorengegangenen Handlungsspielraum für sozialstaatliche und wirtschaftsdemokratische Regulierungen wiederzugewinnen. (302 – 304)

Die abschließende Distanzierung von Marx erscheint mir – wie nach dem zuvor Gesagten verständlich – entbehrlich. Insbesondere teile ich Schölers Ansicht nicht, dass ein „zentraler Teil der Marxschen Kapitalismusanalyse“ „einer Revision bedarf“ (334). Vermutlich im Unterschied zu Schöler sehe ich in dem systemischen Charakter des weltweiten kapitalistischen Akkumulations- und Verwertungsprozesses das Zentrum der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie. Noch nie zuvor war die Macht des globalisierten und von fast allen gesellschaftlichen Schranken befreiten (Finanz-)Kapitals so groß wie heute; und noch nie ent-

sprach seine Struktur offensichtlich so exakt der Marxschen Analyse (wofür übrigens Schöler selbst eine Fülle von Belegen beibringt.) Dieser umfassenden einheitlichen nach ihren eigenen Gesetzen über die Köpfe der Menschen hinweg fungierenden Gewalt kann und muss ein zusammenhängendes theoretisch begründetes politisches Projekt entgegengesetzt werden. Dass es unterhalb dieser zentralen Ebene der kapitalistischen Produktionsweise die (relative) Autonomie verschiedener Problemzusammenhänge gibt, steht dazu nicht in Widerspruch.

spw

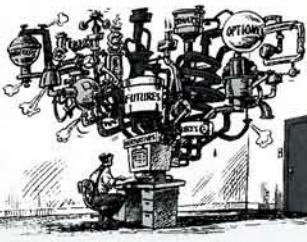
Vermutlich im Unterschied zu Schöler sehe ich in dem systemischen Charakter des weltweiten kapitalistischen Akkumulations- und Verwertungsprozesses das Zentrum der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie.

- 1 Uli Schöler, Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus, Bonn 1999, 367 S., DM 48,- DM. Die Seitenzahlen im Text beziehen sich darauf.
- 2 Statt weiterer Quellenangaben hier nur der Hinweis auf den Tagungsband der Fritz-Behrens-Konferenz 1996 von Müller/Neuhaus/Tesch. Hrsg. Rosa Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999.
- 3 Vgl. dazu Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, 2. Aufl. Bonn 1976.
- 4 Walter Euchner (Hrsg.), Klassiker des Sozialismus, Bd. 1, München 1991, Karl Marx, 139 – 156
- 5 Hierzu von Oertzen, a.a.O., 142 – 144
- 6 Vgl. z.B. Kim Moody, Das neue Proletariat, Supplement zur Zeitschrift „Sozialismus“ 2/99; zur Aktualität der industriellen Arbeiterklasse für eine sozialistische Strategie, in: Sozialistische Zeitung, 13/1997, Beilage.



Hier gibt's was!

Jörg Huffs Schmid
**Politische
Ökonomie der
Finanzmärkte**



1 Jörg Huffs Schmid: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, 248 S., Ladenpreis DM 29,80

Dagmar Everding
Michael Kruse
Harald Kugel
(Hg.)

**Demokratie
in Deutschland**

Bewährungsprobe
"Globalisierung"

PapyRossa

2 Dagmar Everding/Michael Kruse/Harald Kugel (Hg.): Demokratie in Deutschland, 176 Seiten, Ladenpreis DM 28,00

Wulf D. Hund

Rassismus

Die soziale Konstruktion
natürlicher Ungleichheit

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

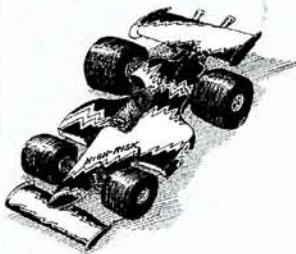


3 Wulf D. Hund: Rassismus. Die soziale Konstruktion natürlicher Ungleichheit, 173 S., Ladenpreis DM 29,80

Elmar Altwater/Frigga Haug/
Oskar Negt u.a.

**Turbo-
Kapitalismus**

Gesellschaft im Übergang
ins 21. Jahrhundert



4 Elmar Altwater/Frigga Haug/Oskar Negt u.a.: Turbo-Kapitalismus, 220 Seiten, Ladenpreis DM 32,80

5 Ulrich Albrecht/Paul Schäfer (Hg.): Der Kosovo-Krieg, 228 Seiten, Ladenpreis DM 24,80

Ulrich Albrecht/Paul Schäfer (Hg.)

**Der
Kosovo-Krieg**

Fakten
Hintergründe
Alternativen

PapyRossa

6 Heinz Steinert: Kulturindustrie (Einstiege Band 5), 218 S., Ladenpreis DM 29,80

HEINZ STEINERT
KULTURINDUSTRIE



EINSTIEGE

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Abo-Prämien 2000

spw